



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

# Bevölkerungsschutz

Selbstschutz  
und -hilfe

2 | 2020



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

in Deutschland erleben wir derzeit aufgrund des neuartigen Coronavirus Einschränkungen, die sich noch vor wenigen Wochen niemand vorstellen konnte. Die durch das Coronavirus verursachte Lungenkrankheit COVID-19 beherrscht die Schlagzeilen und das gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Leben in Deutschland ist spürbar einge-



Ursula Fuchs ist  
Leiterin des Referates  
*Information der  
Bevölkerung,  
Selbstschutz und -hilfe*  
im Bundesamt für  
Bevölkerungsschutz und  
Katastrophenhilfe.

schränkt. Bund, Länder und Kommunen stehen vor Herausforderungen, die so in der Summe noch nie dagewesen sind. Gleiches gilt für die Bürgerinnen und Bürger, deren Alltag sich zum Teil gravierend verändert hat. Diese Herausforderungen können nur gemeinsam bewältigt werden und sie stellen hohe Anforderungen gerade auch an die Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung.

Es war schon immer so, dass in Krisen und Katastrophen das Überleben des einzelnen Menschen in vielen Fällen davon abhängt, ob sie oder er in der Lage ist, sich selbst, die eigene Familie und das Umfeld in der ersten Zeit nach dem Eintreten eines solchen Ereignisses effektiv zu schützen und sich selbst zu helfen. Der Staat kann niemals eine vollkommene Sicherheit herstellen und garantieren. Dies zeigt sich auch in der gegenwärtigen Krise. Die Bevölkerung hat im eigenen Interesse die Pflicht, ihre Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit für sich und andere einzusetzen und damit zur Bewältigung der Krise beizutragen. Dazu gehört nicht nur die (Not-)Bevorratung, sondern ebenso Kenntnisse in Erste Hilfe und Brandschutz sowie Nachbarschaftshilfe und vieles mehr. Zurückliegen-

de Umfragen und Forschungen stellten fest, dass die Notfall- und Katastrophenvorsorge der Menschen und auch ihr Risikobewusstsein zu gering entwickelt sind. Aktuell in der Corona-Krise zeigt sich, dass die Menschen diese Kompetenz durchaus besitzen beziehungsweise aus der Not geboren rasch erlernt haben. Die lokalen Strukturen, die sich entwickelt haben, zeigen: Menschen gehen für die sogenannten Risikopatienten einkaufen, Nachbarschaftshilfen bis hin zu ganzen Nachbarschaftsnetzwerken sind entstanden und unterstützen einander.

Auf diesen Fähigkeiten der Eigenvorsorge und Nachbarschaftshilfe und der erworbenen Kompetenzen sollte für die Zukunft aufgebaut werden. Es werden neue Katastrophen und Krisen kommen – bekannte und unbekannt. Ihre Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit wird die Menschen dabei unterstützen, diese künftigen Herausforderungen wirksam zu bewältigen. Und das ist eine wichtige Grundlage des gut organisierten Hilfeleistungssystems in Deutschland. Der Staat und die Kommunen sollten daher die Chance ergreifen, nahtlos an die aktuell vorhandenen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger anzuknüpfen. Denn es reicht nicht, die Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zu fordern oder zu beschwören; wichtiger als Worte sind Taten: Das Generationen übergreifende und langfristige Vorhaben, das Bewusstsein für Katastrophenvorsorge in der Bevölkerung zu schaffen und zu erhalten, benötigt eine solide, dauerhafte und verlässliche Finanzierung. Und das Geld wird jetzt gebraucht, solange die zweifellos vorhandene Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema vorhanden ist.

In dieser Ausgabe von „Bevölkerungsschutz“ schreiben Expertinnen und Experten über verschiedene Facetten von Katastrophenvorsorge, Risikomanagement, Selbstschutz und Selbsthilfe auch mit Blick auf die durch das Coronavirus verursachte Krise. Sie geben Praxisbeispiele, berichten von Erfahrungen aus der Vergangenheit und blicken in die Zukunft. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und nützlichen Erkenntnisgewinn. Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Ursula Fuchs



## SELBSTSCHUTZ UND SELBSTHILFE

Selbsthilfe und Selbstschutz als Bestandteil einer resilienten Gesellschaft	2
Das „Freiwilligen-vor-Ort-System“ in Nordhessen als Element lokaler Selbsthilfe bei Extremwetterlagen	6
Selbstschutz und Risikokommunikation am Beispiel Lebensmittelsicherheit	10
Risikokulturen bei der Nutzung sozialer Medien in Katastrophenlagen Ergebnisse einer Studie mit über 7000 Teilnehmenden in Deutschland, den Niederlanden, Italien und dem Vereinigten Königreich	14
Katastrophenschutz und Pflege Wie können zu Hause versorgte pflegebedürftige Menschen in Krisen und Katastrophen besser unterstützt werden?	18
Persönliche Notfall- und Katastrophenvorsorge in der Corona-Krise	21
„Das System verbessern – Deutschland resilienter machen“ Interview mit der Vorsitzenden des Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge e.V., Katja Dörner, MdB	24

## ÜBUNG

Katastrophenschutzübung „Operation Walpurgis“	27
--	----

## EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020: Die Corona-Lage als neue Herausforderung!	32
--	----

## FORSCHUNG

Lokalisierung von Rettungskräften im Ausbildungs- und Realeinsatz	33
AKIT - Autonomie-KIT für seriennahe Arbeitsfahrzeuge zur vernetzten und assistierten Bergung von Gefahrenquellen	36

## JUGENDARBEIT

Mit 19 kann man gut die Welt retten	38
-------------------------------------	----

## IT-SYSTEME IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Bevölkerungsschutz 4.0 Risiken und Chancen von IT-Systemen im Einsatz	43
--	----

## FORUM

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	46
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	48
Deutscher Feuerwehrverband	49
Deutsches Rotes Kreuz	51
Malteser Hilfsdienst	52
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	54

## RUBRIKEN

Nachrichten	56
Impressum	56

## SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

# Selbsthilfe und Selbstschutz als Bestandteil einer resilienten Gesellschaft

Lisa Zehner

Die Ereignisse um die Ausbreitung des Coronavirus stellen weltweit die Resilienz von Staaten auf die Probe, auch in Deutschland. Die weitreichenden Maßnahmen und Einschränkungen betreffen nicht nur Unternehmen und Behörden, sondern die gesamte Bevölkerung. Das Verhalten jedes Einzelnen stellt dabei einen nicht unerheblichen Anteil an der Bekämpfung dieser Pandemie dar. Es ist die Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung, die nun zum Tragen kommt.



Das Verhalten der Bevölkerung ist ein zentraler Faktor bei der Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus.  
(Foto: Classen Rafael / EyeEm / GettyImages)

Eine resiliente Gesellschaft ist elementar um Krisensituationen zu überstehen. Resilienz wird dabei definiert als die „Fähigkeit eines Systems, Ereignissen zu widerstehen bzw. sich daran anzupassen und dabei seine Funktionsfähigkeit zu erhalten oder möglichst schnell wiederzuerlangen.“ [1]

Ein System als Ganzes kann nur resilient sein, wenn auch seine einzelnen Bestandteile resilient sind. Damit ist auch die Bevölkerung gefordert, für deren Resilienz Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten eine wesentliche Grundlage darstellen. So heißt es auch in der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV): „Basisfähigkeit des Zivilschutzes ist die Fähigkeit der Bevölkerung, sich selbst zu schützen und (auch gegenseitig) zu helfen, bis qualifizierte, in der Regel staatlich organisierte Hilfe eintrifft. Diese Eigenverantwortung sinnvoll wahrzunehmen, setzt ein entsprechendes Wissen

über die relevanten Risiken, die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit sowie die notwendigen Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten voraus.“ [2]

Doch was genau ist unter Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung zu verstehen?

Selbstschutz wird definiert als die Summe der individuellen Maßnahmen der Bevölkerung [...] zur Vermeidung, Vorsorge und Bewältigung von Ereignissen. Selbsthilfe wird definiert als Bestandteil des Selbstschutzes, genauer als die Summe der individuellen Maßnahmen der Bevölkerung [...] zur Bewältigung von Ereignissen. [1]

Da die Selbsthilfe ein Bestandteil des Selbstschutzes ist, wird im weiteren Verlauf der Begriff Selbstschutz zusammenfassend für beide Bereiche verwendet.

Selbstschutzmaßnahmen können nach dieser Definition einen sehr breiten Bereich abdecken. Ein Erste-Hilfe-Kurs zählt ebenso dazu wie das Vorhalten von Taschenlampe und Kurbelradio für den Fall eines länger anhaltenden Stromausfalles, aber auch Bevorratung von Lebensmitteln oder das Wissen, welches Verhalten bei einem Brand oder Chemieunfall richtig ist. Doch auch der Aufbau sozialer

Netzwerke, die in einer Notsituation Unterstützung bieten können, kann dem Selbstschutz zugeordnet werden.

In dieser Hinsicht ist der Begriff Selbstschutz missverständlich. Denn es geht nicht nur um die Maßnahmen, die der Einzelne zum Eigenschutz trifft, sondern, wie auch in dem KZV-Zitat aufgeführt, ebenso um gegenseitige Hilfe, den Schutz von Familie, Freunden und Hilfebedürftigen in der eigenen Umgebung, beispielsweise in der Nachbarschaft. Das *Freiwilligen-vor-Ort-System* (s. Beitrag in diesem Heft S. 6) ist ein gutes Beispiel für solche gemeinschaftlichen Selbstschutzinitiativen.

Wie wichtig die solidarische Komponente für eine selbstschutzzfähige Bevölkerung ist, haben auch die jüngsten Ereignisse um die Ausbreitung des Coronavirus gezeigt. Eine zentrale Maßnahme zur Eindämmung des Virus ist das gewissenhafte Befolgen der Hygieneregeln sowie der

Husten- und Nies-Etikette durch die Bevölkerung [3]. Diese Maßnahmen können dem Bereich Selbstschutz im Sinne präventiver Verhaltensweisen zum Schutz der Gesundheit zugeordnet werden. Dabei ist neben dem Eigenschutz vor allem auch der Fremdschutz, insbesondere von Risikopersonen, essenziell. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, das Verständnis des Einzelnen von sich als Teil einer Gemeinschaft, ist eine wesentliche Grundlage für eine selbstschutzfähige Bevölkerung.

Das Beispiel der Hygieneregeln zeigt jedoch auch, wie wichtig eine umfassende Risikokommunikation zur Förderung des Selbstschutzes ist. Eine Bevölkerung, die über die Risiken einer Pandemie informiert ist und bereits im Vorfeld weiß, wie sie sich verhalten muss, um deren Auswirkungen zu begrenzen, kann einen großen Vorteil im Kampf gegen die Ausbreitung eines Virus darstellen. Wenn erst bei Eintritt einer Pandemie Aufklärung geleistet und für Verständnis gewonnen werden muss, kostet dies wertvolle Zeit.

Zudem sind weniger restriktive Maßnahmen erforderlich, wenn in der Bevölkerung ein breites Verständnis für Verhaltensformen wie eine Reduzierung der physischen Kontakte, insbesondere zu Risikopersonen, existiert und diese auch ohne Verbote befolgt werden. Zahlreiche Bürgermeister appellierten in diesem Sinne an die Vernunft der Bevölkerung, um drastische Maßnahmen wie Ausgangssperren überflüssig zu machen.

### Kontroverse um Bevorratungsempfehlungen

Zu den Selbstschutzfähigkeiten, über die die Bevölkerung verfügen sollte, zählt auch die Bevorratung von Lebensmitteln, Getränken und alltäglichen Gebrauchsgütern. Das BBK empfiehlt dies seit seiner Gründung 2004, zunächst in der Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“, seit 2013 in der Nachfolgepublikation „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“. Es wird ein Vorrat für einen Zeitraum von zehn Tagen empfohlen, der sukzessive Stück für Stück angelegt werden soll. Zudem soll dieser aus Produkten bestehen, die den eigenen Vorlieben und Verträglichkeiten entsprechen und als „lebender“ Vorrat in den alltäglichen Verbrauch integriert und regelmäßig erneuert werden.

Im Zuge der während der Ausbreitung des Coronavirus teilweise zu beobachtenden „Hamsterkäufe“ kam immer wieder auch Kritik an den Bevorratungsempfehlungen des BBK auf. Teilweise wurde diesen Empfehlungen auch die Ursache für die „Hamsterkäufe“ zugeschrieben. Zunächst gilt festzuhalten: es handelt sich um ein weltweit zu beob-

achtendes Phänomen. Verschiedene Experten haben sich mit dieser extremen und unsolidarischen Form der Bevorratung befasst, insbesondere von sogenannten „zweckmäßigen Produkten“ wie Hygieneartikeln. Größtenteils übereinstimmend sind sie zu dem Schluss gekommen, dass es sich um ein angstgetriebenes Verhalten handelt mit dem Ziel, ein Gefühl von Kontrolle in einer Situation des Kontrollverlustes wiederzuerlangen. [4] Darüber hinaus wurde



Das Beispiel der Hygieneregeln zeigt, wie wichtig eine umfassende Risikokommunikation zur Förderung des Selbstschutzes ist.  
(Foto: zukunftssicherer / CC0 Public Domain / pixabay.com)

ein verstärkender Aspekt durch entsprechende Thematisierung und Verbreitung von Bildmaterial leerer Supermarktregale in den Sozialen Medien beobachtet. Ein Zusammenhang mit Bevorratungsempfehlungen wurde jedoch nicht hergestellt.

Interessant wäre die Fragestellung, ob hier eine Verbindung besteht, dennoch. Denn es ist durchaus auch die Gegenthese denkbar, dass Menschen, die bereits einen Vorrat angelegt haben, weniger anfällig für diese Impulse zum „Hamstern“ sind und Krisensituationen gelassener gegenüber treten können. So gab es auch positive Rückmeldungen an das BBK wie die einer Seniorin, die sich für die Empfehlungen zur Bevorratung bedankte: Da sie diese seit Jahren befolge, könne sie als Risikoperson nun auf diese Vorräte zurückgreifen und müsse sich seltener bei Einkäufen dem Risiko, infiziert zu werden, aussetzen.

### Stand der Selbstschutzfähigkeit der Bevölkerung in Deutschland

Eine selbstschutzfähige Bevölkerung soll unabhängig vom staatlichen Hilfeleistungssystem oder vielmehr parallel dazu funktionsfähig sein. Gemäß Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) ergänzen behördliche Maßnahmen lediglich die Selbsthilfe der Bevölkerung (§ 1 Abs. 1

ZSKG). Dennoch ist es Aufgabe des Staates, den Aufbau dieser Fähigkeiten zu unterstützen und deren Weiterentwicklung zu fördern (§ 5 ZSKG). Eine konsequente und transparente Risikokommunikation ist dafür unabdingbar. Hier müssen die Anstrengungen auf allen staatlichen Ebenen weiter intensiviert werden. Es braucht den Mut auch in der Politik, Risiken klar zu benennen und die gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit diesen Risiken zu suchen. Die Corona-Pandemie hat Krisenbewältigung zum permanenten Tagesthema gemacht – darauf sollte man aufbauen. Es gilt, sich mit den Risiken dieser Zeit auseinanderzusetzen und nicht die Augen davor zu verschließen, bis sie eintreffen. Diese Auseinandersetzung muss sachlich und unaufgeregt erfolgen, ohne Alarmismus und „Panikmache“. Die Bevölkerung muss dabei als mündiger Bürger, als Partner auf Augenhöhe betrachtet werden, dem auch Überlegungen zu Risiken und dem Umgang mit ihnen zuzumuten sind. Der Setting-Ansatz ist ein gutes Beispiel für eine solche dialogische Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Als Setting wird ein abgegrenztes, sozialräumliches, soziokulturelles System bezeichnet, das durch seine Mitglieder gestaltet wird, beispielsweise ein Verein, aber auch der Arbeitsplatz oder eine Hausgemeinschaft. [5] Der Setting-Ansatz geht davon aus, dass jeder Mensch über individuelle Erfahrungen, Kenntnisse und auch Bewältigungsstrategien verfügt, die genutzt werden können, um innerhalb eines solchen Settings gemeinschaftliche Vorsorge- und Notfallplanungen zu entwickeln. Externe fachliche Experten können zur Unterstützung herangezogen werden. Ansätze dieser Art, die die Bevölkerung als Experten ihrer Lebenswelt anerkennen und ihre Beiträge wertschätzen, sollten weiter verfolgt werden.

Einen aktuellen Stand zu den in der Bevölkerung bestehenden Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten zu erheben, gestaltet sich schwierig. Da keine gesetzliche Verpflichtung zur Aneignung und Durchführung konkreter Selbstschutzmaßnahmen besteht – mit Ausnahme der nachzuweisenden Erste-Hilfe-Kenntnisse für den Erwerb eines Führerscheins – kann lediglich auf Selbsteinschätzungen von Befragten zurückgegriffen werden. Dass diese häufig einer Nachprüfung nicht standhalten, hat beispielsweise 2016 ein Forschungsprojekt gezeigt. [6]

Verschiedene Umfragereihen stellen in den vergangenen Jahren eine Zunahme von Ängsten und Sorgen in der deutschen Bevölkerung fest, die sich auch auf Themen des Bevölkerungsschutzes beziehen. [7] Beispielsweise verzeichnen die Sorgen vor den Auswirkungen des Klimawandels und Extremwetterereignissen Zuwächse, aber auch die Sorge vor kriegerischen Auseinandersetzungen mit deutscher Beteiligung wächst.

Diese Sorgen haben jedoch nicht zwangsläufig eine Zunahme der Bereitschaft, Vorsorgemaßnahmen zu treffen, zur Folge. Ziel der behördlichen Risikokommunikation muss es daher sein, nicht nur das Risikobewusstsein der Bevölkerung zu steigern, sondern eine Risikomündigkeit zu fördern, die dem Bürger eine realistische Einschätzung von Risiken inklusive der Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit ermöglicht sowie durch Vorsorge- und Verhaltensempfeh-

lungen eigene Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Diese Empfehlungen sollten alltagsnah gestaltet sein und die unterschiedlichen Bedarfe verschiedener Bevölkerungsgruppen berücksichtigen.



So gaben für den Bereich Bevorratung bei einer Studie [8] über 50% der Befragten an, bei einer Lebensmittelversorgungskrise bis zu fünf Tage mit ihren Vorräten aushalten zu können. Rund 25% waren der Meinung, ihr Vorrat würde für die behördlich empfohlene Dauer von zehn Tagen reichen, 18,8% gaben an, keine Lebensmittel zu bevorraten. Als Motivation für das Anlegen von Vorräten gaben jedoch nur 25,9% eine Vorsorgeabsicht für Notsituationen an. Der Großteil, 75,4%, führte als Grund an, nicht jeden Tag einkaufen gehen zu wollen. Weitere Motivatoren waren immer eine gewisse Auswahl zur Verfügung haben zu wollen (72%), bei Krankheit oder schlechtem Wetter nicht einkaufen zu müssen (61,6%), Flexibilität im Falle eines plötzlichen Besuches (57,9%) sowie der Einkauf größerer Mengen bei Sonderangeboten (46,1%). Diese Argumente sollten auch von einer aktiven Risikokommunikation seitens der Behörden adressiert werden, um die Bereitschaft zum Anlegen eines Vorrates zu erhöhen.

Selbstschutz berührt eine Reihe hochaktueller Problemstellungen. Extremwetterereignisse nehmen zu und machen Anpassungen erforderlich, die auch den Bereich Selbstschutz betreffen. Hochwasserschutz, richtiges Verhalten bei Sturm und Kenntnis der Warnsysteme etwa zählen dazu.

**Literatur:**

- [1] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2019). BBK-Glossar: Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes, 2. Überarbeitete Auflage
- [2] Bundesministerium des Innern (2016). Konzeption zivile Verteidigung (KZV). Online: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/konzeption-zivile-verteidigung/konzeption-zivile-verteidigung-node.html>
- [3] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2020): Online-Quelle: <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/schutz-durch-hygiene.html>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2020
- [4] unter anderem: Universität zu Köln (2020). Hamsterkäufe sind ein Versuch der Rebellion gegen die eigene Hilflosigkeit. Online-Quelle: <https://portal.uni-koeln.de/universitaet/aktuell/presseinformationen/detail/hamsterkaeufe-sind-ein-versuch-der-rebellion-gegen-die-eigene-hilflosigkeit>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2020;  
Ch. Chen, L. Lee & A. Yap (2017). Control Deprivation Motivates Acquisition of Utilitarian Products. *Journal of Consumer Research*, 43.;  
A. McKeever (2020). Hamsterkäufe: Ein beruhigender Blick auf die Psychologie der Panik. In: *National Geographic*, Online-Quelle: <https://www.nationalgeographic.de/wissenschaft/2020/03/hamsterkaeufe-ein-beruhigender-blick-auf-die-psychologie-der-panik>, zuletzt abgerufen am 08.04.2020;  
CNBC (2020). Here's why people are panic buying and stockpiling toilet paper to cope with coronavirus fears. Online-Quelle: <https://www.cnn.com/2020/03/11/heres-why-people-are-panic-buying-and-stockpiling-toilet-paper.html>, zuletzt aufgerufen am 08.04.2020
- [5] Beerlage, I. (2018). Der Setting-Ansatz in der Bevölkerungsschulbildung. Ein Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Resilienz der Bevölkerung. In: *Bevölkerungsschutz*, 3/2018, S. 8-12.
- [6] S. Schmidt, C. Hannig, D. Kietzmann, D. Knuth, M. Mösko, M. Schönefeld (2018): Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz
- [7] unter anderem: R+V: Die Ängste der Deutschen, Online-Quelle: <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen>, zuletzt abgerufen am 08.04.2020;  
Institut für Demoskopie Allensbach: Sicherheitsreport
- [8] Menski, Ute (2016): Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge – Ergebnisse aus dem Forschungsverbund NeuENV, Freie Universität Berlin
- [9] unter anderem: DRK KV Euskirchen: Es fehlt an Respekt. Diskussionsrunde mit Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr über Gewalt gegen Einsatzkräfte, Online-Quelle: <https://www.drk-eu.de/aktuell/presse-service/meldung/euskirchen-es-fehlt-an-respekt.html>, erschienen am 02.10.2019, zuletzt abgerufen am 08.04.2020;  
Unnötige Einsätze: Belastung für Berliner Feuerwehr wächst, Online-Quelle: <https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/5801243-958092-unnoetige-einsaetze-belastung-fuer-berlin.html>, erschienen am 12.06.2019, zuletzt abgerufen am 08.04.2020,  
B. Sroka: Feuerwehr braucht moderne Fahrzeuge, in RP Online: [https://rp-online.de/nrw/staedte/viersen/schwalmtal-feuerwehr-braucht-moderne-fahrzeuge\\_aid-37823347](https://rp-online.de/nrw/staedte/viersen/schwalmtal-feuerwehr-braucht-moderne-fahrzeuge_aid-37823347), erschienen am 01.04.2019, zuletzt abgerufen am 08.04.2020.

Auf technischer Ebene geht die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung mit einer Steigerung der gesellschaftlichen Vulnerabilität einher. Die Abhängigkeit von einer funktionierenden Stromversorgung wächst stetig.

Parallel klagen Rettungskräfte immer wieder über eine abnehmende Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, die sich in einer zunehmend leichtfertigen Inanspruchnahme von Notruf und Notaufnahmen bemerkbar macht. [9] Angriffe und Anfeindungen gegenüber Rettungskräften und Voyerismus statt Hilfsmaßnahmen bei Unfällen oder medizinischen Notfällen zeichnen ein bedrückendes Bild der Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Bei all diesen Problemstellungen kann eine Steigerung der Risikomündigkeit sowie der Selbstschutzzfähigkeiten der Bevölkerung einen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten. Es gibt auch bereits Ansätze in dieser Richtung, die vielversprechend sind. Verschiedene Kommunen versuchen in Projekten zur „klimaresilienten Stadt“ gemeinsam mit ihren Bürgern Lösungsansätze zur Anpassung an den Klimawandel zu finden. Vielerorts setzt das Quartiersmanagement auf die Förderung von Nachbarschaftsnetzwerken, die neben einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auch wichtige Unterstützungsmöglichkeiten in Krisensituationen schaffen. Auch in der aktuellen Situation um die Ausbreitung des Corona-Virus haben sich viele Initiativen gebildet, die beispielsweise ehrenamtlich Einkäufe für Risikopersonen oder Menschen in Quarantäne anbieten. Verbesserte soziale Netzwerke und ein gestärktes gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein könnten ebenfalls positive Effekte der Krise darstellen – hier sind jedoch

noch die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen abzuwarten.

Es gilt nun, die positiven Ansätze weiter auszubauen und den Selbstschutz als Kompetenz in den Alltag der Menschen zu integrieren. Denn nur eine selbstschutzzfähige Gesellschaft ist auch eine resiliente Gesellschaft und der beste Schutz gegen Krisen.

# Das „Freiwilligen-vor-Ort-System“ in Nordhessen als Element lokaler Selbsthilfe bei Extremwetterlagen

Daniel Teppe

Mit dem Fortschreiten des Klimawandels und seiner sichtbaren Auswirkungen auf unser Wetter – Starkregen mit Überschwemmungen, Stürme, Hitzewellen und Dürren u.a. – ergeben sich vor allem für abgelegene, ländliche Gemeinden mit tendenziell überalterter Bevölkerung neue Herausforderungen hinsichtlich der Versorgung pflegebedürftiger Personen. Aufbauend auf Ergebnissen vorhergehender Forschungsvorhaben wurde für die Pilotregion Nordhessen mit dem Freiwilligen-vor-Ort-System

(FvOS) das Konzept einer organisierten Form der Nachbarschaftshilfe entwickelt, die die Versorgung bedürftiger Personen sicherstellt, wenn im Falle eines der oben geschilderten Szenarien das Eintreffen Organisierter Hilfe für einen gewissen Zeitraum unmöglich ist. Die Durchführung fand in zwei Modellkommunen statt, die Ergebnisse flossen in einen Leitfaden zur Übertragung des Projektes auf weitere Gemeinden und Regionen ein.

## Ausgangssituation und Hintergrund

Die Region Nordhessen besteht aus den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Werra-Meißner sowie der kreisfreien Stadt Kassel. Sie umfasst mit einer Fläche von ca. 6.900 km<sup>2</sup> etwa das nördliche Drittel des Bundeslandes Hessen und hat ca. 1 Mio. Einwohner, von denen ca. 400.000 im Ballungsraum der Großstadt Kassel leben. Außerhalb dieser Agglomeration zeichnet sich die Region durch eine ländliche Struktur und eine eher geringe Bevölkerungsdichte aus und galt, auch aufgrund ihrer Lage im Zonenrandgebiet, lange Zeit als strukturschwaches Gebiet mit einer geringeren wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik. Akteure aus Politik und Wirtschaft verständigten sich im Jahr 2002 auf die Gründung der Regionalmanagement Nordhessen GmbH als regionale Entwicklungsgesellschaft. Diese setzt seither auf Innovation und Vernetzung relevanter Akteure in den Bereichen Mobilität, dezentrale Energietechnologien, Tourismus und Gesundheitswirtschaft. Als Resultat branchenübergreifender Bemühungen kann Nordhessen in den vergangenen Jahren auf eine zunehmend dynamische Entwicklung zurückblicken, die 2016 in der Auszeichnung der Region als „Innovation-Leader Europe“ in der Kategorie „Produkt- und Prozessinnovation“ durch die Europäische Union zum Ausdruck kam. Trotz der insgesamt sehr positiven Entwicklung bleiben Bevölkerungsrückgang und Überalterung in Folge des demografischen Wandels relevante Herausforderungen, mit denen sich vor allem die ländlichen Gemeinden in der Peripherie der Region weiterhin konfrontiert sehen, ein Prozess, der sich in Zukunft fortsetzen und verstärken dürfte. So prognostiziert das Hessische Statistische Landesamt den nordhessischen Landkreisen bis 2030 eine Bevölkerungsabnahme von 2,2 bis 6,5 % im Vergleich zum 31.12.2014 [6]. Als Folge der Überalterung der Bevölkerung ist unter an-

derem eine steigende Zahl von Personen, die auf Hilfe bzw. häusliche Pflege angewiesen sind, zu erwarten [1]. Aus diesem Kontext ergibt sich auch eine steigende Bedeutung der Befähigung ländlicher Gemeinschaften zu Selbstschutz und Selbsthilfe in Notsituationen, was durch die absehbaren Folgen des fortschreitenden Klimawandels eine besondere Brisanz erhält. Im Zuge der prognostizierten klimatischen Veränderungen ist auch in Nordhessen mit einer Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Starkregen, Stürme, Trockenheit und Hitzewellen zu rechnen (vgl. Matovelle et al. 2009, zitiert nach [4]). Diese und ähnliche Ereignisse kön-

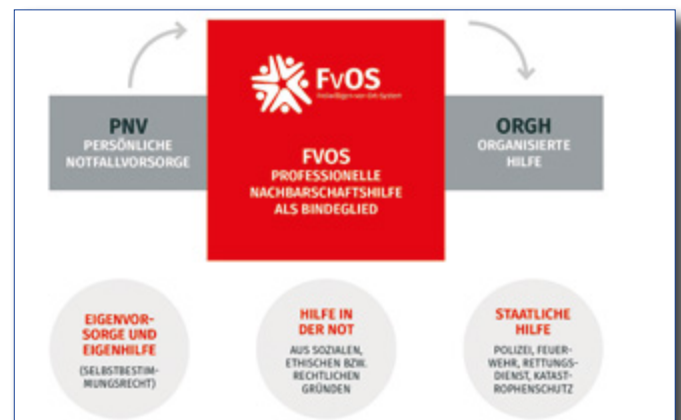


Abbildung 1: FvOS als Bindeglied.

nen insbesondere dann problematisch werden, wenn Pflegepersonal sich nicht ohne Selbstgefährdung auf den Straßen aufhalten oder abgelegene Ortschaften etwa im Falle gesperrter Verkehrsverbindungen gar nicht mehr erreichen kann. Zusätzlich können die pflegerischen Kapazitäten durch Stromausfälle, Ausfall der Telekommunikation oder weitere Einschränkungen notwendiger Infrastrukturen betroffen sein. Im schlimmsten Falle kann dies dazu führen,



dass Pflegebedürftige für Stunden oder gar Tage von externer Hilfe abgeschnitten sind, was zu schwerwiegenden, in Extremfällen lebensbedrohlichen Situationen führen kann [vgl. 7]. Das Projekt FvOS ist ein Beispiel dafür, wie auf die geschilderte Sachlage auf regionaler Ebene flexible und pass-

**ERMITTLUNG DER POTENZIELLEN GEFAHRENLAGEN UND POTENTIALE DER GEMEINDE**

**Risiko- bzw. Krisenmanagement bei internen bzw. externen planbaren oder nichtplanbaren Gefahrenlagen**

**Vorbereitung = Selbstschutz** (Notfallplanung + Gefährdungsbeurteilung + Risikomanagement) und **Gefahrenabwehr = Selbst- und/oder Fremdhilfe** (Notfallmaßnahmen + Krisenmanagement)

**Ereignis** klein, mittel, groß

**Ort**  **Datum, Zeit**  **Wetter**

**Art und Stärke des Ereignisses** (bauliche, technische, organisatorische, ökologische Umwelt-Gefahren)

**Med. Faktoren** (selbstständige, gefährliche, betreuungsbedürftige, pflegebedürftige, legendä, intensive, sonstige Personen, Angehörige)

**Einsatzzeit der internen und externen Kräfte** - Wissens- bzw. Vorbereitungsstand der Betroffenen bzw. Helfer: **Aufbau, Ausstattung, Ablauf**

jetzt

in 10 Minuten

in 15 Stunden

in 10 Stunden

in 10 Tagen

in 7

organisatorische (O), technische (T), bauliche (B) Maßnahmen

Alte Maßnahmen (Stichworte)	1. Maßnahmen vor dem Ereignissen	2. Maßnahmen während des Ereignisses	3. Maßnahmen nach dem Ereignissen	Akteur/Vorinstanz Einzelner Hilfe	FvOS	Organisierte (BOS*)

\*BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (private bzw. öffentliche BOS) FvOS Training Selbstschutz Selbsthilfe 03/2019

Abbildung 2: Erhebungsbogen für Risikomanagement.

genaue Lösungen gefunden und erprobt werden können. Entscheidend sind die Bereitschaft verschiedener involvierter Institutionen aus Politik und Zivilgesellschaft zur Kooperation in lokalen Netzwerken sowie das Vorhandensein eines zentralen Akteurs, der die hierfür notwendige Steuerungs- und Koordinierungsfunktion effektiv erfüllen kann. Diese Funktion wurde im Projekt FvOS durch das Regionalmanagement Nordhessen wahrgenommen, das unter Einbindung der Kompetenz zahlreicher Partner und gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt und Forschung ein bundesweites Modellvorhaben zur Durchführung brachte, dessen Ergebnisse Beispielcharakter für andere Regionen und Kommunen haben können. Dabei konnte auf Erfahrungen, Ergebnisse, aber auch offen gebliebene Fragestellungen aus dem Projekt KLIMZUG (Klimawandel zukunftsfähig gestalten) zurückgegriffen werden, in dem die Regionalmanagement Nordhessen GmbH und ihre Partner sich bereits in den Jahren 2009 bis 2013 mit Aspekten der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels auseinandergesetzt hatten.

### Projektziele und Rahmenbedingungen

Bereits im Zuge des KLIMZUG-Projektes wurde festgestellt, dass Modelle der organisierten Nachbarschaftshilfe einen Beitrag dazu leisten können, durch extreme Wetterereignisse entstandene Versorgungslücken in der häuslichen Pflege temporär zu schließen und ländliche Gemeinden durch die Qualifizierung ehrenamtlicher Helfer zu einer wirkungsvolleren Selbsthilfe im Krisenfall zu befähigen

[vgl. 5]. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollten im Rahmen des Projekts FvOS weiterentwickelt werden. Schwerpunktmäßig ging es dabei um die Frage, wer die Versorgung pflegebedürftiger Personen leistet, wenn etwa aufgrund von Starkregen und Sturm Straßen unpassierbar sind oder Hilfsorganisationen wie Feuerwehr und Rettungsdienste den Einsatzort nicht erreichen oder aber überlastet sind.

Die Untersuchung fand in zwei Modellorten in der Region Nordhessen statt, die aufgrund ihrer in der peripheren Lage begründeten Vulnerabilität ausgewählt wurden. Es handelt sich um die Ortschaften Weißenborn-Rambach (Werra-Meißner-Kreis) und Frankenberg-Wangershausen (Landkreis Waldeck-Frankenberg). In diesen beiden Modellkommunen wurden exemplarisch Freiwilligen-vor-Ort-Systeme etabliert, wobei die lokalen Akteure für die dem Vorhaben zugrundeliegenden Thematiken sensibilisiert und auf eventuelle Notsituationen vorbereitet wurden. Die Vorbereitung umfasste die Ausbildung von Freiwilligen zur Nothilfebefähigung, d. h. zur Selbst- und Fremdhilfe. Im Ergebnis wurden freiwillige Helfer identifiziert und dahingehend geschult, dass sie im Bedarfsfall für einige Zeit die entstehende Lücke zwischen persönlicher Notfallversorgung (PNV) und Organisierter Hilfe (OrgH) schließen und die Versorgung pflegebedürftiger Bevölkerungsgruppen temporär aufrechterhalten können (Abbildung 1). Zum Gelingen dieses Vorhabens wurden die folgenden Voraussetzungen bzw. Erfolgsfaktoren identifiziert:

- Das Vorhandensein einer koordinierenden Instanz, die die Informationen über Hilfsbedürftige, potenzielle Helfer und verfügbares Fachpersonal bündelt.
- Pflegebedürftige in den Orten müssen bekannt und ihre Wohnungen für Helfer zugänglich sein. Dies kann z. B. durch eine freiwillige Registrierung Betroffener geschehen, auch können lokale Vereine und Ortsvorsteher bei der Identifikation vulnerabler Personen unterstützen.
- Das Hinterlegen eines übersichtlichen Notfallzettels bei pflegebedürftigen Personen, der freiwilligen Helfern alle notwendigen Informationen vermittelt.

Das Regionalmanagement Nordhessen als Projektkoordinator hat unter Rückgriff auf vorhandene regionale Netzwerke die kommunal Verantwortlichen in den Modellgemeinden aktiviert und vor Ort Bürgerversammlungen und Planbesprechungen durchgeführt, sowie externe Partner mit der nötigen Fachexpertise für das Projekt gewonnen. So war die Hochschule Fulda für die Konzeption von Lehr-/ Lernmodulen verantwortlich, während die *SC Safety+Security Concept* mit umfangreicher Expertise zu den Themen Selbstschutz und Selbsthilfe zum Gelingen des Projektes beitrug. In Zusammenarbeit aller Partner wurden verschiedene Problemkonstellationen im Krisenmanagement identifiziert und mit den kommunal Verantwortlichen passgenaue Lösungen erdacht. Die Ergebnisse dieses partizipativen Prozesses flossen in einen Leitfaden ein, der prinzipiell auf jede Kommune übertragbar ist. Zusammengefasst lässt sich die Implementierung eines Freiwilligen-vor-Ort-Systems vereinfacht in den folgenden Schritten darstellen:

### Aufbau und Implementierung

#### Schritt 1:

Unter Einbindung des Bürgermeisters, des kommunalen oder regionalen Beauftragten für Klimaschutz bzw. Klimaanpassung (sofern vorhanden) sowie engagierter Bürger erfolgt die Gründung einer ortsspezifischen Lenkungsgruppe zur Errichtung eines FvOS. Diese sollte einen Ansprechpartner bzw. Koordinator, einen Stellvertreter und mindestens zwei weitere Mitglieder umfassen. Die Lenkungsgruppe fungiert im weiteren Prozess als operatives Steuerungselement.

#### Schritt 2:

Im zweiten Schritt erfolgt die Einbindung weiterer relevanter Akteure. Hierzu zählen relevante Fachbereiche / Fachdienste des jeweiligen Landkreises, Bürgermeister, Gemeindevorstände und Ortsbeiräte, Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft, Feuerwehren, Kirchen und Hilfsorganisationen sowie Behörden und Institutionen der OrgH (Organisierte Hilfe). Eine ständige und umfassende Kommunikation zwischen den Akteuren ist entscheidend für die allgemeine Akzeptanz des Projektes.

#### Schritt 3:

Um eine realistische Risikoanalyse durchzuführen, werden lokale Akteure aus Handel, Dienstleistung und Gewerbe sowie der Infrastruktur (z. B. Energieversorgung) befragt und besprochen, in welchen Krisenszenarien welche Risiken zu erwarten sind und mit welchen Maßnahmen reagiert werden kann. Dabei kann der in Abbildung 2 gezeigte Erhebungsbogen verwendet werden.

#### Schritt 4:

Wichtig für die erfolgreiche Implementierung eines FvOS sind eine sorgfältige Vorplanung sowie eine umfassende Sensibilisierung der Bevölkerung. Hierfür sollten örtliche Multiplikatoren wie Vereine, Seniorengruppen, lo-

kale Unternehmen oder auch anerkannte Einzelpersonen gewonnen werden. Zur Ansprache der Bevölkerung im Hinblick auf persönliche Notfallvorsorge (PNV) haben sich folgende Hilfsmittel bewährt:

- Ein Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln im Katastrophenfall.
- Die persönliche Checkliste des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
- Die Notfallmappe des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.
- Die sogenannte Notfalldose („SOS-Dose“\*). Basierend auf einer Idee aus Großbritannien wird in einer Dose ein Blatt mit wichtigen persönlichen Informationen deponiert. Die Dose wird an der Innentür des Kühlschranks befestigt, ein von innen an der Haustür angebrachter Aufkleber weist freiwillige Helfer auf das Vorhandensein der Dose hin.

Niveau	Kenntnisse	Fähigkeiten	Kompetenz
3	Kenntnisse von Fakten, Grundsätzen, Verfahren und allgemeinen Begriffen der überbrückenden Versorgung Pflegebedürftiger.	Kognitive und praktische Fertigkeiten zur Erledigung von Aufgaben in der überbrückenden Versorgung Pflegebedürftiger und zur Lösung von Problemen in Katastrophenszenarien, wobei grundlegende Methoden, Werkzeuge, Materialien und Informationen ausgewählt und angewandt werden.	Verantwortung für die Erledigung von Aufgaben der überbrückenden Versorgung Pflegebedürftiger übernehmen. Bei der Lösung von Problemen das eigene Verhalten an die jeweiligen Umstände anpassen.

Tabelle 1: Kompetenzniveau der freiwilligen Helfer Niveau 3 des Europäischen Qualifikationsrahmens  
Quelle: [https://ec.europa.eu/plotaus/sites/eac-eqf/files/leaflet\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/plotaus/sites/eac-eqf/files/leaflet_de.pdf) / BBK

Wichtig zur Vorplanung ist die Erstellung eines anonymisierten Lageplanes mit der Eintragung vulnerabler Personen und Einrichtungen im Ort. Unter Beachtung der DSGVO und Einwilligung der betreffenden Personen können auch Zugangsregelungen zu einzelnen Häusern getroffen und gemeinsam mit dem Lageplan hinterlegt werden. Ein zentrales Planungs- und Koordinationszentrum für das FvOS ist zu etablieren, hierfür eignen sich beispielsweise Kirchen, Gemeinde- oder Dorfgemeinschaftshäuser oder Vereinsheime. Über die Lenkungsgruppe hinaus sollten in dieser Phase weitere freiwillige Helfer gewonnen wer-

Niveau	Beschreibt die Kompetenzen zur selbstständigen Erfüllung fachlicher Anforderungen in einem noch überschaubaren und zum Teil offen strukturierten Arbeitsfeld			
	Fachkompetenz		Personale Kompetenzen	
	Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstständigkeit
3	Über Fachwissen in der überbrückenden Versorgung Pflegebedürftiger verfügen.	Über ein Spektrum von kognitiven und praktischen Fähigkeiten zur Planung und Bearbeitung von fachlichen Aufgaben in der überbrückenden Versorgung Pflegebedürftiger verfügen. Ergebnisse nach weitgehend vorgegebenen Maßstäben beurteilen, einfache Transferleistungen erbringen.	In einem Team mitwirken und punktuell Unterstützung anbieten. Die Umgebung mitgestalten, Abläufe gestalten und Ergebnisse adressatenbezogen darstellen.	Auch in den weniger bekannten Kontexten von Extremwetterereignissen eigenständig und verantwortungsbewusst tätig werden. Das eigene und das Handeln anderer einschätzen. Unterstützung nachfragen und verschiedene Informationsquellen auswählen.

Tabelle 2: Kompetenzniveau der freiwilligen Helfer nach Niveau 3 des Deutschen Qualifikationsrahmens.  
(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung: <https://www.dqr.de/content/2333.php>)

den, aus den Erfahrungen in den Modellkommunen haben sich zehn Personen als Mindestanzahl bewährt. Als Grundausstattung für die Etablierung eines FvOS sollten eine Notfalltasche, Funkgeräte, ein verschließbarer Schrank, Warnwesten oder Armbinden als Erkennungsmerkmale für die Helfer, ein Einsatztagebuch und Stifte sowie ein Flipchart vorhanden sein. Ein Mitglied der Lenkungsgruppe sollte als fester Verantwortlicher für die Wartung der Ausrüstung benannt werden.

#### Schritt 5:

Die Schulung der Helfer erfolgt anhand des durch die Hochschule Fulda entwickelten Schulungskonzeptes, Umfang und Schwerpunkte der Schulungen richten sich im Einzelfall auch nach Bedarf und Kenntnisstand der freiwilligen Helfer. Als Maßstab muss hierbei der Beteiligte mit der geringsten Vorerfahrung in den Bereichen Pflege, Selbsthilfe und Selbstschutz gelten. Ausgehend von der Grundannahme, dass die Helfer in der Regel über keine oder nur geringere pflegerische Vorkenntnisse und Erfahrungen verfügen, wurde für die Teilnehmer der Schulungsmaßnahmen die Erreichung der Stufe 3 des Europäischen Referenzrahmens für lebenslanges Lernen (EQR) und des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) als Lernziel festgelegt (Tabellen 1 und 2). Die entwickelten Lehrmaterialien sind in einzelne Module gegliedert, für jedes Modul wurden erwartbare Lernergebnisse formuliert, die sich an bereits bestehenden Ausbildungsgängen in der Pflege orientieren.

#### Schritt 6:

Auf Basis der in Schritt 3 vorgenommenen Risikoanalyse wird ein realistisches Katastrophenszenario entworfen, um das etablierte System im Rahmen einer praktischen Übung zu testen. Die Übung kann als erfolgreich absolviert gelten, wenn das FvOS innerhalb von ca. eineinhalb bis maximal drei Stunden einsatzfähig ist.

#### Schritt 7:

Da das FvOS ein Bindeglied zwischen der Selbstversorgung und organisierter Hilfe darstellt, muss es an öffentliche Stellen der OrgH angebunden und mit diesen abgestimmt werden. Hierfür sind die Stellen der OrgH und die Behörden mit Sicherheitsaufgaben über das FvOS in Kenntnis zu setzen. Wichtig ist ebenfalls, dass die freiwilligen Helfer durch die Kommune gelistet und somit über die Unfallkassen versichert sind. Nach der Information der offiziellen Stellen gilt es, z. B. im Rahmen von Bürgerversammlungen die ortsansässige Bevölkerung über das nun vorhandene FvOS in Kenntnis zu setzen.

Mit dem Abschluss des Aufbaus und der Implementierung des FvOS verfügt die Kommune nun über ein wirksames Instrument der Selbstversorgung und Selbsthilfe, um im Krisenfall eventuell entstehende Lücken bis zum Ein-

#### Quellen- und Literaturverzeichnis

- [1] Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012): Themenreport „Pflege 2030“ – Was ist zu erwarten? Was ist zu tun?, Gütersloh: ohne Verlag.
- [2] Bundesministerium für Bildung und Forschung: Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen, Niveau 3. <https://www.dqr.de/content/2333.php> (abgerufen 29.03.2020)
- [3] Europäische Kommission: Der europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen. [https://ec.europa.eu/ploteus/sites/eac-eqf/files/leaflet\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/ploteus/sites/eac-eqf/files/leaflet_de.pdf) (abgerufen 29.03.2020)
- [4] Hahne, Ulf, Christine Adams und Simone von Kampen (2009): Tourismusdestination Nordhessen im Klimawandel: Betroffenheit und Chancen durch den Klimawandel, Kassel: Universität Kassel
- [5] Henschke, Christian, Steffen Benz, Alexander Roßnagel und Marcus Steffens (2013): Umsetzungsverbünde als Werkzeug zum Management von Transdisziplinarität, in: Roßnagel, Alexander (Hrsg.): Regionale Klimaanpassung. Herausforderungen – Lösungen – Hemmnisse. Umsetzungen am Beispiel Nordhessens, Kassel: Kassel university press, S. 748-751
- [6] Hessisches Statistisches Landesamt (2016): 10, Bevölkerung in Hessen 2060 – Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen bis 2030, 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: ohne Verlag
- [7] Neuschäfer, Daniela (2013): Anpassung an den Klimawandel in der ambulanten Pflege, in: Roßnagel, Alexander (Hrsg.): Regionale Klimaanpassung. Herausforderungen – Lösungen – Hemmnisse. Umsetzungen am Beispiel Nordhessens, Kassel: Kassel university press, S.324f.

treffen der organisierten Hilfe überbrücken und die notwendige Versorgung pflegebedürftiger Personen sicherstellen zu können. Entscheidend für den Erfolg im Ernstfall ist es, die Abläufe einzuüben, sodass die einzelnen Schritte eingespielt sind, jeder Akteur seine Aufgaben kennt und die Aktivitäten koordiniert ineinander übergreifen, je nach lokalen Bedürfnissen und Voraussetzungen.

#### Fazit

Mit dem Projekt FvOs haben das Regionalmanagement Nordhessen und die beteiligten Kooperationspartner ein Pilotvorhaben mit bundesweiter Ausstrahlung durchgeführt und im Ergebnis wichtige Erkenntnisse hinsichtlich Selbstschutz und Selbsthilfe in ländlichen Kommunen vorgelegt. Die besondere Bedeutung des Vorhabens liegt im Erarbeiten praktischer Lösungen für die Selbsthilfe ländlicher Gemeinden in Notsituationen, deren Wahrscheinlichkeit im Kontext der fortschreitenden klimatischen Veränderungen und deren Auswirkungen weiter steigen dürfte. Die Erfahrungen aus dem Projekt sind in einem praxisnahen Leitfaden mit umfangreichen Handlungsempfehlungen veröffentlicht worden, der es weiteren Kommunen erlaubt, die in Nordhessen gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen und eigene Freiwilligen-vor-Ort-Systeme aufzubauen.

\* Die Urheber- und Markenrechte für den deutschsprachigen Raum liegen beim Lions Club Hanau Schloss Philippsruhe.

# Selbstschutz und Risikokommunikation am Beispiel Lebensmittelsicherheit

Annett Schulze und Ann-Kathrin Lindemann

Ob bei langen Stromausfällen, mehrtägigen Feuerwehreinsätzen oder der privaten Lebensmittelbevorratung: Probleme bei der Lebensmittelsicherheit bergen das Risiko, Ereignisse oder Krisensituationen weiter zu verschärfen. Aus diesem Grund ist es für den Selbstschutz zentral, dass die Bevölkerung sowie die verantwortlichen Personen im Bevölkerungsschutz adäquat

über die angemessene Küchenhygiene im Krisenfall informiert werden. Der vorliegende Beitrag erläutert, welche Aspekte bei der Entwicklung einer Risikokommunikationsstrategie im Rahmen des Selbstschutzes und am Beispiel Küchenhygiene beachtet werden sollten.

Am 19. Februar 2019 schien kurz nach 14 Uhr in Teilen von Berlin die Zeit stillzustehen: Bei Bauarbeiten an der Salvador-Allende-Brücke wurden versehentlich zwei parallel liegende 110-Kilovolt-Kabel durchtrennt. In großen Teilen von Berlin Köpenick fiel plötzlich der Strom aus. Auch Heizungen, das Internet sowie Telefonleitungen funktionierten nicht mehr, Geschäfte und Betriebe mussten zunächst schließen. Insgesamt waren rund 30.000 Privathaushalte und 2.000 Unternehmen von dem Stromausfall betroffen. Erst rund 31 Stunden später konnte die Stromversorgung wiederhergestellt werden [15]\*.

In der Zwischenzeit musste sich die Bevölkerung in weiten Teilen selbst ausreichend mit Lebensmitteln versorgen. Da auch Supermärkte und Restaurants in den betroffenen Gebieten nicht öffnen konnten, waren die Bürgerinnen und Bürger auf die eigenen Nahrungsmittelvorräte angewiesen. Ohne Strom konnten diese jedoch weder erhitzt noch ausreichend gekühlt werden – das Risiko für Lebensmittelinfektionen stieg. Diese akuten Probleme bei der Küchenhygiene stellten somit eine besondere Herausforderung für die Selbsthilfe der Bevölkerung dar. Der Begriff Selbsthilfe beschreibt alle individuellen Maßnahmen im Kontext des Katastrophenschutzes, mit der die Bevölkerung oder Betriebe akute Ereignisse oder Krisensituationen bewältigen können [1, S. 50]. Selbstschutz hingegen ist weiter gefasst und beinhaltet auch die individuellen Maßnahmen, die zur Vorsorge oder Vermeidung von Krisensituationen getroffen werden [ebd.]. Da die Regeln der Küchenhygiene bereits vor einer Krisensituation eingeübt werden sollten, fokussiert der vorliegende Beitrag in erster Linie Kommunikationsstrategien für die Etablierung entsprechender Selbstschutzmaßnahmen.

Nach der 2016 veröffentlichten Konzeption Zivile Verteidigung des Bundesministeriums des Inneren beinhaltet der Selbstschutz der Bevölkerung unter anderem die Bevorratung von Getränken und Lebensmitteln für einen Zeitraum von zehn Tagen [3, S. 47]. Die richtige Hygiene bei

der Lagerung und Zubereitung der Vorräte wird dabei nicht explizit angesprochen, ist jedoch für einen wirksamen Selbstschutz unerlässlich. Hier kann das geplante Notfallkochbuch des BBK eine Lücke schließen, indem neben Rezepten auch allgemeine Tipps für die Zubereitung und Haltbarmachung von Lebensmitteln gegeben werden sollen [19].

Auch bei der Versorgung von Einsatzkräften oder in Notunterkünften ist Küchenhygiene ein zentraler Aspekt. So stellten beispielsweise die sommerlich hohen Temperaturen rund um den Waldbrand bei Lübtheen die Einsatzkräfte vor zusätzliche Herausforderungen bei der Versorgung der vielen Helferinnen und Helfer. An jeder Essens- und Getränkeausgabe war darauf zu achten, dass alle der über 1.000 ausgegebenen Portionen den vorgeschriebenen Ausgabemperaturen von Warm- und Kaltspeisen entsprachen. Da der Waldbrand auch umliegende Ortschaften bedrohte, mussten zudem 700 Personen evakuiert werden, von denen 100 in Notunterkünften betreut wurden [10]. Sowohl die Versorgung in den Notunterkünften als auch in den Bereitstellungsräumen für die Einsatzkräfte birgt Risiken, wenn es um sichere Lebensmittel geht [9]. Diese Risiken an die Helferinnen, Helfer und Einsatzkräfte nicht erst zu kommunizieren, wenn es zur Krise kommt, sondern sich bereits im Vorfeld damit auseinanderzusetzen, zeigt, wie stark Risiko- und Krisenkommunikation miteinander verknüpft sind. Die konkreten Maßnahmen der Krisenkommunikation sind zwar zeitlich begrenzt und auf das Ereignis bzw. die Krisensituation bezogen [5, S. 66], dennoch erfordert eine wirksame Krisenkommunikation immer eine im Vorfeld und Nachgang angemessene Kommunikation über Risiken, um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein [u. a. 8].

\* Die umfangreiche Literaturliste ist unter <https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/> einsehbar.

## Risikokommunikation, Selbstschuttfähigkeit und Resilienz

Die Weltgesundheitsorganisation (englisch: World Health Organization [WHO]) definiert Risikokommunikation als den Austausch von Informationen, Hinweisen und Ansichten zwischen Expertinnen und Experten sowie denjenigen, die Bedrohungen ausgesetzt sind (hier und im Folgenden: <https://www.who.int/risk-communication/background/en/>). Demnach soll Risikokommunikation Menschen dazu befähigen, informierte Entscheidungen in Bezug auf konkrete Risiken zu treffen und so sich selbst und ihr Umfeld zu schützen. Um die entsprechenden Zielgruppen zu erreichen, sind hierzu unterschiedliche Medien und Kommunikationswege zu nutzen. Darunter fallen nicht nur Massenmedien, sondern auch das Engagement von Gemeinden und Gemeinschaften. Es erfordert, die Wahrnehmungen, Sorgen, das Wissen und Handeln der betroffenen Menschen zu verstehen. Fehlinformationen oder Gerüchte sollten zudem schnell identifiziert und adäquat darauf reagiert werden.

Ähnlich sieht es die Kommunikationswissenschaft, die sich mit Risikokommunikation seit den 1980er-Jahren verstärkt auseinandersetzt [5, S. 36]. Eine zentrale Rolle spielen hier die Organisationen, die über Risiken kommunizieren. In ihrer Arbeit über behördliche Risiko- und Krisenkommunikation begreift Drews Risikokommunikation „als ein von einer Organisation ausgehender strategisch ausgerichteter Diskurs über Risiken mit den für die Organisation relevanten Anspruchsgruppen“ [ebd.]. Dabei können Organisationen unterschiedliche Ziele verfolgen, beispielsweise auf ein Risiko aufmerksam machen und für dieses zu sensibilisieren oder Informationen bereitstellen, die ein Handeln der Zielgruppen ermöglichen. Allein zu informieren reicht jedoch nicht aus. Der Selbstschutz der Bevölkerung kann am besten über einen partizipativen Ansatz gestärkt werden. Ohne die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und die dafür notwendigen Fähigkeiten zu erlernen, bleibt Selbstschutz eine politische Forderung. Ein angemessener, partizipativ angelegter Umgang mit Risiken umfasst beispielsweise, mit dem Bevölkerungsschutz verknüpfte Risiken regelmäßig öffentlich zu thematisieren und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten einzuüben.

Selbstschutz wurde in den letzten Jahren im Bevölkerungsschutz zunehmend unter dem Stichwort „Resilienz“ diskutiert [17, S. 249f]. Der kleinste gemeinsame Nenner der zahlreich existierenden Definitionen des Resilienzbegriffes lässt sich als Fähigkeit beschreiben, angemessen mit Risiken umgehen zu können (u. a. [6, S. 180]); der technische Kontext wird hier nicht betrachtet. Resilienz zu erzeugen, so unsere These, erfordert, die Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz als Information über den Eintritt möglicher Schadensfälle wie Hochwasser, Epidemien, Stromausfall oder terroristische Akte und entsprechende Präven-

tivmaßnahmen noch stärker um partizipative Formate zu bereichern (grundsätzlich für Kommunalpolitik in der Digitalisierung siehe [12]).

Risikokommunikation muss demnach zusätzlich zur Informationsvermittlung die Bürgerinnen und Bürger motivieren, neben den staatlichen Akteuren und ehrenamtlichen Hilfskräften selbst Verantwortung zu übernehmen. Neben bloßem Wissen sind zudem konkrete Fertigkeiten zu vermitteln. Zu bedenken ist, dass mit einer Botschaft auf einem Kommunikationskanal nicht alle Zielgruppen gleich angesprochen werden können. Vielmehr sollte die Kommunikation konkret auf die jeweilige Situation, Botschaft und Zielgruppe zugeschnitten sein. Um dies zu bewerkstelligen, sollte eine Risikokommunikationsstrategie entwickelt werden.



Entwicklungsprozess einer Risikokommunikationsstrategie.  
(Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an [5])

Die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie kann grob in drei Schritte unterteilt werden. Zunächst muss die Ausgangssituation (Ist-Analyse) bewertet werden. In der Ist-Analyse werden alle bereits getroffenen Maßnahmen im Ereignisfall erfasst. Zusätzlich sollte auch erhoben werden, welche Risiken in unterschiedlichen Szenarien bestehen bzw. welche Risiken bei vergangenen Ereignissen und Krisensituationen für unterschiedliche Gruppen bestanden haben. Auch die Erfahrungen mit vorherigen Kommunikationsmaßnahmen sollten hier berücksichtigt werden [18, S. 34].

Nach der Analyse der Ausgangssituation beginnt die konkrete Strategieentwicklung. Dies umfasst das Festlegen konkreter Ziele, die Definition und Analyse der relevanten Zielgruppen sowie die Entwicklung von Botschaften und die Maßnahmenplanung. Die Definition von Kommunikationszielen sollte dabei an erster Stelle stehen. Je nachdem, ob man lediglich das Bewusstsein für ein bestimmtes Risiko verstärken oder aber konkrete Fähigkeiten vermitteln möchte, bieten sich unterschiedliche Kommunikationsmaßnahmen an. Die Kommunikationsziele hängen davon ab, welche Zielgruppe adressiert werden soll. Hierbei sollte unbedingt überprüft werden, wer von welchen Risiken konkret betroffen ist. Gleichzeitig braucht es Erkenntnisse über den Bildungsstand, das Einkommen, Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und weitere Eigenschaften der entsprechenden Zielgruppen. Auch Daten über die Risikowahrnehmung, über potenzielle Gründe, sich auf andere zu

verlassen oder aber selbst aktiv zu werden, können bei der Entwicklung von passenden Kommunikationsmaßnahmen hilfreich sein (u. a. [20]).

Für die Entwicklung einer Risikokommunikationsstrategie ist es zudem von großem Wert, wenn die lokal Verantwortlichen die Kommunikationswege und auch das Mediennutzungsverhalten in unterschiedlichen Quartieren kennen. Gerade vulnerable Gruppen – Menschen mit einem geringeren Bildungsstand, einem niedrigen Einkommen, wenigen Deutschkenntnissen etc. – müssen anders erreicht werden [4, S. 9f; 2, S. 15f; 17, S. 253]. Mit Blick auf den Selbstschutz lässt sich schlussfolgern, dass es entsprechender Infrastrukturen und Ressourcen bedarf, damit die gesamte Bevölkerung Zugang zu Risikokommunikation hat. Damit wird deutlich, dass eine Selbstermächtigung nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern staatlicher Investitionen bedarf [17, S. 252].

Mit dem Wissen über die Zielgruppen können dann konkrete Botschaften und Kommunikationsmaßnahmen entwickelt werden, um Risiken durch die Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeit zu reduzieren. Diese Maßnahmen sollten den technischen, organisatorischen und personellen Bereich fokussieren. Dabei gilt es zu konkretisieren, wie die unterschiedlichen Gruppen kommunikativ erreicht und wie die Risiken und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen kommuniziert werden können. Hier sind sowohl der Selbstschutz der Helfer als auch der Selbstschutz der Bevölkerung zu berücksichtigen.



In einer Krisensituation können Unterbrechungen der Kühlkette zu erheblichen Problemen bei der Lebensmittelsicherheit führen.  
(Foto: Kevin Phillips / CC0 Public Domain / pixabay.com)

Nach der Umsetzung der Strategie sollten die eigenen Kommunikationsbemühungen evaluiert werden, um wertvolles Erfahrungswissen für zukünftige Kommunikationsstrategien zu gewinnen [18, S. 436-438].

### Risikokommunikation zu sicheren Lebensmitteln

Im Folgenden werden die drei Schritte der strategischen Risikokommunikation auf das Beispiel sicherer Lebensmittel angewandt.

In der Ist-Analyse wird geprüft, welche Herausforderungen bei der Zubereitung und Verteilung sicherer Lebensmittel bestehen. Das lässt sich bspw. über Befragungen oder aus der Datenlage bereits existierender Studien erheben. So treten in Deutschland jedes Jahr mehrere zehntausend Fälle von Campylobacter- und Salmonelleninfektionen auf, die vorwiegend über kontaminierte Lebensmittel übertragen werden [16, S. 61, 210]. Risiken sind zudem die Unterbrechung der Kühlketten, eine mangelnde Erhitzung, der Umgang mit Lebensmitteln, die Anwohner zur Verfügung stellen, die Abfallentsorgung am Einsatzort etc. Einen ersten Überblick bietet das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Es stellt diverse Informationsblätter zu zentralen Aspekten der Küchenhygiene auf seiner Internetseite zur Verfügung:

#### Informationen zur Küchenhygiene:

<https://www.bfr.bund.de/de/kuechenhygiene-193719.html>;

<https://www.bfr.bund.de/cm/350/hygienerregeln-in-der-gemeinschaftsgastronomie-deutsch.pdf>;

<https://www.bfr.bund.de/cm/350/sicher-verpflegt-besonders-empfindliche-personengruppen-in-gemeinschaftseinrichtungen.pdf>.

Wenn es um Verteilungsfragen geht, sind Lebensmittelvorräte in Privathaushalten angesprochen: Das Sicherheitsforschungsprojekt „Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge (NeuENV)“ belegt, dass lediglich 41 % der deutschen Bevölkerung ausreichend Lebensmittelvorräte zu Hause haben, um damit eine Woche überbrücken zu können [11, S. 222]. Bei einem länger andauernden Ereignis können hier schnell Engpässe entstehen. Verteilungsfragen spielen aber auch eine Rolle in Krisensituationen, wie wir sie derzeit erleben. Die Covid-19-Pandemie verdeutlicht, dass die Sorge innerhalb der Bevölkerung, im Krankheits- oder Quarantänefall nicht ausreichend mit wichtigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern versorgt zu werden, bereits im Vorfeld einer Risikokommunikationsstrategie mitzudenken ist.

Wie oben angesprochen, muss sich eine effektive Risikokommunikation an spezifische Zielgruppen richten. Stehen Haupt- und Ehrenamtliche im Bevölkerungsschutz im Mittelpunkt, dann sind sowohl die direkte Versorgung im Einsatz als auch die Versorgung in Notunterkünften mit sicheren Lebensmitteln bei einer Krisensituation zentral. Sollen Politiker erreicht werden, können u. a. Ressourcenfragen (Lagerung von Lebensmitteln, Personal für die Versorgung der Betroffenen, Stromversorgung für Notunterkünfte, Haushaltsmittel des Bundes für Hilfsorganisationen etc.) oder die öffentliche Thematisierung von Selbstschutz durch die Politik von Bedeutung sein. Steht die Bevölkerung im Vordergrund, wäre das stärkere Engagement in der Vorsorge (Selbstschutz) zu adressieren. Erst die Konkretisierung der Ziele und die Ist-Analyse ermöglichen die Ableitung klarer Maßnahmen und eine zielgruppenspezifische Kommunikation [21, S. 101].

Ein lokaler Bezug ermöglicht eine Konkretisierung: Ortsverbände von Hilfsorganisationen oder Gemeindevorstände können sehr begrenzt und damit genau erheben,

welche Risiken im Kontext eines Ereignisses oder einer Krisensituation auftreten, die eine Versorgung mit sicheren Lebensmitteln gefährden. Diese Risiken müssen sowohl für Szenarien der Selbstversorgung in der Gemeinde definiert werden als auch für die Situation in Notunterkünften sowie für den Selbstschutz der Helfer, die während des Einsatzes zu versorgen sind. Technische Aspekte umfassen die Kühlkette oder Möglichkeiten, Essen zu erhitzen. Organisatorisch sind hier Handlungsketten – von der Lieferung bzw. dem Bestand ausreichender Vorräte bis hin zur Abfallsorgung – angesprochen. Personell bestünden die Risiken in fehlenden Kenntnissen und Fähigkeiten, Lebensmittel sicher zu lagern oder aber zuzubereiten. Die Risikokommunikation adressiert dementsprechend die Zielgruppen mit den für sie passenden Inhalten. Werden Ehrenamtliche regelmäßig in Fragen der Küchenhygiene trainiert, sollte die Versorgung im Notfall sichergestellt sein [14].

Bedarf es in der Bevölkerung solcher Grundkenntnisse, dann sind Maßnahmen zu überlegen, die unterschiedliche Alterskohorten, Quartiere etc. erreichen. Sinnvoll könnte z. B. ein Hygieneführerschein für die ortsansässigen Schulen und Ausbildungszentren sein. Für Landes- und Bezirksverbände von Hilfsorganisationen wie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) böten sich Kochkurse und Sensibilisierungstrainings für die Bevorratung an.

Neben Angeboten direkt vor Ort sind, hier sei an die WHO-Definition von Risikokommunikation erinnert, weitere Kommunikationskanäle zu berücksichtigen. Die lokal begrenzte Erhebung zu den Risiken sollte neben dem Wissen über Risiken und den Erfahrungen im Umgang mit sicheren Lebensmitteln auch die Mediennutzung und das Informationsverhalten der potenziell Betroffenen abfragen (siehe u. a. [20, S. 104]). Die Datenauswertung ermöglicht dann, für die jeweilige Zielgruppe geeignete Medien und Intermediäre festzulegen. So erreicht man z. B. jüngere Menschen tendenziell eher über Soziale Medien [7, S. 315], Ältere sind dagegen eher über die Tageszeitung, das Fernsehen oder den direkten Kontakt in Arztpraxen und Apotheken zu informieren. Zu betonen ist, dass ein reines Informationsangebot zu wenig ist, um partizipativ zu handeln. Es bedarf der aktiven Bildungsarbeit, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen direkt anspricht [13, S. 16]. Das gilt im Übrigen auch für Social-Media-Kanäle, die als dialogische Kommunikationswege angelegt sind und auch so durch die jeweiligen Kommunikatoren genutzt werden sollten. Also nicht nur, um Botschaften zu senden, sondern auch um in einen Austausch mit den Nutzern zu treten und dafür die Ressourcen bereitzustellen. Grundsätzlich zeigt sich die Forschung zu partizipativen Bildungsmöglichkeiten sehr dynamisch. So wird derzeit der Einsatz von digitalen Lernspielen („Serious/Educational Games“) in professionellen Trainings für Helfer erforscht (siehe u. a. die BMBF-geförderten Projekte EPICSAVE und ViTAWiN).

An das Ende der Strategieentwicklung schließt sich die Evaluation der Kommunikationsstrategie an. Dadurch lässt sich nicht nur festzustellen, ob die Ziele mit den gewählten Maßnahmen erreicht werden, sondern auch erfassen, ob und inwiefern die Risikokommunikationsmaßnahmen

verändert werden sollten. Wie Risikokommunikationsmaßnahmen bewertet werden können, kann im „Leitfaden Risikokommunikation“ nachgelesen werden. Dieser wird aller Voraussicht nach Ende 2020 veröffentlicht werden und ist ein Gemeinschaftsprojekt des BBK und des BfR. Der Leitfaden richtet sich an Verantwortliche für Zivil- und Katastrophenschutz in den Gemeinden, an die für Risikomanagement und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Zuständigen in Behörden und an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen, Hilfsorganisationen und Verbänden. Neben den Grundlagen der Risikokommunikation wird praxisnah durch die Entwicklung, Durchführung und Evaluation entsprechender Maßnahmen geführt.

### Fazit

Risikokommunikation trägt zur Erhöhung der Kompetenzen im Selbstschutz bei. In diesem Artikel wurde skizziert, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, Menschen vor Ort anzusprechen und mit diesen Fähigkeiten und Fertigkeiten die Selbsthilfe und den Selbstschutz zu trainieren. Kontinuierlich, beteiligungsorientiert und zielgruppengerecht über Risiken im Bevölkerungsschutz zu sprechen, baut Vertrauen auf, stärkt Vertrauen und schafft Legitimität. Zu kommunizieren, welche Schutzmaßnahmen bestehen und was der Einzelne selbst tun kann, bietet die Option, auf lokaler und regionaler Ebene Zusammenhalt zu schaffen. Mehr noch: Unter dem Gesichtspunkt, partizipativ zu handeln, lernen Haupt- und Ehrenamtliche im Bevölkerungsschutz von und mit denjenigen, die sie schützen (werden). Über dieses gemeinsame Lernen können Erwartungen des jeweils anderen besser eingeordnet und Wege gefunden werden, wie der Selbstschutz zugunsten einer Risikominimierung erhöht werden kann. Eine Zusammenarbeit auf institutioneller Ebene wie zwischen dem BBK und dem BfR ermöglicht, den Bevölkerungsschutz an sich zu stärken: Die tägliche (Eigen-)Versorgung mit sicheren Lebensmitteln muss auch während Ereignissen oder in Krisensituationen gewährt werden. Dass unsichere Lebensmittel eine Lage verschärfen, kann über eine angemessene Risikokommunikation im Vorfeld deutlich eingeschränkt werden. Kommunikationsmaßnahmen zum Selbstschutz sollten daher ein fester Bestandteil der Risikokommunikation der verantwortlichen Einrichtungen und Institutionen im Bevölkerungsschutz sein, um die Bevölkerung adäquat auf mögliche Ereignisse und Krisensituationen vorzubereiten.

Annett Schulze ist die stellvertretende Leiterin der Fachgruppe Krisenprävention und -koordination in der Abteilung Risikokommunikation des Bundesinstituts für Risikobewertung.

Ann-Kathrin Lindemann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin derselben Fachgruppe.

# Risikokulturen bei der Nutzung sozialer Medien in Katastrophenlagen

Ergebnisse einer Studie mit über 7000 Teilnehmenden in Deutschland, den Niederlanden, Italien und dem Vereinigten Königreich.

Christian Reuter, Marc-André Kaufhold und Stefka Schmid

Soziale Medien werden auf der ganzen Welt genutzt. Vergleicht man die allgemeine Nutzung sozialer Medien im Vereinigten Königreich (GB), Deutschland (DE), den Niederlanden (NL) und Italien (IT), zeigt sich, dass sie in Italien am wenigsten in Anspruch genommen werden. Dort sind knapp 40% der Bevölkerung, d. h. 37 Millionen Menschen, in den sozialen Medien aktiv. Sowohl im Vereinigten Königreich (59%, 39 Mio.), Deutschland (55%, 45 Mio.) als auch den Niederlanden (57%, 9,74 Mio.) lassen sich ähnliche Tendenzen erkennen. Angesichts der Tatsache, dass mobile Endgeräte, die tendenziell immer griffbereit sind, sehr häufig zur Kommunikation über soziale Medien eingesetzt werden, ist es nicht verwunderlich, dass diese auch in Notsituationen genutzt werden [8]. Bis dato fehlt es an aussagekräftigen quantitativen und vergleichbaren Ergebnissen aus unterschiedlichen Ländern über die Wahrnehmung der Bevölkerung zur Nutzung von sozialen Medien in Notsituationen.

Die im Folgenden vorgestellte Studie „The Impact of Risk Cultures: Citizens' Perception of Social Media Use in Emergencies across Europe“ [9] mit Beteiligung der TU Darmstadt, Universität Siegen und dem Tavistock Institute (London), möchte das bestehende Defizit adressieren. Anhand der repräsentativen Umfrageergebnisse werden zunächst vier europäische Länder präsentiert und dann miteinander verglichen. Ziel ist es, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Nutzung sozialer Medien in Notsituationen zu erfassen. Frühere Forschungsergebnisse haben im Hinblick auf Katastrophen gezeigt, dass es unterschiedliche Risikokulturen in europäischen Ländern gibt, die das Verhalten der Bevölkerung jeweils unterschiedlich beeinflussen und prägen (vgl. [4]; [5]).

## Risikokultur

Da Gesellschaften einen unterschiedlichen Umgang mit Risiken aufweisen können und der vorliegende Artikel sich auf das Verhalten von Menschen in Notsituationen konzentriert, erweist sich der theoretische Ansatz über Risikokulturen als sehr hilfreich bei der Interpretation der erhobenen Umfrageergebnisse. Dabei lässt sich auf drei Stereotypen von Risikokulturen zurückgreifen:

1. In staatsorientierten Risikokulturen (engl. state-oriented risk cultures) gehen Menschen vermehrt davon aus, dass eine frühzeitige Vorbeugung gegen Katastrophen generell möglich ist. Diese seien nicht nur rein naturbedingt, sondern hängen auch von der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt ab. Das Vertrauen in staatliche Behörden ist relativ hoch und es wird von ihnen erwartet, dass Notfälle verhindert und bewältigt werden. Darüber hinaus kann ein hohes Vertrauen in traditionelle Massenmedien und eine hohe Einhaltungsrates von Anweisungen der Behörden festgestellt werden, wohingegen die Menschen wenig Bewusstsein und Wissen über individuelle Bewältigungsmechanismen besitzen. Sie scheinen ein geringes Vertrauen in ihre jeweiligen individuellen Fähigkeiten zu besitzen. Deutschland kann als staatsorientierte Risikokultur charakterisiert werden [3].
2. Individualistische Risikokulturen (engl. individualistic risk cultures) gehen ebenfalls davon aus, dass das Vorbeugen gegen Katastrophen und Risiken möglich ist, während gleichzeitig negative Auswirkungen minimiert werden können. Katastrophen werden als Ereignisse verstanden, die der Mensch im Allgemeinen bewältigen und kontrollieren kann. Obwohl das Vertrauen in Behörden vorhanden ist, fühlen sich die Bürger dennoch mitverantwortlich sich zu informieren, sich vorzubereiten und der möglichen Risiken bewusst zu sein. Darüber hinaus zeigen sie ein relativ hohes Wissen über mögliche Bewältigungsmechanismen auf. Die Niederlande können als individualistische Risikokultur verstanden werden [3].
3. Eine fatalistische Risikokultur (engl. fatalistic risk culture) nimmt Gefahren als „unvorhersehbar und unvermeidbar“ wahr, was eine naturbedingte oder höhere Macht impliziert, die über das Schicksal der Menschen waltet [3]. Das Vertrauen in Behörden ist aufgrund vorheriger Misserfolge eher gering, ebenso wie das Vertrauen in die Massenmedien. Diese werden oft als subjektiv und klientelistisch empfunden. Darüber hinaus scheinen Individuen nur ein geringes Vertrauen in ihr jeweiliges Problemlösungspotenzial zu besitzen. Meist desillusioniert erwarten sie trotz alledem, dass der Staat in Notfällen handelt, ohne jedoch staatliche Empfeh-



lungen (z. B. Warnungen) ernst zu nehmen. In der Literatur wird beispielsweise Italien als fatalistische Risikokultur kategorisiert [3].

Die drei vorgestellten Stereotypen haben Charakteristika wie das Framing eines Notfalles, Vertrauen gegenüber Behörden sowie die Schuldzuweisung (Blaming) zur Grundlage. Diese wurden im Zuge der Untersuchung mit Blick auf Social Media-Nutzung operationalisiert.

**Wie nutzen Bürger soziale Medien in Notsituationen? (H1)**

Insgesamt nutzen 23 % der Befragten soziale Medien sowohl zur Informationsbeschaffung als auch zum Informationsaustausch. Dabei weist Italien mit 35 % den größten Anteil im Vergleich zu Großbritannien mit 16 % auf. Obwohl Italien in der Regel als fatalistische Risikokultur verstanden wird, die wenig individuelles Handeln aufzeigt, gilt es als ein Vorreiter bei der Nutzung von sozialen Medien in Notsituationen [3]. Italien scheint somit einen sozialen Wandel hin zu einer individualistischen Risikokultur zu vollziehen, die durch häufige Notsituationen, welche die Gemeinschaft kollektiv betreffen, vorangetrieben wird.

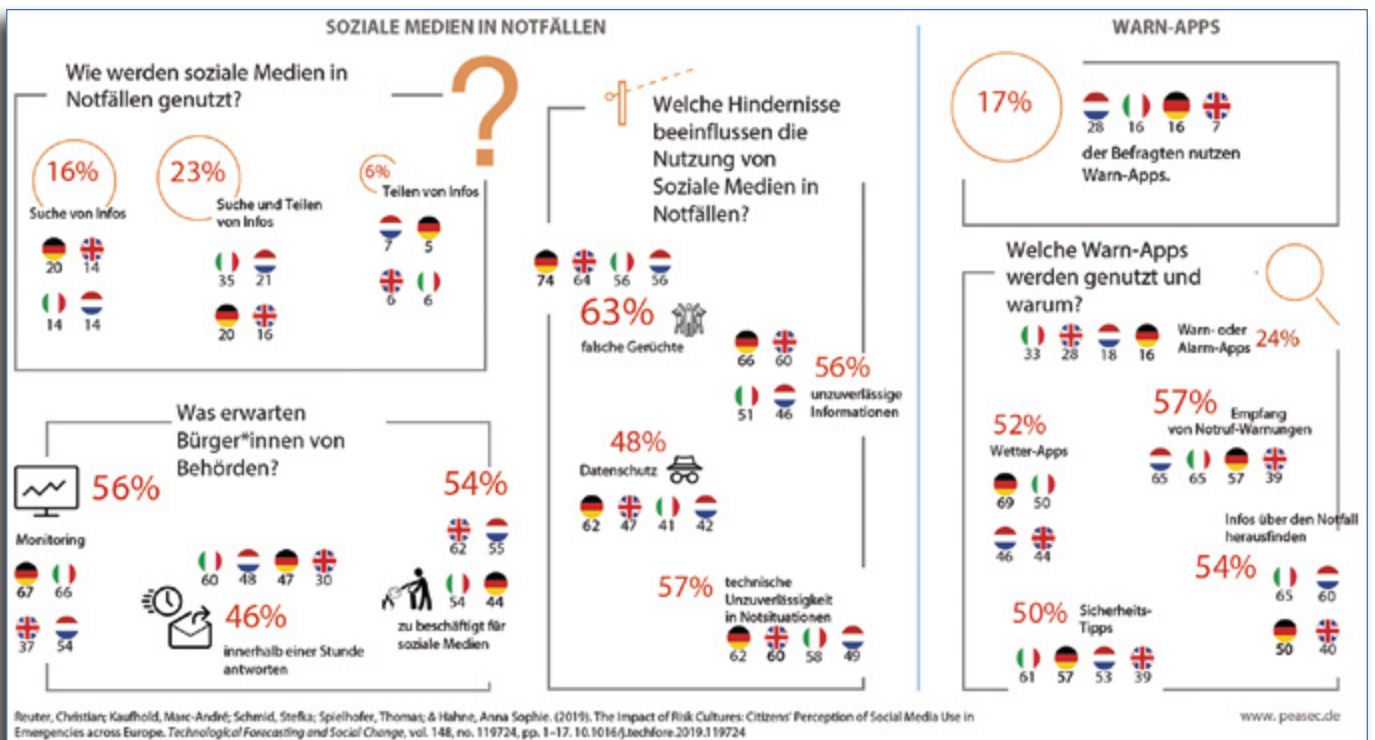
Die befragten Menschen in den vier Ländern gaben an, am meisten Informationen über Wetterbedingungen, Warnungen sowie Gefühle und Emotionen geteilt zu haben. Menschen aus den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich waren im Vergleich zu Deutschland (in Bezug auf wetterbezogene Inhalte) und insbesondere Italien relativ inaktiv. Dies deutet an, dass das Eintreten von Notsituationen und die Art von Notfall (z. B. Unwetter, Erdbeben) einen Einfluss auf das Verhalten haben könnte. Angelehnt an den theoretischen Ansatz der Risikokulturen gibt es bisher keine

kohärente Erklärung, wieso niederländische Teilnehmende so wenige Videos und Fotos austauschen. Es könnte sein, dass angesichts der gut funktionierenden Katastrophenmanagementstrukturen eine zusätzliche Nutzung von sozialen Medien in Notsituationen nicht als notwendig erachtet wird. Bei der Betrachtung der (Gesamt-)Ergebnisse in GB zeigt sich, dass eigenverantwortliches Handeln über soziale Medien durch eine mitschwingende pessimistische Wahrnehmung der Bürger teilweise blockiert werden kann. Dies zeigt sich ebenfalls bei den Antworten der offenen Interviewfragen. Britische (und nordirische) Teilnehmende weisen darauf hin, dass sie hinsichtlich sozialer Medien eher misstrauisch eingestellt sind und die Kommunikation darüber als eher unnötig empfinden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es signifikante Zusammenhänge zwischen Alter, Geschlecht und Einstellungen und Verhaltensmustern bei den Befragten gibt. In den Ländern haben jüngere Menschen im Vergleich zu Älteren während einer Notsituation mit einer höheren Wahrscheinlichkeit soziale Medien genutzt. Lediglich 28 % der jüngsten Altersgruppe (unter 25 Jahren) haben während einer Notsituation keine sozialen Medien genutzt, während 77 % der über 65-Jährigen sie nicht in Anspruch genommen haben. Im Hinblick auf das Geschlecht zeigt sich, dass Frauen wohnortsunabhängig vermehrt soziale Medien genutzt haben als Männer (47 % vs. 42 %). Da Alter und Geschlechterzugehörigkeit in den Fallländern gleich verteilt war, zeigen sich hierbei keine großen Abweichungen.

**Welche Erwartungen haben Bürger an die Behörden? (H2)**

Insgesamt wird von 56 % der Befragten erwartet, dass Behörden soziale Medien im Blick haben. Insbesondere



Deutsche (67 %) und Italiener (66 %) besitzen eine hohe Erwartungshaltung, wobei durchschnittlich 46 % erwarten, dass sie innerhalb einer Stunde reagieren. Bei italienischen Befragten liegt der Anteil sogar bei 60 %. Auf der anderen Seite geben 54 % der Befragten an, dass Behörden zu beschäftigt seien, um sich angebracht um soziale Medien kümmern zu können. Dies ist mit 62 % insbesondere bei Befragten aus GB der Fall.

Die geringen Erwartungen der Briten sind auf ihre grundsätzliche Einstellung gegenüber der Kommunikation von Behörden über soziale Medien während Notsituationen zurückzuführen. Sie haben die Kommunikation über soziale Medien als eher irrelevant eingestuft. Gleichzeitig sind niedrige Prozentsätze hinsichtlich der Überwachung von sozialen Medien durch Behörden auf individualistischere Risikokulturen, die eine niedrige Rechenschaftspflicht staatlicher Akteure aufweisen, zurückzuführen [3].

Im Vergleich dazu haben die befragten Deutschen hohe Erwartungen an deutsche Behörden, was einer staatlich orientierten Risikokultur entspricht. Auch Italiener fokussieren sich auf Staatsakteure trotz des existenten Misstrauens in Behörden [3]. Italienische Befragte hoben hervor, dass der Staat Verantwortung hinsichtlich der Einhaltung von Rechten der Privatsphäre, Zuverlässigkeit und Gültigkeit von Informationen in sozialen Medien übernehmen muss. Die Niederlande stellen erneut ein kohärentes Beispiel für eine individualistische, eigenverantwortliche Risikokultur mit vergleichsweise geringeren Erwartungen an Behörden dar [3].

### Was sind die von den Bürgern wahrgenommenen größten Hindernisse von sozialen Medien in Notsituationen? (H3)

Als größtes Problem bei der Nutzung von sozialen Medien wird von 63 % der Befragten die Existenz von Fake News benannt. Hierbei sind insbesondere Deutsche (74 %) und Briten (64 %) sehr skeptisch. Auch erkennen die Befragten zu 56 % unzuverlässige Informationen als Herausforderung an. Wie im Abschnitt zuvor sind Deutsche (66 %) und Briten (60 %) vermehrt misstrauisch eingestellt. Als eine weitere Problematik wird von 48 % der insgesamt Befragten und von 62 % der Deutschen der Datenschutz angesehen. Eine weitere Herausforderung erkennen die Befragten (57 %) in der Möglichkeit, dass soziale Medien in Notsituationen nicht richtig funktionieren können. Hierbei weisen die aus den Niederlanden stammenden Befragten mit 49 % den geringsten Prozentsatz auf.

Im Vergleich zu Deutschland, wo Bürger tendenziell in staatliche Behörden und Massenmedien vertrauen, gibt es andere Risikokulturen, die größeres Misstrauen gegenüber verbreiteten Informationen in sozialen Medien aufweisen. Soziale Medien werden häufig von nicht-staatlichen Akteuren und Individuen bedient, die grundsätzlich nicht von staatlichen Akteuren überprüft oder als Referenz verwendet werden. Aufgrund dessen zeigen sich Deutsche eventuell eher skeptisch gegenüber sozialen Medien. Dies ist auch in GB der Fall, wo Menschen ähnlich hohe Vertrauensprobleme, z. B. aufgrund von Fake News oder mangelndem Da-

tenschutz, äußern. Diese Ergebnisse wirken angesichts der neoliberalen Wende des Landes und der vielfältigen, alltäglichen Nutzung von Smartphones der britischen Bevölkerung durchaus überraschend [6]. Im Gegensatz dazu vertrauen die Befragten aus den Niederlanden, die ein individualistischeres Verständnis von Risikomanagement besitzen und geringere Erwartungen an staatliche Akteure stellen, eher individuellen Online-Quellen.

Obwohl Italiener insgesamt eher enttäuscht über bestehende Managementstrukturen sind [1], Misstrauen in staatliche Akteure haben, diese für Missmanagement verantwortlich machen und sich auf einer persönlichen Ebene machtlos fühlen [3], würden sie lieber, und das am häufigsten im Vergleich zu Befragten aus den anderen Ländern, Notrufnummern anrufen als über (kommerzielle) soziale Medien zu kommunizieren. Deutschland wies dabei den niedrigsten Wert auf. Es bleibt anzumerken, dass Bedenken bezüglich des Schutzes der Privatsphäre unabhängig von der jeweiligen Risikokultur sehr hoch sein können.

Aspekte wie Datenschutzprobleme, Verwendbarkeit der sozialen Medien, effektive Informationsflüsse und direkte Kommunikationstools wurden unabhängig von den sich differenzierenden Risikokulturen und anderen Variablen von allen Befragten der vier Länder innerhalb der offenen Fragen genannt. Dies legt nahe, dass Faktoren wie die Art der Interaktion zwischen Mensch und Computer, Gewohnheiten und die Wahrnehmung von Medien (sozial vs. traditionell) hilfreich sind, um die Wahl ähnlicher Parameter hinsichtlich der Nutzung von sozialen Medien in Notsituationen zu erklären.

### Wie sind die Bürger gegenüber Notfall-Apps eingestellt? (H4)

Apps, die im Notfall hilfreich sein können, wie Wetter-, Erste-Hilfe- und Warn-Apps werden bis dato insgesamt von nur 17 % der Befragten verwendet. Die Niederlande weisen einen relativ hohen Prozentsatz von 28 % auf, wovon ein Großteil der Befürworter männlich und jung ist. Die am meisten heruntergeladenen Apps sind Wetter-Apps (42 % insgesamt und 69 % bei befragten Deutschen) und Warn- oder Alarmmeldungs-Apps (42 % insgesamt und 33 % bei befragten Niederländern). Insgesamt gaben 57 % der Befragten an, auch zukünftig gerne Notfallwarnungen zu erhalten. In GB liegt der Prozentsatz mit 39 % etwas darunter und in Italien mit 61 % etwas darüber.

Der individualistische Charakter der niederländischen Risikokultur kann unter anderem das proaktive Herunterladen von Notfall-Apps erklären. Hierbei bleibt anzumerken, dass Warn-Apps deutlich häufiger installiert wurden als Notfall-Apps. Weitere Analysen für die Auswahl bestimmter App-Kategorien sind erforderlich, da nicht eindeutig gesagt werden kann, ob die Art der Vorfälle und Notsituationen die Wahl der App-Kategorien beeinflusst. Deutsche Befragte haben beispielsweise im Vergleich zu den Briten deutlich öfter Wetter-Apps heruntergeladen.

Gründe für eine zukünftige Nutzung von Apps, die mit Notsituationen in Verbindung stehen, waren bei allen Befrag-

ten sehr ähnlich. Italiener gaben vermehrt an, solche Apps zukünftig nutzen zu wollen, was unter anderem auf den kollektivistischen Charakter der Risikokultur zurückzuführen ist [2; 7; 11]. Ebenfalls würden sie sich individuell vermehrt beteiligen wollen. 50% der Italiener gaben an, bis dato Behörden lieber über eine App zu erreichen als telefonisch, was im Widerspruch steht zu anderen Ergebnissen, die ergeben, dass Italiener lieber telefonisch als über soziale Medien kommunizieren. Es deutet darauf hin, dass die Teilnehmenden möglicherweise eine unterschiedliche Einstellung zu sozialen Medien und Notfall-Apps haben.

### Fazit: Risikokulturen in sozialen Medien

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass diese repräsentative Onlineumfrage durchgeführt wurde mit dem Ziel, aktuelle Informationen über die Einstellung von Bürgern zur Nutzung von sozialen Medien in Notsituationen in vier europäischen Ländern zu sammeln. Die Länder wurden ausgewählt, weil sie sich zum einen in ihrer Risikokultur unterscheiden und zum anderen in der allgemeinen Nutzung von sozialen Medien [4; 5]. Zusammengesetzt hat sich die Studie aus neun qualitativen Fragen.

Die Ergebnisse der vier europäischen Länder liefern interessante Erkenntnisse, die nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Umsetzung von Notfallmanagementstrukturen über soziale Medien nützlich sein können. Dies beinhaltet insbesondere die Erwartungen der Bürger – beispielsweise ob Behörden flächendeckend Social Media monitoren sollten (H2). Auch geben die Ergebnisse Auskunft über persönliche Einstellungen zur Nutzung von Notfall-Apps (vgl. H4). Die gewonnenen Erkenntnisse zu Risikokulturen bestätigen früherer Untersuchungen größtenteils [3; 5]. Die Erhebung kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Je nach Risikokultur werden die Herausforderungen in Bezug auf die Nutzung sozialer Medien in Notsituationen unterschiedlich stark wahrgenommen (vgl. H3). Deutsche Befragte zeigen sich tendenziell skeptisch gegenüber privat verfassten Online-Beiträgen und fokussieren sich auf staatliche Verantwortung [10].
- Italienische Bürger sind vermehrt auf soziale Medien angewiesen, was auf die Häufigkeit und auch Art der störenden Ereignisse (z. B. Naturkatastrophen) zurückgeführt werden könnte. Diese Erkenntnisse sollten in zukünftige Analysen, die sich auf Risikokulturen oder die Wahrnehmung von Wirksamkeit der Managementstrukturen konzentrieren, einbezogen werden.
- Die Nutzung sozialer Medien in Notsituationen kann besonders für Bevölkerungen hilfreich sein, bei denen ein stärkeres Bedürfnis nach verbessertem Notfallmanagement besteht. Dies zeigt sich mit Anzeichen von zunehmender individueller Beteiligung.
- Widersprüchliche Antworten wurden von britischen Befragten gegeben, die soziale Medien in Notfällen weniger häufig genutzt haben, überdurchschnittlich skeptisch waren und die (zukünftige) Nutzung von Notfall-Apps

### Literatur

- [1] Alpaslan, Ö., & Gianni, R. (2012). L'Aquila's reconstruction challenges: has Italy learned from its previous earthquake disasters? *Disasters*, 37(1), 119–143. doi:10.1111/j.1467-7717.2012.01296.x
- [2] Bontempo, R. N., Bottom, W. P., & Weber, E. U. (1997). Cross-Cultural Differences in Risk Perception: A Model-Based Approach. *Risk Analysis*, 17(4), 479–488. doi:10.1111/j.1539-6924.1997.tb00888.x
- [3] Cornia, A., Dressel, K., & Pfeil, P. (2016). Risk cultures and dominant approaches towards disasters in seven European countries. *Journal of Risk Research*, 19(3), 288–304. doi:10.1080/13669877.2014.961520
- [4] Dressel, K. (2015). Risk culture and crisis communication. *International Journal of Risk Assessment and Management*, 18(2), 115–124. doi:10.1504/IJRAM.2015.069020
- [5] Dressel, K., & Pfeil, P. (2017). Socio-cultural factors of risk and crisis communication: Crisis communication or what civil protection agencies should be aware of when communicating with the public in crisis situations. In M. Klafft (Ed.), *Risk and Crisis Communication for Disaster Prevention and Management* (pp. 64–76).
- [6] Fortunati, L., & Taipale, S. (n.d.). The advanced use of mobile phones in five European countries. *The British Journal of Sociology*, 65(2), 317–337. doi:10.1111/1468-4446.12075
- [7] Gierlach, E., Belsher, B. E., & Beutler, L. E. (2010). Cross-Cultural Differences in Risk Perceptions of Disasters. *Risk Analysis*, 30(10), 1539–1549. doi:10.1111/j.1539-6924.2010.01451.x
- [8] Reuter, C., Hughes, A. L., & Kaufhold, M.-A. (2018). Social Media in Crisis Management: An Evaluation and Analysis of Crisis Informatics Research. *International Journal on Human-Computer Interaction (IJHCI)*, 34(4), 280–294. doi:10.1080/10447318.2018.1427832
- [9] Reuter, C., Kaufhold, M.-A., Schmid, S., Hahne, A. S., & Spielhofer, T. (2019). The Impact of Risk Cultures: Citizens' Perception of Social Media Use in Emergencies across Europe. *Technological Forecasting and Social Change*.
- [10] Reuter, C., & Spielhofer, T. (2017). Towards Social Resilience: A Quantitative and Qualitative Survey on Citizens' Perception of Social Media in Emergencies in Europe. *Journal Technological Forecasting and Social Change (TFSC)*, 121, 168–180. doi:10.1016/j.techfore.2016.07.038
- [11] Statman, M. (2008). Countries and Culture in Behavioral Finance. In *CFA Institute Conference Proceedings Quarterly* (pp. 38–44). doi:10.2469/cp.v25.n3.6

als eher unnötig empfanden. Dies weist auf eine sich entwickelnde fatalistische Haltung gegenüber dem Umgang mit Notsituationen hin.

Das Forschungsvorhaben wurde im Rahmen des im Rahmen des EU-Projektes „EmerGent“ (Förderkennzeichen 608352), durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen von KontiKat (13N14351) sowie durch die LOEWE Initiative des Landes Hessen im Rahmen des LOEWE Zentrums emergenCITY gefördert.

Prof. Dr. Christian Reuter ist Universitätsprofessor und Inhaber des Lehrstuhls *Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit (PEASEC)* an der Technischen Universität Darmstadt. Sein Team führt regelmäßig Studien für und mit Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben durch. Weitere Infos unter: [www.peasec.de](http://www.peasec.de).

Marc-André Kaufhold ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Arbeitsgruppe KontiKat am Institut für Wirtschaftsinformatik der Universität Siegen sowie am Lehrstuhl *Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit (PEASEC)* der Technischen Universität Darmstadt.

Stefka Schmid ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl *Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit (PEASEC)* der Technischen Universität Darmstadt.

# Katastrophenschutz und Pflege

## Wie können zu Hause versorgte pflegebedürftige Menschen in Krisen und Katastrophen besser unterstützt werden?

Heidi Oschmiansky

Pflege- und hilfsbedürftige Menschen, die zu Hause versorgt werden, sind in Krisen und Katastrophen oft besonders gefährdet. Der folgende Beitrag befasst sich mit der Fragestellung, wie eine engere Zusammenarbeit von Katastrophenschutz- mit Alltagsstrukturen besonders verletzte bzw. vulnerable Bevöl-

kerungsgruppen in Krisenereignissen unterstützen kann und welche Ansätze hierzu im Rahmen von Forschungsprojekten im Bevölkerungsschutz, an denen das Deutsche Rote Kreuz beteiligt ist, entwickelt wurden.

In Krisen und Schadenslagen, wie zum Beispiel bei einem Stromausfall, einer Pandemie oder einem Extremwetterereignis infolge des Klimawandels, sind Menschen nicht gleichermaßen betroffen. Sie verfügen über unterschiedliche soziale und ökonomische Ressourcen und Potenziale zur Bewältigung von Krisenereignissen, ihre öffentliche Wahrnehmung kann unterschiedlich ausgeprägt sein und sie können verschiedene Unterstützungsbedarfe haben.



Bei der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen für Krisen, Schadenereignisse und Katastrophen wurde die Bevölkerung lange eher als Ganzes betrachtet [1, S. 15]. Erst seit einigen Jahren wird im Bevölkerungsschutz in Deutschland zunehmend thematisiert, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen in Krisen unterschiedlich gefährdet bzw. vulnerabel sein können. Dies wird am Beispiel der Gruppe der zu Hause gepflegten Menschen deutlich. Während in den Niederlanden bereits 1994 in einem Forschungsbericht auch die potenziellen lebensbedrohlichen Folgen eines größeren und langandauernden Stromausfalles für die Gruppe der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen detailliert dargelegt wurden [2], erschienen in Deutschland erst deutlich später vergleichbare Veröffentlichungen. [3]

Vergangene Krisenereignisse, wie das Hochwasser von 2002 und von 2013 oder die Schneelage in Bayern von 2019, haben wiederholt gezeigt, dass zu Hause versorgte Pflegebedürftige oft besonders betroffen sind und dass es an systematisch abgestimmten, geplanten Unterstützungsmaßnahmen für sie mangelt. Denn zum einen wird oft noch unterschätzt, wie viele Menschen mittlerweile zu Hause ge-

pflegt werden. Zum anderen ist Einsatzkräften des Katastrophenschutzes aufgrund des Datenschutzes häufig nicht bekannt, wo pflegebedürftige Menschen leben, die in solch einer Lage eine medizinisch-pflegerische Unterstützung zwingend benötigen oder evakuiert werden müssen. Pflegedienste sind hingegen in der Regel auf den Alltag ausgerichtet und nicht auf Krisenereignisse. Schließlich verfügen beide Bereiche – Katastrophenschutz und Pflege – über begrenzte Möglichkeiten und Ressourcen und sind auf die Mithilfe der Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Organisationen, auch aus dem Wohlfahrts- und Sozialbereich, angewiesen [4; 5].

Das Deutsche Rote Kreuz hat daher auf Basis von Einsatzerfahrungen seit 2015 begonnen, seine Forschung im Bevölkerungsschutz entsprechend auszurichten und einen Schwerpunkt auf vulnerable bzw. besonders verletzte Bevölkerungsgruppen in Krisen gelegt sowie auf Fragestellungen, wie Alltags- und Katastrophenschutzstrukturen besser abgestimmt werden und enger zusammenarbeiten können. Folgende Erkenntnisse sind in diesem Kontext anzuführen:

- Schadenereignisse, Krisen, Katastrophen können wechseln und das Risiko dafür regional unterschiedlich hoch sein.
- Bevölkerungsgruppen können je nach Region und Schadenereignis unterschiedlich betroffen bzw. vulnerabel sein.
- Die materiellen und personellen Kapazitäten zur Bewältigung eines Schadenereignisses können regional unterschiedlich vorhanden und ausgeprägt sein.

Daher ist eine stärkere Orientierung an den örtlichen Gegebenheiten, also eine Sozialraumorientierung, im Bevölkerungsschutz hilfreich. Mit dem Begriff des sozialraumorientierten Bevölkerungsschutzes ist zum einen ein Bevölkerungsschutz gemeint, in dem stärker berücksichtigt wird, welche Bevölkerungsgruppen in einer Krise regional oder lokal unterschiedlich besonders gefährdet sind und welche Ressourcen es zur Krisenbewältigung vor Ort gibt. Zum anderen zielt ein stärker sozialraumorientierter Bevölkerungs-

schutz auf eine engere Zusammenarbeit von Alltags- und Katastrophenschutzstrukturen und auf eine Stärkung des sozialen Zusammenhaltes [6, S. 28]. Dabei ist die Einbindung von ehrenamtlicher und professioneller Hilfe sowie die Selbst- und Nachbarschaftshilfe von entscheidender Bedeutung. Denn die Selbst- und Nachbarschaftshilfe ist der wirksame Überbrückungsmechanismus für mögliche Versorgungslücken, die in einem Schadenereignis entstehen können [7, S.16; 8 S. 50].

Ein Beispiel für die angeführte Forschungsausrichtung ist das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung geförderte Forschungsprojekt KOPHIS, das unter der Leitung des Deutschen Roten Kreuzes von 2016 bis 2019 durchgeführt wurde. Der Name KOPHIS steht für **Kontexte von Pflege- und Hilfsbedürftigen stärken – Verzahnung von BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben), Pflegeinfrastruktur und aktiven zivilgesellschaftlichen Netzwerken**. Das Ziel von KOPHIS war die Stärkung der Resilienz bzw. Widerstandsfähigkeit von Pflege- und Hilfsbedürftigen in Krisen und Katastrophen. Dies wurde in dem Projekt auf zwei Wegen angegangen. Zum einen sollte die Selbst- und Nachbarschaftshilfe gefördert werden. Hierfür wurden in der Modellregion Willich, einer Stadt mit rund 51.000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen, Seniorinnen und Senioren sowie ihnen nahestehende Personen, wie pflegende Angehörige, zu drei sogenannten Dialogforen in eine Begegnungsstätte des DRK eingeladen. Sie wurden dabei über mögliche Folgen von Schadenereignissen für zu Hause gepflegte Menschen sowie die Möglichkeiten und Grenzen des Katastrophenschutzes sensibilisiert und nach Unterstützungsbedarfen und möglichen Potenzialen befragt. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen sowie auf Interviews vor Ort und einer deutschlandweiten Befragung wurden gemeinsam Unterstützungsmaterialien für Schadenereignisse entwickelt und getestet. Dieser partizipative Ansatz war ein besonderes Merkmal von KOPHIS und mit Blick auf die Zielgruppe und das Forschungsrahmenprogramm zu dem Zeitpunkt wohl einzigartig. Das partizipative Vorgehen ermöglichte eine adressatengerechte Gestaltung für die Zielgruppe und eine bessere Nutzerfreundlichkeit. So wurde zum Beispiel ein Bingo-Spiel entwickelt – das „Sicherheits-Bingo“ –, welches über Schadensereignisse und entsprechende Notfalltipps spielerisch informiert und einen niedrigschwelligen Einstieg in die Selbst- und Nachbarschaftshilfe bietet. Das Sicherheits-Bingo wurde beim Dialogforum in Willich, aber auch bei anderen Veranstaltungen, wie dem Deutschen Seniorentag und dem Innovationsforum „Zivile Sicherheit“, mit Erfolg getestet. Um pflegende Angehörige für das Thema zu sensibilisieren und ihnen Handlungsmöglichkeiten in der Krisen- und Notfallvorbereitung aufzuzeigen, wurde zudem eine entsprechend ausgerichtete Pilot-Schulung für pflegende Angehörige im Rahmen von KOPHIS durchgeführt. Auch die „Ereigniskarten“, auf denen verschiedene Schadensereignisse und einfache Notfalltipps verzeichnet sind, fanden Anklang und kommen auch heute noch, ebenso wie das Sicherheits-Bingo, in der Modellregion zum Einsatz.

Der zweite Weg, über den im Rahmen von KOPHIS Pflege- und Hilfsbedürftige in Krisen gestärkt werden sollten, war eine Förderung der Zusammenarbeit von Katastrophenschutz, Pflege und Zivilgesellschaft. Im Projekt wurden hierfür in der Modellregion Willich drei „Runde Tische“ durchgeführt. Zu den Runden Tischen wurden lokale Vertreter der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben der Stadt Willich, zivilgesellschaftliche Organisationen wie Seniorenvereine und religiöse und Kirchen-Gemeinden, ehrenamtlichen Initiativen sowie Pflegedienste vor Ort eingeladen. Die Runden Tische dienten der Informierung und Sensibilisierung der Teilnehmenden über die Probleme und Herausforderungen bei der Unterstützung von zu Hause gepflegten Menschen in Krisen. Sie förderten einen Austausch über Möglichkeiten und Grenzen des Katastrophenschutzes, der Pflege und der Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Zielgruppe in Krisen und wie gemeinsam mögliche Versorgungslücken geschlossen werden könnten. Sie boten zudem eine Basis für ein Unterstützungsnetzwerk vor Ort. Die in KOPHIS entwickelten Forschungsbeiträge, Unterstützungsmaterialien und der KOPHIS-Film können auf der Webseite der DRK Forschung [www.drk-forschung.de](http://www.drk-forschung.de) sowie auf der KOPHIS-Webseite [www.kophis.de](http://www.kophis.de) eingesehen und zum Teil kostenlos heruntergeladen werden.



KOPHIS-Publikationen.  
(Foto: DRK)

Das Forschungsprojekt KOPHIS reiht sich mit seinen Ansätzen, zum einen die Selbst- und Nachbarschaftshilfe zu fördern und zum anderen eine Vernetzung vor Ort im Sinne eines stärker sozialraumorientierten Bevölkerungsschutzes zu fördern, in die vom Deutschen Roten Kreuz seit zehn Jahren durchgeführten Forschungsprojekte im Bevölkerungsschutz ein [8]. So hatte das zwischen 2015 und 2018 laufende Forschungsprojekt INVOLVE Themen herausgearbeitet, an die KOPHIS anknüpfen konnte, nämlich zum freiwilligen Engagement, zu den spezifischen Bedürfnissen von verschiedenen Ziel- bzw. Risikogruppen in Krisen und zur Vernetzung vor Ort. In dem in INVOLVE entwickelten Video wird beispielsweise vermittelt, wie sich der Betreuungsdienst mit Organisationen und Akteuren im Sozialraum vernetzen muss, um auf die Bedürfnisse vulne-

rabler Gruppen eingehen und um zukunftsfähig sein zu können [9]. Auch das bis September 2020 laufende Projekt ResOrt, das wiederum auf INVOLVE und KOPHIS aufbaut, befasst sich damit, wie sozialer Zusammenhalt die Resilienz für Krisen stärken kann und wie Akteure im Bereich der Wohlfahrt und der Nachbarschaftshilfe für Krisen- und Umbruchsituationen sensibilisiert und das gesamte Katastrophenschutzsystem einbezogen werden können [10]. In den Einsatzdokumentationen des Roten Kreuzes im Rahmen der DRK Schriftenreihe wird wiederum die Betroffenheit von vulnerablen Bevölkerungsgruppen verstärkt berücksichtigt und dokumentiert: In den zwei Beiträgen zur Schneekatastrophe in Bayern 2019 und zum Stromausfall 2019 in Berlin, die unter anderem auf Interviews mit beteiligten Einsatzkräften und Verantwortlichen basieren, werden die besonderen Herausforderungen der Unterstützung von zu Hause versorgten Pflegebedürftigen in den Krisenereignissen dargestellt [11].

Eine zentrale Erkenntnis von KOPHIS und von INVOLVE ist, dass die beiden Systeme Katastrophenschutz und Pflege nicht ausreichend vernetzt sind, dass Alltags- und Katastrophenschutz-Systeme stärker aufeinander bezogen werden müssen und dass in beiden Systemen oft Fehlanahmen über Zuständigkeiten des jeweils anderen Bereiches dominieren. Folgendes Zitat verdeutlicht dies:

*„Wir haben durch die Forschung feststellen müssen, dass ‚die Pflege‘ oft glaubt, der Katastrophenschutz würde im Störfall das Geschehen vollständig übernehmen und lösen, aber ‚der Katastrophenschutz‘ häufig denkt, ‚die Pflege‘ stünde zur Problemlösung uneingeschränkt zu seiner Verfügung. Zwei Irrtümer!“ [12, S. 287]*

An dieser Stelle knüpft das neue Forschungsprojekt AUIPK an, das im März 2020 gestartet ist mit einer Laufzeit von drei Jahren. AUIPK wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogrammes gefördert und in der Modellregion Magdeburg umgesetzt. Im Projekt sollen Lösungsansätze erarbeitet werden, die eine abgestimmte Zusammenarbeit der beiden Systeme Katastrophenschutz und ambulante Pflege fördern. AUIPK steht für „Aufrechterhaltung der ambulanten Pflegestrukturen in Krisen – Organisatorische Konzepte zur Erhöhung der Resilienz des Pflegewesens“ und wird unter der Leitung des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz, dem Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft der Charité – Universitätsmedizin Berlin sowie dem Vincentz Network durchgeführt. Ausgangspunkt des Forschungsprojektes ist, dass auch in Ausnahmesituationen die Alltagsstrukturen solange wie möglich aufrechterhalten werden sollen, um Ressourcen zu schonen und eine Kontinuität der häuslichen pflegerischen Versorgung zu ermöglichen. In dem Projekt werden entsprechende Pilot-Konzepte und Informations- und Bildungsmaterialien für die Unterstützung häuslicher Pflegearrangements durch den Katastrophenschutz entwickelt, damit Lücken in der häuslichen Versorgung zumindest vorübergehend überbrückt werden können. In Abhängigkeit von der konkreten Pflegesituation

- [1] Hasselfeldt, Gerad (2019): Zur Bedeutung von KOPHIS für das Deutsche Rote Kreuz e.V. In Krüger, Marco; Max, Matthias (Hrsg.): Resilienz im Katastrophenfall. Konzepte zur Stärkung von Pflege- und Hilfsbedürftigen im Bevölkerungsschutz. transcript Verlag, S. 15-17.
- [2] Steetskamp, I.; van Wijk, A. (1994) Stromausfall: Die Verletzlichkeit der Gesellschaft. Die Folge von Störungen der Elektrizitätsversorgung. Rathenau-Institut, Universität Utrecht, Den Haag.
- [3] Ein Beispiel ist die Publikation „Krisenmanagement Stromausfall. Kurzfassung. Krisenmanagement bei einer großflächigen Unterbrechung der Stromversorgung am Beispiel Baden-Württemberg (2010). Herausgegeben vom Innenministerium Baden-Württemberg und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
- [4] Deutsches Rotes Kreuz e.V. (2018a): Die vulnerable Gruppe „ältere und pflegebedürftige Menschen“ in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen – Teil 1. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Herausforderungen aus der Praxis. Berlin
- [5] Deutsches Rotes Kreuz e.V. (2020a): Dokumentationen von Einsatzlagen. Teil 1. Die Schneelage in Bayern 2019 aus Sicht des Bayerischen Roten Kreuzes. Berlin.
- [6] Deutsches Rotes Kreuz e.V. (2018b): Die vulnerable Gruppe „ältere und pflegebedürftige Menschen“ in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen – Teil 2. Vernetzung und Partizipation – auf dem Weg zu einem sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz. Berlin.
- [7] Max, Matthias; Schulze, Matthias (2019): Zur Notwendigkeit der Forschung aus Sicht des Deutschen Roten Kreuzes e.V. In: Krüger, Marco, Max, Matthias (Hrsg.), a.a.O., S. 41 – 53.
- [8] Max, Matthias (2020): 10 Jahre Forschung und Entwicklung im Deutschen Roten Kreuz. In: BBK Bevölkerungsschutz 1/2020, S. 22-24
- [9] Siehe <https://www.drk.de/forschung/forschungsprojekte/abgeschlossene-projekte/involve/>
- [10] Siehe <https://www.drk.de/forschung/forschungsprojekte/laufende-projekte/resort/>
- [11] Deutsches Rotes Kreuz e.V. (2020a): A.a.O.; Deutsches Rotes Kreuz e.V. (2020b): Dokumentation von Einsatzlagen – Teil 2. Der Stromausfall in Berlin-Köpenick im Februar 2019, Berlin.
- [12] Würth, Ulrike; Knopp, Tanja (2019): Zur Bedeutung des Projektes KOPHIS für die praktische bereichsübergreifende Arbeit im Deutschen Roten Kreuz e.V. In: Krüger, Marco; Max, Matthias (Hrsg.): A.a.O., S. 287-288.

kann eventuell jedoch eine häusliche Versorgung nicht (mehr) möglich sein. Hierfür wird ein Pilot-Konzept und Bildungsmaterial für einen Betreuungsplatz „Intensivpflege“ erarbeitet, der eine temporäre Zentralisierung dezentraler, häuslicher Pflegearrangements ermöglichen soll.

Mit den hier angeführten Forschungsprojekten wurden bzw. werden Ansätze erarbeitet, die zu einer stärkeren Sozialraumorientierung, einer größeren Berücksichtigung vulnerabler Bevölkerungsgruppen im Bevölkerungsschutz und einer systematischen Zusammenarbeit des Katastrophenschutzes mit Alltagsstrukturen beitragen sollen. Für eine zukunftsorientierte Ausrichtung des Bevölkerungsschutzes wird es darauf ankommen, Mittel und Wege zu finden, gewonnene Erkenntnisse umzusetzen.

Dr. Heidi Oschmiansky ist wissenschaftliche Referentin im Sachgebiet Forschung im Bevölkerungsschutz im DRK-Generalsekretariat.

# Persönliche Notfall- und Katastrophenvorsorge in der Corona-Krise

Henning Goersch

Wenn sich ein Bild in der aktuellen Krise in das kollektive Gedächtnis gegraben hat, dann ist dies das Toilettenpapier<sup>1</sup>. Es steht symbolisch für die sogenannten „Hamsterkäufe“, für ein anscheinend unsinniges und unreflektiertes Verhalten der Menschen als Reaktion auf den Lockdown Deutschlands. Daraus wiederum ergeben sich viele Ansatzpunkte für Spot, Häme und satirische Aufarbeitungen.

Aus Perspektive einer nüchternen Betrachtung ist dies nahezu tragisch. Es wird erneut das Imageproblem einer persönlichen Notfall- und Katastrophenvorsorge (auch: Selbstschutz, Selbsthilfe) in Deutschland offenbar: Selbst in einer Krise, die unsere größte Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges darstellt und deren Verlauf und Auswirkungen wir noch gar nicht abschätzen können, wird überwiegend auf das (teils fehlende) Toilettenpapier fokussiert. Durch diese Verkürzung besteht die Gefahr, dass Menschen von der allgemeinen Bevorratung abgehalten werden, da dieses Verhalten nun mit Scham besetzt ist.

Wir können eindeutig belegen, dass persönliche Notfall- und Katastrophenvorsorge Menschen dabei wirksam unterstützt, Krisen besser zu bewältigen (Goersch 2011)<sup>2</sup>. Bevorratung stellt dabei nur einen Teil dieses Konzeptes dar. Es besteht ebenso aus Verhaltensweisen des vorbeugenden Brandschutzes, der Ersten Hilfe, der Nachbarschaftshilfe, des Versicherungsschutzes und vieler weiterer Einzelaspekte. Sich in diesem Kontext auszurüsten und entsprechende Kompetenzen zu entwickeln, ist stets sinnvoll, insbesondere aber in der Krise. Ideal wäre es, wenn man den § 5 des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) in der momentanen Situation aktivieren könnte, der jedoch nur für den Spannungs- und Verteidigungsfall vorgesehen ist. Hierdurch würde den Gemeinden nämlich die Aufgabe übertragen, die Selbsthilfefähigkeit der lokalen Bevölkerung zu steigern.

Immer wieder ist auch die Rede von „panikartigem“ Verhalten der Bevölkerung, die in Hamsterkäufen Supermärkte

leer kauft. Im Folgenden soll dieses Phänomen aus zwei Blickwinkeln genauer beleuchtet werden.

Legt man zunächst zwei typische Panikkriterien an die „Hamsterkäufe“ an, nämlich Irrationalität und antisoziales Verhalten, so ergibt sich ein differenzierteres Bild. Wie bereits beschrieben ist es grundsätzlich sinnvoll, spätestens in der Krise zu bevorraten. Dass es einige dabei übertreiben, lässt sich nicht vollständig vermeiden. Aber was wissen wir über die Menschen, die mit anscheinend zu viel Toilettenpapier an der Kasse stehen? Vielleicht kaufen sie für ihre betagten Eltern ein, vielleicht für Freunde, ihre



Ein Symbol der Krise?  
(Foto: Nature-Pix / CC0 Public Domain / pixabay.com)

Nachbarn, eine große Familie. Wir wissen es nicht. Und ist dieses Verhalten antisozial? Wenn, dann in geringem Ausmaß, da es sich hier nicht um Waren handelt, die überlebenswichtig für andere Menschen sind und jeder Verbrau-

- 
- 1 Es gibt natürlich auch andere Symbole und Bilder, einige weniger schrecklich, wie Atemmasken, andere kaum zu ertragen, wie Militärfahrzeuge mit Särgen vor Krematorien in Italien.
  - 2 Die Literatur kann beim Autor angefragt werden. (henning.goersch@akkon-hochschule.de)

cher davon ausgehen kann, dass Waren wieder aufgefüllt werden.<sup>3</sup> So gibt es auch nach Aussagen von Vertretern des Einzelhandels auch nur temporäre Engpässe und keinen wirklichen Mangel an Klopapier.

Vielmehr scheint ein wesentlicher Faktor die moderne Logistik zu sein. Auch hierzu hat sich der Einzelhandel geäußert: Toilettenpapier ist ein Produkt, das nur sporadisch gekauft wird und zudem in der Lagerung viel Platz einnimmt. Daher wird es auch erst dann nachbestellt, wenn die Lagerbestände zur Neige gehen. Kaufen die Menschen nun vermehrt zwei Packungen statt einer, so sind die Regale sehr schnell leer. Die leeren Regale können dann dazu führen, dass Kunden in weiteren Supermärkten danach suchen, und so kann sich das Phänomen verstärken. Möglicherweise haben wir es hier nicht primär mit einem Verhaltensproblem, sondern einem Logistikproblem zu tun.



Engpässe können auch eher auf Logistik- als auf Verhaltensprobleme hindeuten.  
(Foto: Klaus Hausmann / CCO Public Domain / pixabay.com)

Weiterhin ist sich die Fachliteratur weitgehend einig in ihrer Skepsis gegenüber dem Phänomen „Panik“, sowohl was Massenveranstaltungen betrifft, als auch in Bezug auf großflächige Schadensereignisse. Dies konnten auch die Untersuchungen der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften zum Starkregen in Münster 2014, dem Tornado von Bützow 2015, dem Fallwind von Framersheim 2015, dem Starkregen von Simbach/Braunsbach und dem Schneechaos in Südbayern, Südsachsen und Österreich 2019 zeigen: Zusammenhalt und prosoziales Verhalten überwiegen deutlich.

Zu diesem Thema haben wir aktuell eine Doppelstudie durchgeführt. Verhalten, Erleben und Bewältigung der deutschen Bevölkerung in der Corona-Krise wurden sowohl in einer eigenen Online-Studie als auch im Auftrag der Hochschule durch das Sozial- und Politikforschungsinstitut Forsa mit demselben Fragebogen untersucht. Auf diesem Weg konnten über 4.500 Menschen – teilweise repräsentativ – in zehn Tagen befragt werden.

Die ersten Ergebnisse liegen nun vor. Sie zeichnen ein etwas anderes Bild als jenes, das oben beschrieben wurde: Zwar empfindet nur ein Drittel der Befragten, dass es mehr Aggression als sonst gäbe. Über 50% der Untersuchungsteilnehmer hatten jedoch den Eindruck, dass in der aktuellen Situation egoistisches Verhalten überwiegt. Mehr kooperatives Verhalten als sonst war ebenso nur einem Drittel aufgefallen.

Im Fragebogen wurden die Teilnehmer zudem gebeten, besonders kooperative oder besonders egoistische Verhaltensweisen zu schildern. Insgesamt kamen so über 7.200 Schilderungen aus beiden Studien zusammen, die getrennt analysiert wurden. Die Ergebnisse von beiden Auswertungen sind sehr konsistent: Prosoziale und antisoziale Verhaltensweisen halten sich die Waage. Dies steht im Widerspruch zu unserer bisherigen Forschung und zum allgemeinen Forschungsstand, bei dem das Prosoziale stets überwiegt.

Zur Einordnung dieser Ergebnisse muss ein Blick auf die bisherige Erklärung von überwiegend prosozialem Verhalten in Schadensereignissen geworfen werden: Meist sind die Schäden lokal oder regional sehr begrenzt und unterbrechen direkt oder indirekt den Alltag der dort ansässigen Menschen. Durch das Ereignis und die Alltagsunterbrechung wird die Zielsetzung vieler Handlungen auf die Schadensbewältigung gerichtet. Dieses Ziel wird von sehr vielen Menschen geteilt. Es entsteht also ein gemeinsames Ziel, welches Zusammenarbeit, Gruppenbildung und Kooperation fördert. Gleichzeitig sind die Schäden meist sehr sicht- und fassbar: Es gibt konkrete Handlungen, die Menschen als wirksame Bewältigungsmaßnahme ausführen können,

z. B. Sandsäcke befüllen und stapeln, einen Keller auspumpen, Schutt wegräumen. Dies motiviert wiederum Menschen von außerhalb des Schadensgebietes als ungebundene Spontanhelfer tätig zu werden.

Viele dieser Erklärungen passen jedoch nicht auf die aktuelle Situation. Zwar haben wir auch eine deutliche Alltagsunterbrechung, diese manifestiert sich aber vielfach dergestalt, dass Tätigkeiten, die sonst außerhalb des eigenen Zuhauses ausgeführt wurden, nun einfach in dieses verlegt wurden. Der Grad der Durchbrechung ist entsprechend substanziiell anders als in Fällen, in denen z. B. das eigene Haus unter Wasser steht. Weiterhin ist im Alltag das Leid der Erkrankten nichtdirekt erlebbar. Darüber hinaus gibt es kaum Handlungen, die zur Bewältigung der Lage bei-

<sup>3</sup> Anscheinend bezieht sich der teilweise Engpass von Toilettenpapier nicht auf feuchtes Toilettenpapier, wodurch hier immer noch eine mögliche Alternative besteht.



tragen können. Diese Faktoren können erklären, warum die Ergebnisse sich von den bisherigen so stark unterscheiden.

Aus Perspektive der persönlichen Notfall- und Katastrophenvorsorge ist die aktuelle Situation auch eine Chance: Die Erfahrungen aus der Krise können in die Überarbeitung bestehender Konzepte und Fördermaßnahmen fließen. Ziel müsste es sein, das Image von Vorsorge langfristig zu verbessern. Ansatzpunkte zur Umsetzung des Zieles können in den sozialen Medien liegen, einer Strategie, die im Folgenden nachgezeichnet werden soll.

In Bezug auf die Corona-Krise spielen die sozialen Medien beispielsweise eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung von relevanten Informationen: Facebook nutzt die News-Feed-Funktion, um Nutzer zur Seite der World Health Organization (WHO) oder lokaler Gesundheitsbehörden zu leiten, Twitter verweist bei Suchanfragen zum Coronavirus auf vertrauenswürdige Quellen, um angemessene vorsorgliche Verhaltensweisen zu begünstigen (Merchant & Lurie 2020).

Letztlich wird immer kommuniziert, sowohl in normalen Zeiten als auch in der Katastrophe (FEMA 2018). Idealerweise beginnt die Nutzung sozialer Medien in der Vorsorgeförderung allerdings bereits deutlich vor einer Krise oder Katastrophe als Teil eines Risikokommunikationsprozesses. Dann sind soziale Medien eine wirkungsvolle Möglichkeit, um sehr unterschiedliche Teile der Bevölkerung zu erreichen (Center for Security Studies 2013).

Was die Nutzung sozialer Medien so wirkungsvoll macht, ist einerseits die Vertrauenswürdigkeit der Quellen: Informationen zur Katastrophenvorsorge, die durch Freunde geteilt werden, werden viel eher akzeptiert als solche, die beispielsweise durch Behörden herausgegeben werden (a. a. O.). Der Ausgangspunkt dieses Verteilungsprozesses von Vorsorgeinformationen kann jedoch eine Behörde oder Fachorganisation sein.

Ein zusätzlicher Faktor der Wirksamkeit ist die Dialogorientierung der Kommunikation in den sozialen Medien. Hier steht nicht ein Akteur im Zentrum, der der laienhaften Bevölkerung erklärt, was zu tun ist, sondern die Gemeinschaft und das Teilen von Wissen (Duffy 2012). Dies entspricht – wenn auch technisch vermittelt – der interpersonalen Kommunikation, die das Model of Promotion of Personal Precaution (M3P) (Goersch 2011) als Grundvoraussetzung für eine wirkungsvolle Vorsorgeförderung verlangt.

In solchen Zusammenhängen, so genannten Learning Communities findet – teilweise sogar unbeabsichtigt – gemeinsames Lernen statt. Hier werden gemeinsam Lösungen erarbeitet, hier werden Inhalte und deren Anwendung

geteilt, reflektiert und bewertet (Erpenbeck & Sauter 2016). Dies impliziert jedoch, dass Vorsorgewissen und Vorsorgeempfehlungen nicht statisch betrachtet werden, sondern die Anpassung durch die lernenden Menschen möglich sein muss.



In der Krise kommt der Verbreitung von Informationen, auch Meinungen, durch soziale Medien ein große Bedeutung zu.  
(Grafik: S. Bartels / CC0 Public Domain / pixabay.com)

In den sozialen Medien ist das Lernen im Netz – im wahrsten Sinne des Wortes – möglich. Ein individueller Wissensaufbau durch Austausch und Diskussion wird ermöglicht, jeder kann lernen nach seinem Vorwissen und seinen Gewohnheiten, unabhängig von Ort und Zeit (a. a. O.). Weiterhin ist eine Verbindung mit allen Ressourcen des Internets möglich: Videos, Podcasts, Blogs, Websites können eingebunden werden.

Abschließend kann es als wirkungsvolles Vorgehen bezeichnet werden, als Fachorganisation oder Behörde eine soziale Plattform für die Förderung der persönlichen Notfall- und Katastrophenvorsorge zu betreiben. So können die oben eingeführten Faktoren wirksam werden. Die Organisation oder Behörde muss allerdings aushalten, dass auch Konzepte abseits von offiziellen Empfehlungen diskutiert und angenommen werden. Gegen sogenannte Fake-news können die Verantwortlichen jedoch als Moderatoren in Diskussion tätig werden, im äußersten Fall diese auch von der Seite entfernen.

# „Das System verbessern – Deutschland resilienter machen“

Interview mit der Vorsitzenden des Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge e. V., Katja Dörner, MdB

Das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) kann im Jahr 2020 auf eine 30-jährige Geschichte zurückblicken. Gegründet wurde es 1990 als Deutsches IDNDR-Komitee im Zuge der ersten Dekade der Vereinten Nationen zur Minderung des Katastrophenrisikos weltweit. In den UN-Mitgliedsstaaten wurden entsprechende Nationalkomitees gegründet, die den Gedanken der Katastrophenvorsorge aufgreifen und weiterentwickeln sollten. Nachdem sich die Thematik auch innerhalb der UN verstetigt hatte, wurde aus der Dekade eine Daueraufgabe mit einer internationalen politischen Strategie für ein globales Katastrophenrisikomanagement. In Deutschland wurde aus dem IDNDR-Komitee das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV).

Stand in den Anfangsjahren vor allem Wissenstransfer in von katastrophalen Naturereignissen besonders betroffene Entwicklungsländer im Vordergrund, hat sich in den letzten Jahren der Fokus auch auf die Fortentwicklung der Katastrophenvorsorge in den einzelnen Mitgliedsstaaten selbst verschoben. Vor allem im Rahmen der Um-

setzung des 2015 in Japan beschlossenen neuen UN-Rahmenprogramms zur Stärkung der Katastrophenvorsorge, sind die einzelnen Mitgliedsstaaten der UN aufgefordert, ihr gesamtes Risiko- und Katastrophenmanagement auf den Prüfstand zu stellen und effektiv weiterzuentwickeln. In Deutschland nimmt diese Aufgabe eine interministerielle Arbeitsgruppe auf Bundesebene wahr. Das BBK fungiert dabei als Nationale Kontakt- und Geschäftsstelle. Das DKKV ist im Zuge der Umsetzung des Rahmenprogramms ein zentraler fachlicher Partner des BBK und der Nationalen Kontaktstelle.

Im Dezember 2019 wählte die Mitgliederversammlung turnusgemäß einen neuen Vorstand. Neue Vorsitzende des DKKV ist Katja Dörner, Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Bonn und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen.

Für [Bevölkerungsschutz](#) sprach Dr. Wolfram Geier mit Frau Dörner über das Komitee, seine Aufgaben und die Vorhaben der neuen Vorsitzenden.

## Bevölkerungsschutz:

Frau Dörner, Sie sind seit Ende 2019 neue Vorsitzende des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge (DKKV) und seit vielen Jahren Abgeordnete aus dem Wahlkreis Bonn im Deutschen Bundestag. Was hat Sie bewogen, dieses Amt anzunehmen?

Katja Dörner:

Katastrophenvorsorge und Risikomanagement gewinnen in unserer komplexen Welt an Bedeutung. Ich habe mich gefreut, eine neue Herausforderung in einem derart spannenden Feld angehen zu können. Der Hitzesommer im vergangenen Jahr hat uns allen sehr deutlich gemacht, wie sehr sich Extremwetterereignisse auf unser Zusammenleben auswirken und welche Schäden entstehen. Das

DKKV und seine Mitglieder sind diejenigen, die mit Blick auf Katastrophen Vorsorge treffen, auch Schäden beseitigen und mit einem Gesamtüberblick Handlungsempfehlungen entwickeln. Diese Arbeit wird sogar an Bedeutung zunehmen, wenn die Klimakrise zu häufigeren und extremeren Wetterereignissen führt. Etliche Mitgliedsorganisationen des DKKV konnte ich bereits durch meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete kennenlernen. Das DKKV-Netzwerk ist unglaublich breit und vielfältig aufgestellt und nicht zuletzt damit sehr spannend. Die unentbehrliche Arbeit möchte ich sichtbarer machen, sowohl im politischen Raum als auch in der breiten Öffentlichkeit.

Welche Hauptaufgaben hat denn das Komitee, das sich ja vor einiger Zeit auch eine neue Strategie gegeben hat und

### welchen Nutzen hat Deutschland davon, dass es dieses Komitee gibt?

Die Frage beantworte ich am besten mit einem konkreten Beispiel: Nehmen wir die Dürre von 2018. Diese wurde in den Fach-Communities wie der Land-, Forst- oder Wasserwirtschaft diskutiert, aber selten aufeinander bezogen. Der Gesamtüberblick über Ursachen und Folgen der Dürre fehlte und damit einhergehend natürlich auch eine kohärente Handlungsempfehlung an die Politik. Das DKKV hat Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichen Bereichen an einen Tisch geholt und ein gemeinsames Statement zu den Folgen der Dürre ausgearbeitet.

Alle wesentliche Akteure – aus Wissenschaft, Praxis und auch Politik – an einen Tisch zu bringen, eine umfassende Bewertung von Ergebnisabläufen vorzunehmen und die Entwicklung konkreter Empfehlungen sind meines Erachtens die Stärken und das Alleinstellungsmerkmal des DKKV. Mit der Strategie 2020+ wollen wir den aktuellen Anforderungen der Katastrophenvorsorge und -bewältigung gerecht werden. Unser traditionell auf Naturgefahren ausgerichtetes Themenspektrum erweitern wir auf eine Gesamtsicht mit Blick auf technische, wirtschaftliche und soziale Gefahren sowie systemische Risiken.

### Nach mehreren Jahren ist mit Ihnen nun wieder eine auf Bundesebene aktive und engagierte Politikerin Vorsitzende dieses Komitees, das in diesem Jahr auch auf eine 30-jährige Geschichte zurückblicken kann. Welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und Gestaltung sehen Sie, wenn es um das Thema Katastrophenvorsorge geht?

Katastrophenvorsorge und Risikomanagement haben in der politischen Diskussion unlängst an Bedeutung gewonnen – zum Glück. Es muss aber noch deutlicher werden, wie existenziell die Thematiken für unsere Gesellschaft sind. Aus meiner Sicht ist die Frage der Klimakrise untrennbar mit der Katastrophenvorsorge verknüpft. Ob Dürresommer und Waldbrände oder starke Stürme und Überschwemmungen, mit Extremwetterereignissen äußert sich die Klimakrise zunehmend und wird sichtbarer. Es gilt, Mensch und Umwelt zu schützen. Die erfolgreiche Bewältigung hängt stark davon ab, wie gut wir uns als Gesellschaft vorbereiten und Strategien zur Schadensvermeidung entwickeln und umsetzen.

### Frau Dörner, im Deutschen Bundestag wurde in den letzten Jahren im Gegensatz zu früher öfter über das Katastrophenrisikomanagement und den Bevölkerungsschutz in Deutschland gesprochen. Wie beurteilen Sie das deutsche System? Sehen Sie Veränderungsbedarfe? Wenn ja, worauf sollte man Ihrer Meinung nach den hauptsächlichen Fokus legen?

Das deutsche System ist über eine lange Zeit gewachsen. Insbesondere die Arbeit von Freiwilligen in THW, Feuer-

wehren und freiwilligen Hilfsorganisationen sowie das Engagement der vielen Spontanhelferinnen und -helfer sind von unschätzbarem Wert. Ihnen gebührt unser Dank und ich halte es für wichtig, die Rahmenbedingungen für diesen Einsatz zu verbessern.



Katja Dörner, Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Bonn und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, ist seit Dezember 2019 Vorsitzende des DKKV.  
(© Katja Dörner / Beatrice Treydel)

Daneben müssen wir anerkennen, dass sich die Gefahren ändern. So wurde uns 2019 erst durch die Waldbrände um Berlin bewusst, dass das Löschen munitionsbelasteter Truppenübungsflächen eine besondere Herausforderung darstellt. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der Klimakrise solche Ereignisse häufiger auftreten werden. Auch neue, bisher nicht bedachte Gefahren werden auftreten.

Forschung ist unabdingbar zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes. Ein umfassendes Verständnis der Herausforderungen im Rahmen einer Risikomanagementperspektive wird nun wichtig. Grundsätzlich ist in Deutschland sehr viel Expertise vorhanden, diese muss aber koordiniert und in Wert gesetzt werden, um sie für die neuen Herausforderungen zu nutzen. Es wird Sie zudem nicht wundern, dass ich es für zwingend halte, in der Arbeit für den Katastrophenschutz und das Risikomanagement – ob in den „Blaulicht-Organisationen“, in der Wissenschaft, den NGOs oder den Behörden – mehr Vielfalt zu fördern. Frauen sind deutlich unterrepräsentiert, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund. Gute Katastrophenvorsorge muss ihre Expertise einbeziehen.

### Was kann das DKKV zu möglichen Veränderungen beitragen, damit diese gelingen?

Im DKKV-Netzwerk haben wir viele Expertinnen und Experten, die führend in ihren Fachbereichen und international gut vernetzt sind. Deswegen kann das DKKV zusammen mit ihnen geeigneten Bedarf und Handlungsempfehlungen formulieren. Ein umfassendes Risikomanagement, das die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen berücksichtigt, lässt sich nur durch einen solchen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz gewährleisten.

**Die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) benennt den Bevölkerungsschutz zusammen mit der Raum-, Regional- und Bauleitplanung als „Querschnittsaufgabe“. Was verstehen Sie bzw. das DKKV unter „Querschnittsaufgabe“ für diese Bereiche? Was ist hier der Kontext zur Katastrophenvorsorge?**

Die Katastrophenvorsorge und der Bevölkerungsschutz sind komplexe Themen, welche in vielen Bereichen eine Rolle spielen. Selbstverständlich steht die Klimakrise in direktem Zusammenhang mit Katastrophenereignissen. Durch die Klimakrise erfahren wir vermehrt Extremereignisse wie Hochwasser, Starkregen und auch Dürren. Angepasste Raumplanung kann die Anfälligkeit erheblich reduzieren und Schäden minimieren. Wichtig ist: Wir müssen uns als Gesellschaft auf die Folgen der Klimakrise vorbereiten und Strategien zur Schadensvermeidung entwickeln.

**Frau Dörner, die Vereinten Nationen haben 2015 im japanischen Sendai ein Rahmenwerk und -programm zur Verbesserung der Katastrophenvorsorge in allen Mitgliedsstaaten verabschiedet, dem sich auch Deutschland verpflichtet hat. Welchen Beitrag kann das DKKV zur erfolgreichen nationalen Umsetzung dieses Programms bis zum Jahr 2030 leisten?**

Im Rahmenprogramm „Sendai Framework for Disaster Risk Reduction“ wird explizit darauf eingegangen, dass zur Reduktion von Schäden und negativen Folgen eine breite Beteiligung der Gesellschaft notwendig ist. Neben Politik und Verwaltung zählen dazu auch Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Genau hier ist das DKKV hilfreich, da wir auf ein breit aufgestelltes und etabliertes Netzwerk zurückgreifen können. Insbesondere die Vernetzung von Wissenschaft und Praxis kann die Umsetzung unterstützen.

**Das DKKV hat seinen Sitz in der Bundesstadt Bonn, in der auch verschiedene Institutionen des Katastrophenrisikomanagements auf Bundes- und internationaler Ebene angesiedelt sind. Welche strategischen Kooperationen und Zielsetzungen können damit auch für das DKKV verbunden sein?**

Das DKKV ist ein gesamtdeutsches Netzwerk, aber in Bonn seit 30 Jahren verankert. Wie Sie richtig erwähnen sind einige der Mitgliedsinstitutionen wie die United Nations

University, die GIZ, das BBK und das THW in Bonn ansässig. Dazu kommen Bonn als Standort der UN, Sitz eines Teils der Bundesregierung und die geografische Nähe zu Brüssel. Die Themen Katastrophenschutz und Risikomanagement werden seit einigen Jahren in Bonn verstärkt verfolgt und ein Netzwerk lokaler Akteure wurde ins Leben gerufen. Das DKKV ist hier seit der Gründung involviert. Der wichtige Austausch und eine weitere Vernetzung innerhalb Deutschlands und international sind damit wesentlich einfacher.

**Was sind Ihre Ziele in der laufenden, im Dezember 2019 gestarteten Vorstands-Legislatur des DKKV, einerseits für das Komitee, andererseits für das Thema Katastrophenvorsorge in Deutschland?**

Das DKKV schafft es, viele Fachgebiete zusammen zu bringen und so einen guten Gesamtüberblick mit Handlungsempfehlungen zu schaffen, der viele Blickwinkel beinhaltet. Und genau das sind die Arbeitsfelder des DKKV: Netzwerk, Beratung und Wissenstransfer. Ich bin als Vorsitzende besonders mit dem Blickwinkel angetreten, die Sichtbarkeit des DKKV im politischen Raum zu vergrößern. Das heißt für mich: das Netzwerk noch weiter ausbauen, die Vernetzung in die Politik, um die vorhandene Expertise zur umfänglichen Beratung und Unterstützung zu nutzen und das Wissen in die Gesellschaft zu bringen und so ein Bewusstsein für Vorsorge in der Bevölkerung zu schaffen.

**Haben Sie einige Erkenntnisse aus der Corona-Krise gewinnen können, die zu Konsequenzen im jetzigen Bevölkerungsschutz- und Krisenmanagementsystem Deutschlands führen sollten?**

Das neuartige Corona-Virus hat zu einer globalen Pandemie geführt, deren Auswirkungen inzwischen für alle spürbar geworden sind. Weltweit haben Staaten mit weitgehenden Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens reagiert. Die Bewältigung der Covid-19-Krise ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Wir sind in einem Lock-Down mit massiven Folgen. In einer solchen Krisensituation müssen die Maßnahmen, welche durch die Politik gesetzt und durch die Wissenschaft beraten werden, gut abgewogen werden. Dieser Aushandlungsprozess kann nur erfolgen, wenn die Gesellschaft in einen breiten Dialog kommt. Hierfür braucht es eine Plattform, auf der das geschehen kann.

Nach der Krise wird es notwendig sein, die Schwachstellen im deutschen Bevölkerungsschutz systematisch zu untersuchen, um daraus zu lernen und das System zu verbessern. Das würde Deutschland insgesamt resilienter machen.

**Frau Dörner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihrem Engagement viel Erfolg!**

# Katastrophenschutzübung „Operation Walpurgis“

Martin Branitz, Dirk Killermann und Marcel Zill

*Aufgrund langanhaltender starker Schneefälle ist es in mehreren Regionen Deutschlands zu zum Teil massiven Schädigungen der Infrastruktur gekommen. Viele Orte sind von der Außenwelt abgeschnitten, der Verkehr ist teilweise zum Erliegen gekommen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung kann nicht in allen Gebieten sichergestellt werden.*

*In Niedersachsen wurde unter anderem im Landkreis Göttingen der Eintritt des Katastrophenfalles festgestellt. Da der Rettungsdienst aufgrund der Witterung ausgelastet ist, Transporte zu Kliniken teilweise nicht erfolgen können und einige Krankenhäuser nicht erreichbar sind, erfolgt ein Hilfersuchen des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern an die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland, auf welches unter anderem das Land Mecklenburg-Vorpommern reagiert und eine Einheit in das Schadengebiet entsendet.*

Dieses Szenario stellte die Ausgangslage für die vom 30. Januar bis zum 2. Februar 2020 durchgeführte Katastrophenschutzübung „Operation Walpurgis“ in Osterode am Harz dar, welche in enger Zusammenarbeit durch das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern, dem DRK-Landesverband M-V e. V. sowie der Führungsgruppe

der Medical Task Force (MTF) 13 („Westmecklenburg“) organisiert und durchgeführt wurde.

Damit eine nahezu autarke Einsatzfähigkeit ermöglicht werden konnte, beteiligten sich die MTF 13 (unterstützt durch Einsatzkräfte der MTF 11 und 12), der Betreuungszug Schwerin, die Logistikgruppe Nordwestmecklenburg, der CBRN-Zug Ludwigslust-Parchim, die Fachgruppen Logistik/Materialerhaltung und Beleuchtung der THW Ortsverbände (OV) Ludwigslust und Parchim sowie die Registrierungseinheit (Kreisauskunftsbüro [KAB]) Ludwigslust-Parchim an der Übung. Um das Zusammenwirken mit Einheiten aus anderen Bundesländern erproben zu können, wurden außerdem Einheiten der MTF 34 (Kassel), der MTF 9 (Osterode) und dem KAB Göttingen eingebunden. Insgesamt ermöglichten 124 Einsatzkräfte die Übung.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) unterstützte die Übung finanziell und personell.

## Ablauf der Übung

Die Übungseinheiten erhielten am Dienstag, 28. Januar, ihre erste Alarmierung mit dem Auftrag, die Einsatzbereitschaft zum 30. Januar herzustellen. Die Einheiten formier-



Gruppieren der Einheiten auf dem Sammelplatz.  
(Foto: DRK-LV M-V e. V.)

ten sich am Donnerstag zentral an einem autobahnnahe n Sammelplatz, wo die Registrierung aller Einsatzkräfte über das Kreisaukunftsbüro des DRK Kreisverbandes (KV) Ludwigslust-Parchim, die Einteilung in die vier Marschgruppen des Kfz-Marsches und die Einweisung der Führungskräfte in den Marschbefehl erfolgten. Der Kfz-Marsch war überwiegend auf Bundesautobahnen vorgesehen. Während der



Anspielübung mit der Dynamischen Patientensimulation.  
(Foto: DRK-LV M-V e.V.)

6,5-stündigen Fahrt wurden technische Halte sowie zusätzliche Pausen bei vorher definierten Autobahnmeistereien sowie an Raststätten durchgeführt. Der Aufbau von Verpflegungs- und Verpflegungsausgabestelle sowie der Bezug des Nachlagers bildeten den Abschluss des ersten Übungstages.

Die Führungsgruppe entschloss sich am darauffolgenden Übungstag zur Errichtung einer ortsfesten Führungsstelle im Gebäude des Campinghotels. Es wurden die Funkgruppen festgelegt und die Führungsstruktur aufgebaut. Nach einem Briefing der Führungskräfte der einzelnen Unterabschnitte (Betreuung, Technik und Logistik, Patiententransport sowie Behandlung) erfolgte der abschließende Aufbau aller Strukturen am Vormittag des 31. Januar. Die Verpflegung wurde am Übungsort ausschließlich durch die Verpflegungsgruppe des Betreuungszuges sichergestellt. Durch den Unterabschnitt Technik und Logistik wurden ein Dekontaminationszelt als Duschzelt für die Einsatzkräfte sowie die Strom- und Lichtversorgung für das gesamte Übungsgelände sichergestellt. Die Behandlungsbereitschaft errichtete einen verkleinerten Behandlungs-

platz mit vier Behandlungsstellen, wovon drei Behandlungsstellen durch Einheiten aus Mecklenburg-Vorpommern und die vierte durch die MTF 34 aufgebaut und eingerichtet wurden, und allen Funktionsstellen (Eingangssichtung, Versorgungsnachweis, Ausgangsdokumentation und Führungsstelle).

Anschließend wurden die auf dem Behandlungsplatz eingebundenen Helfer in die vom BBK entwickelte Dynamische Patientensimulation eingewiesen. Zeitgleich fand für die anderen Einheiten eine Kraftfahrerschulung statt, welche Ausbilder des THW OV Schwerin realisierten.

Der eigentliche Übungsbetrieb des Behandlungsplatzes startete am Samstag, 1. Februar, um 8:00 Uhr mit dem Briefing der Führungskräfte. Die Vorgabe sah den Betrieb des Behandlungsplatzes durchgehend bis 18:00 Uhr mit Durchführung eines Schichtwechsels um 13:00 Uhr vor. Mit Meldung der Einsatzbereitschaft des Behandlungsplatzes erreichten die ersten simulierten Patienten die sanitätsdienstliche Struktur. Beim Schichtwechsel standen verschiedenste Fragestellungen der Evaluation im Vordergrund, welche in die detaillierte Auswertung der Übung einfließen werden. Für die Übungsteilnehmer, sowohl auf Füh-

rungsebene als auch auf Helferebene, stellte der Schichtwechsel aufgrund fehlender Erfahrungen hinsichtlich der tatsächlichen Universalität des verwendeten Materials als auch der eingeübten Abläufe unter den verschiedenen



Behandlungsplatz mit entsprechenden Funktionsstellen.  
(Foto: Heiko Leisner)

MTF eine besondere Herausforderung dar. Die Abläufe auf dem Behandlungsplatz wurden durch mehrere Beobachter dokumentiert, um verschiedene Bereiche näher beleuchten und bei Erfordernis optimieren zu können. Hier-

bei unterstützten vor allem Mitarbeiter des Instituts für Rettungs- und Notfallmedizin (IRuN) des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) im Rahmen des Forschungsprojektes „QUARZ-SAND“, der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Rahmen des Forschungsprojektes „Katastrophenmedizinische präklinische Behandlungsleitlinien“ sowie des BBK.



Einweisung der Einsatzkräfte auf dem BHP.  
(Foto: DRK-LV M-V e.V.)

Alle Übungsaufgaben wurden erfüllt, insgesamt wurden 62 Patienten gesichtet, den Behandlungsstellen zugewiesen und versorgt. Der Übungsvorgabe entsprechend wurden 59 Patienten abtransportiert. Alle Patienten wurden vollzählig vom Kreisambulanzenbüro des DRK KV Göttingen über GSL.net registriert. Um auch eine Evaluierung der Patientenversorgung in Hinblick auf das Wohlbefinden von Patienten, die über einen längeren Zeitraum in einer Behandlungsstelle versorgt werden, durchführen zu können, wurden zusätzlich Verletztendarsteller mit eingebunden. Begleitend erfolgte die Versorgung der Strukturen des Behandlungsplatzes mit Betriebsstoffen, Strom und sonstigen Materialien durch die Einheiten des UA Technik und Logistik. Eine Versorgung mit Getränken erfolgte über die Einheit des UA Betreuung. Die Führungsgruppe führte mehrere Lagebesprechungen durch, davon auch einige im Sinne einer Lageerkundung direkt auf dem Behandlungsplatz. Aufgrund der widrigen Witterungsbedingungen (entgegen der erhofften winterlichen Bedingungen stellte sich Dauerregen bei kühlen 10° C ein) wurde der Übungsteil „Betrieb Behandlungsbereitschaft“ um 18:00 Uhr offiziell beendet. Es erfolgte ein erster Rückbau der Funktions- und Behandlungsstellen und ein Großteil der Beleuchtungstechnik. Der endgültige Rückbau der Einheiten

folgte am Sonntagmorgen. Am Vormittag des 2. Februar erfolgte die Rückfahrt der vier Marschgruppen im Abstand von mindestens 20 Minuten. Auch hierbei wurden vorher definierte Technische Halte sowie zusätzliche Pausen eingehalten. Das Ziel des Kfz-Marsches war wieder der anfängliche Sammelplatz. Dort wurde der Übungseinsatz beendet und alle Einheiten verlegten an ihren Heimatsort.

Die Rückregistrierung der Einsatzkräfte erfolgte erneut durch die Registrierungseinheit Ludwigslust-Parchim.

Insgesamt konnte die Führungsgruppe die erfolgreiche Durchführung der Übung an die Übungsleitung vermelden. Es waren zwei reale medizinische Zwischenfälle zu beklagen, welche durch die sich vor Ort befindlichen sanitätsdienstlichen Kräfte erstversorgt und durch den Regelrettungsdienst in die Klinik verbracht werden konnten. Neben kleineren Materialschäden kam es bereits auf der Hinfahrt zu einem Ausfall eines Gerätewagen Sanität aufgrund eines Getriebschadens.

Am 8. Februar 2020 fand eine nachgeschaltete Fachdienstübung des Landesambulanzenbüros des DRK-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. statt, bei welcher 80 telefonische Suchanfragen aufgenommen und mit realen sowie fiktiven Patienten- und Einsatzkräftedaten abgeglichen wurden.



Betrieb einer Behandlungsstelle mit Dynamischer Patientensimulation und Verletztendarsteller.  
(Foto: Heiko Leisner)

### Kernpunkte der Kurzauswertung

Die Planung einer solchen fachdienst- und länderübergreifenden Übung bedarf einer strukturierten und gut personalbesetzten Organisationsgruppe. Die vollumfängliche Planung umfasste einen Zeitraum von etwa einem Jahr.

Eine detaillierte Vorbereitung der Verlegung eines Marschverbandes in vier Marschgruppen über eine solche Distanz ist für eine reibungslose An- und Abfahrt unabdingbar. Entsprechende Grundsatzdokumente müssen erarbeitet bzw. optimiert werden.

Die Betankung der Fahrzeuge auf Rechnung erfolgte an den Raststätten problemlos, was eine erhebliche Vereinfachung des Vorganges ermöglichte.

Für die Herstellung der Autarkie einer solchen Einheit muss auf Teile der sich vor Ort befindlichen Infrastruktur zurückgegriffen werden. Zwingend erforderliche Voraussetzungen sind vor einem möglichen Einsatz zu eruieren und niederzuschreiben. Notwendige Ausstattungselemente sollten in ausreichender Stückzahl vorgehalten werden. Eine entsprechende Logistik für Beförderung und Aufbau der Ausrüstung ist zu beachten.

Einheitliche und zentral vorgegebene Konzepte und Dokumente sowie die Einhaltung von abgestimmten Vorgaben und Mindestausrüstung sind für die Zusammenarbeit mehrerer Zivilschutzeinheiten (insbesondere der Medizinischen Task Forces) über einen längeren Zeitraum unumgänglich. Dies sollte beim weiteren Aufbau der Einheiten im Bundesgebiet beachtet werden.

Gemeinsame Übungen unterschiedlicher Facheinheiten und über die Landesgrenzen hinweg sind für einen umfassenden Bevölkerungsschutz unabdingbar und sollten dementsprechend in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle spielen.

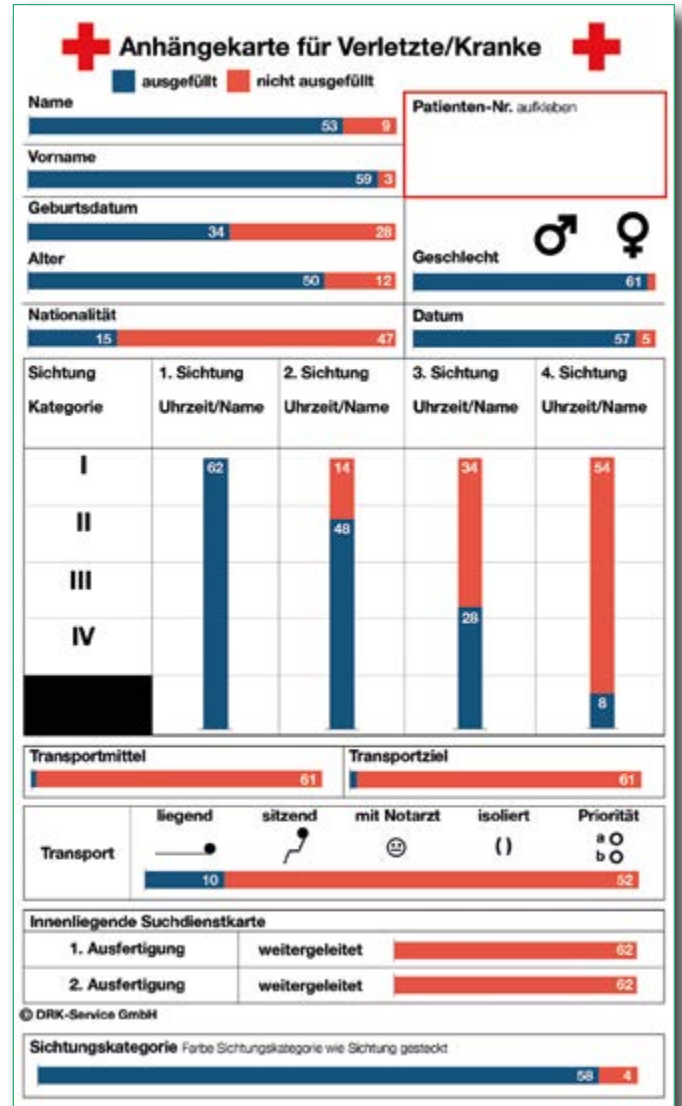
Aber auch die Integration anderer Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes in eine MTF-Führungsstruktur zum autarken Arbeiten muss regelmäßiger Bestandteil von Übungsansätzen werden, um Hürden hinsichtlich Kommunikation aber auch Einsatzmaterial zu meistern.

### Forschungsprojekt QUARZ-SAND

Das Institut für Rettungs- und Notfallmedizin am UKSH entwickelt im Forschungsprojekt QUARZ-SAND, welches durch das BBK gefördert wird, Qualitätsindikatoren für sanitätsdienstliche Einheiten in Einsätzen der Versorgungsstufe 3 und 4. Ziel des Projektes ist eine Registerdatenbank als Katastrophenmedizinregister für Einsätze, aber auch Übungen, zu entwickeln und zu etablieren. Diese kann im Rahmen eines Qualitätsmanagementsystems einerseits Aussagen zur Qualität von Prozessen, Strukturen und Ergebnissen ermöglichen und andererseits verschiedene Einsätze miteinander vergleichen.

In der Projektlaufzeit von knapp 2,5 Jahren ist neben der Entwicklung der Qualitätsindikatoren auch die Evaluation von Einsatzübungen, wie der „Operation Walpurgis“ geplant. Die Evaluation dient zum einen zur Systemoptimierung der Registerdatenbank und zum anderen den teilnehmenden Einheiten als qualitatives Feedback zur Übung. Im Rahmen der Übungsvorbereitung wurde daher allen Führungskräften, die im Nachgang mit der Eingabe von Daten betraut werden, eine Einführung in das Register angeboten. Die Benutzerfreundlichkeit soll hier im Vorder-

grund stehen, um mögliche „Kinderkrankheiten“ bereits frühzeitig zu erkennen und die Eingabe strukturiert und einfach zu gestalten. Zur Auswertung der Benutzerfreundlichkeit werden daher noch weitere Maßnahmen, wie eine Umfrage nach der Dateneingabe in das Register und der Einbezug von weiteren Übungen, durchgeführt.



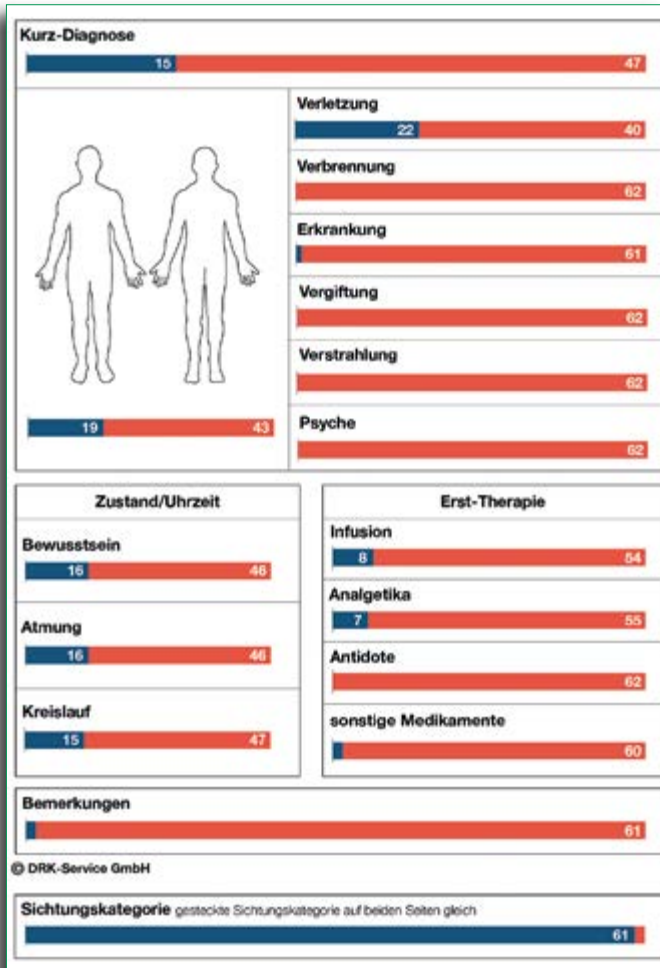
Auswertung der Patientenanhängerkarten. (Grafik: UKSH)

Das Ergebnis der Dateneingabe ist eine analytische Berichterstattung, die den Einheiten die Bewertung der Daten ermöglicht, um damit beispielsweise Handlungsfelder zur Qualitätssteigerung zu identifizieren und in der Folge zu verwirklichen. Hierdurch erhält jede Einheit, die ihre Einsatzdaten im Katastrophenmedizinregister eingibt, den Zugriff auf eine standortbezogene Auswertung sowie die Möglichkeit, ausgewählte Qualitätsindikatoren mit anderen – nicht näher genannten – Einheiten zu vergleichen.

Während der Übung war die Forschungsgruppe QUARZ-SAND mit vier Fachbeobachtern und je einem externen Fachbeobachter aus dem BBK und aus dem Forschungsprojekt SIKET/DRK Bezirksverband FFM vertreten. Dadurch war es möglich, alle zur Beobachtung relevanten



Positionen (Führung, Behandlung, Sichtung und Patientenverlauf) zu besetzen. Zusätzlich wurde eine Behandlungsstelle mit Kamera- und Tontechnik und Einsatzkräfte mit Bodycams ausgestattet. Zu den Beobachtungsschwerpunkten zählten die Dokumentationsqualität, die Führungsübergabe, die Kommunikation und Auslastung der Einheit sowie die medizinische Einschätzung mittels Sichtungsalgorithmus.



Auswertung der Patientenanhängekarten. (Grafik: UKSH)

Zur Beurteilung der Dokumentationsqualität wurde die Patientenanhängekarte herangezogen. Diese dient neben der Anzeige der Sichtungskategorie auch zur Dokumentation von medizinischen Daten. Die Grafiken zeigen die Dokumentationsqualität von 62 Patientenanhängekarten, die im Rahmen der Übungsnachbereitung ausgewertet wurden, an Hand der Anzahl der ausgefüllten Felder. Hierbei fällt ins Auge, dass gerade die kontinuierliche Dokumentation eine Herausforderung ist. Mit einer hohen Dokumentationsrate und unter Verwendung gleicher Dokumentationssysteme ist es möglich, eine realitätsnahe Aussage zur Dokumentationsqualität und damit auch zur Patientensicherheit und -versorgung treffen zu können. Die Dokumentation mittels Patientenanhängekarte allein erscheint bei einer durchschnittlichen Verbleibedauer von 1,5 bis 2,5 Stunden nicht ausreichend, um den Patientenverlauf adäquat zu dokumentieren. Daher sollte neben der Patientenanhängekarte auch ein Rettungsdienst-/Notarztprotokoll verwendet werden. Alternativ konnten während der Übung jedoch auch eigene Lösungen zur Patientendokumentation beobachtet werden. Hier sollte auf eine möglichst übersichtliche Dokumentation geachtet werden. Eigene Dokumentationsbögen führten dazu, dass häufiger dokumentiert wurde, vor allem wenn lediglich ein Feld zum Ankreuzen vorhanden war. Bei eigenen Dokumenten ist darauf zu achten, dass relevante medizinische Informationen, wie die Vitalwerte, als Dokumentationsfeld vorhanden sind. Im Vergleich wurden Vitalwerte wie der Blutdruck und die Herzfrequenz häufiger dokumentiert als die periphere Sauerstoffsättigung, was letztlich auch auf die Verwendung eigener Medien und hierbei das Fehlen entsprechender Felder zurückzuführen ist.

Aufgrund des geplanten Szenarios und der Dauer der Übung fand eine Übergabe des Behandlungsplatzes an eine ablösende Einheit statt. Hier konnte keine standardisierte Übergabe beobachtet werden, weshalb dringend die Etablierung eines Standards zur Übergabe von Einheiten – gegebenenfalls auch unterteilt in die Übergabe der Einheitsführung und der Abschnitte beziehungsweise Unterabschnitte – empfohlen wird.

Martin Branitz ist B. Eng. in Rescue Engineering, Sachbearbeiter Organisation und Einsatz beim Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern und unter anderem für die MTF in MV zuständig  
 Dr. med. Dirk Killermann ist Chefarzt der Kardiologie im DRK-Krankenhaus Grevesmühlen und Abteilungsführer der MTF 13  
 Marcel Zill ist B. Sc., studiert Katastrophenvorsorge und -management (KaVoMa) an der Universität Bonn und ist in der Projektkoordination QUARZ-SAND am Institut für Rettungs- und Notfallmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein tätig

# Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020: Die Corona-Lage als neue Herausforderung!

Ronja Zimmermann

Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Welche Aufgaben der turnusmäßige Ratsvorsitz mit sich bringt, haben wir in der letzten Ausgabe dieses Magazins beschrieben. Zu Beginn des Jahres liefen die inhaltlichen und organisatorischen Planungen auf Hochtouren, in Erwartung eines 2. Halbjahres voller Sitzungen in Brüssel und Veranstaltungen in Deutschland. Dann erreichte die Covid19-Pandemie Europa, und schnell war klar, dass die Lage ein deutliches Umdenken erfordert.

Es sind flexible Lösungen gefragt, um physische Veranstaltungen durch vornehmlich virtuelle Formate zu ersetzen, da derzeit nicht absehbar ist, wann Reise- und Kontaktbeschränkungen europaweit aufgehoben werden können, vor allem aber verleiht die Corona-Krise Themen des Bevölkerungsschutzes ein besonderes Momentum, das nicht ungenutzt bleiben soll. Gemäß der Ankündigung einer „Corona-Präsidentschaft“ durch den deutschen Außenminister gilt es, Lehren aus der Pandemie für den europäischen Bevölkerungsschutz zu ziehen, die gemeinsame Krisenbewältigung zu verbessern, aber auch Prävention und Vorbereitung zu stärken.

Dabei muss das Ziel darin bestehen, die gewonnenen Erkenntnisse aus der Krise systematisch zu erfassen und nachhaltig auf Ebene des Katastrophenschutzverfahrens der EU (Unionsverfahren) zu verankern. Das sogenannte EU Wissensnetz (EU Civil Protection Knowledge Network), dessen Aufbau mit der letzten Überarbeitung des Unionsverfahrens beschlossen wurde und sich derzeit in Umsetzung befindet, bildet hierfür den zentralen Ort. Darum möchte die deutsche Präsidentschaft nicht nur die „Lessons Learned“ der Covid19-Pandemie aufarbeiten und daraus Vorschläge für Maßnahmen ableiten, sondern im selben Zuge auch die Struktur des Wissensnetzes so mitgestalten, dass sich der Ansatz des integrierten Risiko- und Krisenmanagements darin widerspiegelt. Dank der engen Zusammenarbeit mit der Nationalen Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk bieten sich außerdem wichtige Anknüp-

fungspunkte zur Agenda der „Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen“ (UNDRR).



Natürlich steht das deutsche Präsidentschaftsprogramm nicht nur für sich allein, sondern verzahnt sich eng mit dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission wie auch dem gemeinsamen Programm von Deutschland und seinen Trio-Partnern, Slowenien und Portugal.

Jeder Krise wohnen Chancen inne. Die fortwährende Dynamik der Pandemie ist eine große Herausforderung, auch für unsere Präsidentschaft. Dennoch sind wir überzeugt, gerade deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes leisten zu können und freuen uns auf diese wichtige Aufgabe.

Ronja Zimmermann ist Referentin im Referat *Internationale Angelegenheiten* im BBK.

# Lokalisierung von Rettungskräften im Ausbildungs- und Realeinsatz

David Ahn, Rigo Herold und André Schmitz

Einsatzkräfte der Feuerwehr werden für Brandeinsätze ausgebildet, damit sie unter schlechten Sichtverhältnissen, bis hin zur Nullsicht, unter Atemschutz eine schnelle und effektive Rettung von Menschen und Tieren durchführen können. Während eines solchen Einsatzes bilden immer zwei Feuerwehrangehörige (FA) einen Trupp. Trupppartner bleiben bei schlechter Sicht immer in direktem Kontakt. Trotz des intensiven Trainings kann es jedoch

zu Unfällen kommen, die auf eine unbewusste Truppspaltung unter Nullsicht zurückzuführen sind. Im Forschungsprojekt CELIDON wird ein System entwickelt, das die Trupppartner auch in Extrembedingungen lokalisieren und diese Information visuell in deren Atemschutzmaske einspielen kann (<https://celidon-projekt.de>).

Augmented und Virtual Reality (AR und VR) sind aktuell neben Künstlicher Intelligenz (KI) und der Digitalisierung die Top-Themen in der Forschung. Warum nicht also aktuelle Technologie für Problemstellungen innerhalb der eher konservativen Feuerwehr einsetzen? Das Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie (IFR) der Feuerwehr Dortmund forscht diesbezüglich in Projekten auf Bundesebene und in EU-Forschungsverbänden. Im aktuellen Forschungsprojekt CELIDON, das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, entwickelt das IFR (Projektkoordinator) zusammen mit der Technischen Universität Dortmund (TU Dortmund) und der Westsächsischen Hochschule Zwickau (WHZ) ein Lokalisierungssystem für Einsatzkräfte im Brandeinsatz. Ursprung der Projektidee ist die Tatsache, dass auch heutzutage noch Einsatzkräfte der Feuerwehr unter extremsten Bedingungen in brennende und verrauchte Gebäude eindringen, um Menschen und Tiere zu retten. Üblicherweise erschweren hohe Temperaturen, schlechte, bis zur Nullsicht, und hohe körperliche und psychische Belastung einen derartigen Einsatz. Während des Einsatzes bilden immer zwei Feuerwehrangehörige (FA) einen Trupp. Wenn ein Trupp zur Brandbekämpfung oder Menschenrettung in ein brennendes Gebäude vorgeht, sichert er sich mit einer Schlauchleitung ab. Diese dient vorwiegend zur Brandbekämpfung, zeigt aber gleichzeitig auch immer den sicheren Rückzugsweg an. Besonders unter schwierigen Sichtverhältnissen aufgrund von Brandrauch halten die beiden FA über die Schlauchleitung direkten Kontakt zueinander. Bei einer Menschenrettung muss ein Raum oder eine Wohnung effektiv und trotzdem gründlich abgesucht werden. Hierzu existieren verschiedene Suchtechniken, die die FA in der Aus- und Fortbildung regelmäßig trainieren. Damit das Absuchen von Räumen zügig durchgeführt werden kann, vergrößern FA die abgesuchte Fläche, indem sie sich z. B. an den Händen oder anderweitig Kontakt zueinander halten. Leider kommt es, nicht nur in Deutschland, immer wieder zu Unfällen bei derartigen Einsätzen (Atemschutz-

unfälle) (s. <https://www.ateschutzunfaelle.de/unfaelle/de/>). Tritt ein Atemschutzunfall aufgrund von einer Trupptrennung auf, sind die Folgen meist schwer bis tödlich. Begründet sind diese schweren Atemschutzunfälle hauptsächlich im Orientierungsverlust, wenn einer oder beide Truppangehörigen den Kontakt zueinander oder durch Schlauchleitung verlieren und dicker Brandrauch eine visuelle Orientierung unmöglich macht. Im Forschungsprojekt CELIDON soll genau diese Problematik mittels AR-Technologie gelöst und der Brandeinsatz sicherer gestaltet werden. Ziel des Projektes ist die Vermeidung einer Truppspaltung oder, sollte es zu einer Truppspaltung gekommen sein, die schnelle und sichere Wiedervereinigung des Trupps bzw. die Lokalisierung des Trupppartners.

Dem Projektverbund gehören die Stadt Dortmund, vertreten durch das Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie der Feuerwehr Dortmund, die Technische Universität Dortmund, die Westsächsische Hochschule Zwickau und die Firma Drägerwerk AG & Co. KGaA an, die als assoziierter Partner im Projekt unterstützt. Die Projektlaufzeit von CELIDON beträgt zwei Jahre (vom 01.03.2019 bis 28.02.2021). Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Fördermaßnahme „Anwender-Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“ ([www.sifo.de](http://www.sifo.de)) gefördert.

Hierzu wird im Projekt eine Atemschutzmaske entwickelt, in die dem Träger über ein Display Informationen zur eigenen Position und der des Trupppartners eingespielt werden.

Positionsinformationen der beiden FA eines Trupps zueinander und innerhalb eines Gebäudes werden durch eine Ultrabreitband (engl.: ultra-wideband; UWB) Funkverbindung bestimmt. Durch die hohe Frequenz der Funkverbindung kann eine ausreichend hohe Präzision der Lokalisierung auch unter harschen Bedingungen erzielt werden. Die drei Konsortialpartner werden dabei aus fachlicher Sicht durch die Firma Drägerwerk AG & Co. KGaA (assoziierter Partner) unterstützt. Der technische Bereich der Lokalisierung wird durch die TU Dortmund abgedeckt und die

Umsetzung der Visualisierung innerhalb einer Atemschutzmaske durch die WHZ. Die Feuerwehr Dortmund, vertreten durch das IFR, repräsentiert den Endanwender, d. h. stellt feuerwehrtechnisches Wissen und Equipment sowie Infrastrukturen zur Evaluierung zur Verfügung. Die Entwicklung des System-Demonstrators soll dabei so durchgeführt werden, dass offene Schnittstellen eine Weiterentwicklung in anschließenden Forschungsprojekten der Industrie oder gänzlich zu anderen Zwecken möglich ist.

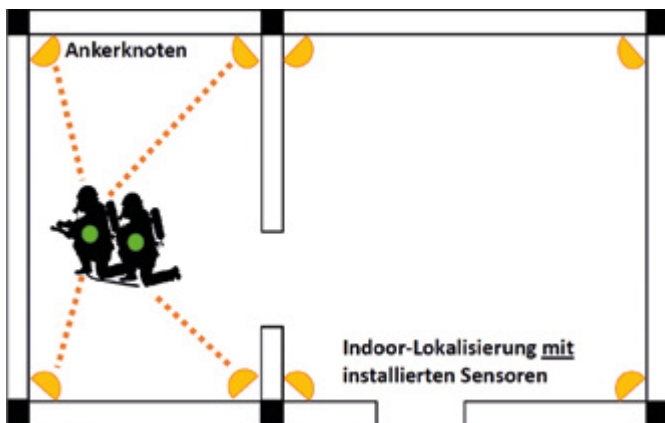


Abbildung 1: Indoor Lokalisierung mit installierten Sensoren.

### Positionsbestimmung

Innerhalb der zweijährigen Projektlaufzeit wird zur Umsetzung der Positionsbestimmung ein zweistufiger Ansatz verwendet. Im ersten Jahr wird im Projektkonsortium die „Indoor-Lokalisierung“ entwickelt. Hierbei handelt es sich um ein infrastrukturgestütztes System, das die Position von Einsatzkräften in vorher definierten Räumen exakt bestimmen kann. Hierzu werden, in Abhängigkeit von der Raumgröße, vier bis acht UWB Knoten (so genannte Ankerknoten) installiert, die zeitlich untereinander hochpräzise synchronisiert sind. Die Gegenstücke zu den festinstallierten Sensoren tragen die Einsatzkräfte integriert in ihrer Einsatzkleidung. Werden zwischen den installierten Ankerknoten und den Bekleidungssensoren Funksignale kommuniziert, kann auf Basis der Signallaufzeit, also der Zeit zwischen dem Senden und Empfangen eines Signals, die Position des FA im Raum bestimmt werden. Ein derartiges Messverfahren wird als Trilateration bezeichnet. Für eine eindeutige Bestimmung der Position eines Punktes in einem Raum sind mindestens drei Sensoren notwendig. Durch eine größere Anzahl (bei CELIDON vier bis acht) der Sensoren kann die Genauigkeit gesteigert und gleichzeitig eine Redundanz aufgebaut werden (Abbildung 1). Eine derartige Umsetzung der Lokalisierung von Einsatzkräften ist zwar für Übungs- und Trainingszwecke, beispielsweise im Brandhaus der Feuerwehr Dortmund, effizient und einfach zu benutzen, jedoch muss für den Realeinsatz ein anderer Ansatz gewählt werden. Da das Indoor-Lokalisierungssystem stets Ankerknoten in Räumen oder Gebäuden voraussetzt, kann eine solche Gebäudeinfrastruktur maximal in öffentlichen Gebäuden oder z. B. in großen Einkaufszentren zum Einsatz kommen. Auch in der schnellen Fortschreitung

der Digitalisierung ist ein Indoor-Lokalisierungssystem in privaten Haushalten aus verschiedenen Gründen nicht, bzw. noch nicht denkbar. Dabei wären der Einsatz und die Vorteile eines Systems, welches beispielsweise Bewohner einer Betreuungseinrichtung bei einem Brand schnell lokalisieren und die Position den Einsatzkräften visuell darstellen kann, denkbar und von großem zeitlichen Nutzen. Selbstverständlich ist auch bei einem offensichtlichen Nutzen und der Effektivitätssteigerung hinsichtlich der Rettung von Personen hierbei der Datenschutz zu beachten.

Ergänzend zu der statischen Ausrichtung wird im Projekt CELIDON auch eine Systemvariante entwickelt, mittels derer Einsatzkräfte auch ohne vorhandene und zuvor installierte Sensorik lokalisiert werden können. Diese „ad-hoc“ Lokalisierung reduziert sich dabei jedoch auf die relative Richtung und Entfernung der Trupppartner zueinander. Das bedeutet, dass die exakte Positionsbestimmung in einem Gebäude nicht mehr möglich ist. Wegen der fehlenden Ankerknoten, wie sie bei dem Indoor-System vorausgesetzt werden, werden den beiden FA eines Trupps nur die Richtung und die Entfernung zueinander in der Atemschutzmaske angezeigt. Alleine hierdurch können aber unbewusste Truppspaltungen vermieden oder ein zügiges Wiederauffinden des Trupppartners ermöglicht werden (Abbildung 2). Um diese ad-hoc Lokalisierung durchzuführen, sind an den Pressluftatmern beider Einsatzkräfte jeweils drei Sensoren integriert, mittels derer die Richtung und Entfernung zum Partner bestimmt werden kann. Die Sensoren bzw. die Software arbeitet dabei ähnlich dem Indoor-System.

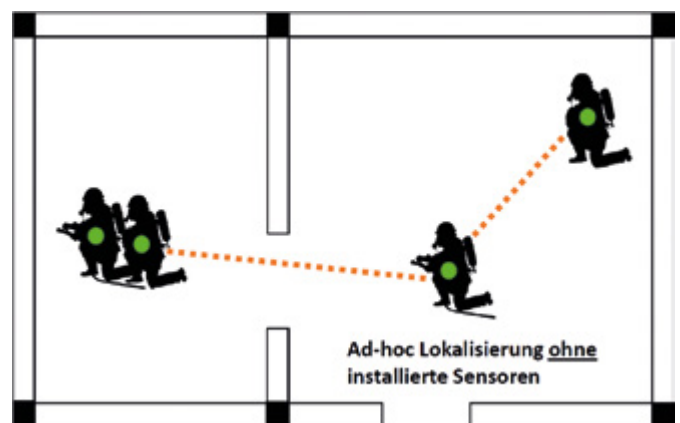


Abbildung 2: Lokalisierung ohne installierte Sensoren.

### Visualisierung in der Atemschutzmaske

Bisher waren Datenbrillen, wie z. B. das Projekt Google-Glass, so konstruiert, dass eine modifizierte Lesebrille notwendig war, die wiederum eine Technik enthält, um virtuelle Bilder in das Blickfeld des Menschen zu projizieren. Ziel ist die Erzeugung einer erweiterten (sogenannten „augmented“) Realität. Dies bedeutet, dass die reale Umgebung mit virtuellen Informationen überlagert wird. Dies lässt sich mit einem Blick durch ein Dia vergleichen. Somit sieht die Einsatzkraft die reale Umgebung überlagert mit den Informationen des Dias, bzw. der Positionsinformation. Bei Datenbrillen wird das gleiche Prinzip angewendet, nur

dass die Bilder dynamisch und nicht statisch sind. Das Herzstück der im Projekt verwendeten Datenbrille ist ein Mikrodisplay. Dabei handelt es sich um einen Computermonitor auf einer Größe von ca. 5mm x 5mm, der Auflösungen von im Mittel 800 x 600 Pixeln bereitstellen kann. Die zweite wichtige Komponente ist der optische Aufbau. In Abbildung 3 wird ein einfacher Aufbau dieser Optik dargestellt. Die Struktur des Aufbaus ähnelt dem einer Lupe.

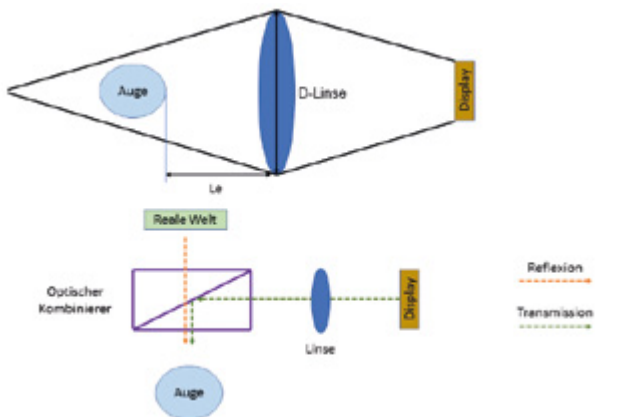


Abbildung 3: Optischer Aufbau.

Das Auge blickt durch die Linse und sieht somit den vergrößerten Inhalt des Displays. Bei dieser klassischen Optik bestimmt der Durchmesser der Linse wie groß das virtuelle Bild erscheint. Für ein großes Bildfeld, das sogenannte Field of View (FOV), muss die Linse groß sein. Das menschliche Auge muss sich bei diesem Aufbau nah an der Linse befinden, was in einer Atemschutzmaske der Fall ist. Problematisch wird dies, sobald das angezeigte Bild deutlich größer werden soll, da hierdurch zwangsläufig alle optischen Komponenten des Aufbaus mitskalieren.



Abbildung 4: Display-Aufbau der Atemschutzmaske.

Damit das Mikrodisplay mit Daten versorgt werden kann, ist entsprechende Elektronik erforderlich, die über kabellose oder kabelgebundene Schnittstellen dem Display Daten bereitstellen kann. Bei handelsüblichen AR-Brillen wird diese Elektronik, inklusive der Optik, auf einem Brillengestell getragen. Dies funktioniert beim Tragen einer Atemschutzmaske nicht. Deswegen sind im Projekt CELIDON die Anforderungen so definiert, dass die oben aufgeführten Komponenten in eine handelsübliche Atemschutzmaske

integriert werden können bzw. müssen. Die Schwierigkeit dabei ist, die Komponenten aufgrund des geringen Platzes innerhalb des Maskenkörpers robust und nutzbar zu integrieren. Um den optischen Aufbau so klein aufzubauen, dass er nicht störend wirkt, wurde der Ansatz einer kompakten Optik als Prismen-Würfel gewählt, an der sich das Mikrodisplay befindet. Das Display ist über ein flexibles Kabel mit der Elektronik verbunden, welche autark über einen kleinen Akku versorgt wird, der so ausgelegt ist, dass er über eine Stunde die Optik mit Energie versorgen kann. Dieser Wert ist ausreichend für einen Atemschutzeinsatz (in der Regel nicht länger als 30 Minuten) und bietet zusätzlich genug Reserve. Damit nun Daten des Lokalisierungssystems an die Elektronik in der Atemschutzmaske gesendet werden können, verfügt diese über einen integrierten Bluetooth-Empfänger. Da die Entfernung zwischen der Sensorik am Pressluftatmer und der Elektronik nur wenige Zentimeter beträgt, ist die Funkverbindung via Bluetooth auch in harschen Umgebungen stabil. Somit können alle Komponenten in der Atemschutzmaske integriert werden, ohne das Kabel zusätzlich aus der Maske herausgeführt werden müssen. Der gesamte Display-Aufbau innerhalb der Atemschutzmaske wird im Projekt auf eine Art realisiert, die es ermöglicht, diese sowohl einfach und ohne weitere Hilfsmittel einzusetzen (Abbildung 4) als auch einer normalen Reinigung und Desinfektion der Atemschutzmaske nach dem Einsatz zu unterziehen.

### Das Gesamtsystem

Besonderer Fokus bei der Erreichung des Projektzieles ist die praktikable Einbindung des Gesamtsystems in den realen Einsatzdienst. Während eines Brandeinsatzes zählt jede Sekunde. Dies gilt auch für die Zeit des „Ausrüstens“ von Einsatzkräften mit der Atemschutzmaske und dem Pressluftatmer, das üblicherweise bereits auf der Anfahrt zum Einsatzort erfolgt. Um hierbei die Einsatzkräfte nicht mit weiteren Aufgaben und zeitlich zu belasten, wird das Gesamtsystem (Display und Sensoren) so ausgelegt, dass es sich mit einem Griff einschalten lässt. Die Software zur Berechnung der Position der Trupppartner und zur Darstellung der Informationen auf dem Display ist ebenfalls so ausgelegt, dass beim Einschalten sämtliche notwendige Konfigurationen selbstständig durchgeführt werden. So findet beispielsweise die Adaption zweier Atemschutzmasken zu einem gemeinsamen Trupp automatisch statt. Mehrere Trupps innerhalb eines Gebäudes können so optisch gekennzeichnet und eindeutig identifizierbar auf dem Display angezeigt werden.

David Ahn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie* der Feuerwehr Dortmund.  
 Prof. Dr.-Ing. Rigo Herold ist Professor und Leiter des Lehrgebiets für *Digitale Systeme* an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.  
 André Schmitz ist Berufsfeuerwehrmann bei der Feuerwehr Langefeld und hat das Praxissemester während seines Studiums zum Rettungsingenieur bei der Feuerwehr Dortmund absolviert.

# AKIT - Autonomie-KIT für seriennahe Arbeitsfahrzeuge zur vernetzten und assistierten Bergung von Gefahrenquellen

Andreas Wenzel

Große Naturkatastrophen, wie z. B. Tsunamis und Erdbeben, Terroranschläge sowie größere Industrieunfälle insbesondere im Bereich der chemischen Industrie oder kerntechnischer Anlagen stellen die Rettungskräfte vor enorme Herausforderungen. Nach den Kriterien der International Search and Rescue Advisory Group (INSARAG) der Vereinten Nationen und den Erfahrungen des THW bzw. der Feuerwehren bestehen z. B. bei Erdbebenkatastrophen nach 72 Stunden kaum noch Überlebenschancen für eingeschlossene Opfer.

Deshalb müssen in der zweiten Phase des Rettungseinsatzes diese Gefahrenquellen schnellstmöglich beseitigt werden, um die Gefährdung für die Rettungskräfte zu minimieren, bevor in der dritten Phase die eigentliche Rettung der potenziellen Opfer und Verletzten eingeleitet werden kann. Durch den Einsatz von geeigneten ferngesteuerten und autonom arbeitenden Räumgeräten lässt sich die Gefährdung für Rettungskräfte in dieser zweiten Phase wesentlich reduzieren. Im Idealfall können so Rettungskräfte deutlich frühzeitiger eingesetzt werden.



Das Projektteam von A-KIT bei der Abschlusspräsentation am NABK Celle / Niedersachsen

Rettungseinsätze im Katastrophenfall gliedern sich in der Regel in drei Phasen. Zuerst erfolgt eine Erfassung der Schadenslage. In dieser Phase ist es besonders wichtig, potenzielle Gefährdungen für die Einsatzkräfte zu erfassen und ggf. Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte während des Rettungseinsatzes einzuleiten. Zu diesen Gefährdungen zählen u. a. giftige Substanzen, austretende Gase, Strahlung, Einsturzgefährdung, hohe Temperaturen und Explosionsgefahr, welche die zügige Rettung von potenziellen Opfern erschweren und verzögern.

Geeignete teleoperierte oder gar autonom arbeitende Bergungsgeräte zum Zweck der Gefahrenbeseitigung sind derzeit am Markt kaum vorhanden oder werden nur als Speziallösungen angeboten. Sie stehen damit nicht kurzfristig am Einsatzort in geeigneter Form und vor allem nicht in der notwendigen Anzahl zur Verfügung.

Der Einsatz rein teleoperierter Bergungsgeräte gestaltet sich zudem oft schwierig, da dem Bediener meist lediglich Kamerabilder zur Orientierung vor Ort zur Verfügung stehen. Eine ausreichende Umgebungswahrnehmung ist damit eine komplexe und hochgradig beanspruchende Aufgabe, bei der oft wertvolle Zeit verloren geht. Bergungssysteme, welche den Bediener durch Assistenz- und

Autonomiefunktionen unterstützen, sind deshalb wünschenswert.

Hier setzt das Projekt AKIT „Autonomie-KIT für seriennahe Arbeitsfahrzeuge zur vernetzten und assistierten Bergung von Gefahrenquellen“ an. Durch Zurüstkits sollen am Einsatzort zur Verfügung stehende Bau- und Arbeitsmaschinen in teleoperierbare Bergfahrzeuge umgerüstet werden, welche mit weiterführenden autonomen Assistenzfunktionen ausgestattet eine zügige Beräumung von Gefahrenquellen ermöglichen.

Das Autonomie-Kit wurde zu diesem Zweck so gestaltet, dass es zügig und einfach transportiert und mit möglichst wenig Aufwand in kurzer Zeit zugerüstet werden kann. Da insbesondere auch mehrere unterschiedliche Fahrzeuge ausgerüstet werden können, ermöglicht die Vernetzung eine Kooperation der Bergungsfahrzeuge untereinander und eröffnet neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Technik und Einsatzkräften.

Das Projektkonsortium besteht aus der Götting KG, der Kerntechnischen Hilfsdienst GmbH (KHG), der Spezialgeräteentwicklung GmbH (SGE) sowie den Fraunhofer Instituten IPA in Stuttgart und dem Fraunhofer IOSB mit den Standorten Ilmenau und Karlsruhe. Die assoziierten Partner Liebherr-Werk Bischofshofen GmbH, die CLAAS Tractor SAS sowie die PALFINGER Europe GmbH unterstützen das Projekt.



Ein A-KIT aus Sensoren, Rechentechnik und Kommunikationskomponenten ermöglicht Teleoperation und Autonomiefunktionen für Serienfahrzeuge, wie hier beim CLAAS Arion 650 und beim Wacker Neuson ET. (Fotos: Projekt A-KIT)

Als Leitszenario für die prototypische Umsetzung einer Bergungskette wurde ein schwerer Industrieunfall gewählt. In jüngster Vergangenheit hat sich leider gezeigt, dass es immer wieder zu verheerenden Unfällen im industriellen Umfeld kommt, bei denen insbesondere die Bevölkerung und die Rettungskräfte in höchstem Maße gefährdet sind. Im August 2015 kam es z. B. in der chinesischen Hafenstadt Tianjin zu einer schweren Explosion mit über 100 Toten und unzähligen Verletzten, insbesondere unter den Rettungskräften. Durch die Explosion sind weite Teile der industriellen Liegenschaft in ihren Strukturen zerstört, bekannte Zufahrtswege sind versperrt und eine Vielzahl unbekannter Giftstoffe sowie Explosionsgefahr erschweren den Einsatz bei der Bergung. Das im Projekt betrachtete Szenario ist dadurch gekennzeichnet, dass Teile des Schadensgebietes ein hohes Gefahrenpotenzial für menschliche Rettungs- und Bergkräfte darstellen und es deshalb unmöglich ist, die Schadensursachen direkt durch menschliche Einsatzkräfte zu bekämpfen.

Ein A-KIT aus Sensoren, Rechentechnik und Kommunikationskomponenten ermöglicht Teleoperation und Autonomiefunktionen für Serienfahrzeuge, wie hier beim CLAAS Arion 650.

Für die Beseitigung von Gefahrenquellen wurde eine Bergkette aufgebaut. Diese besteht aus einem Bergefah-

zeug mit unterschiedlichen Werkzeugen, einem Support-Shuttle für Transportaufgaben in und aus dem Gefahrenbereich sowie einem modularen Transport System (MTS) für den Aufbau eines drahtlosen Kommunikationsnetzes und als mobiles Beobachtungssystem. Die Steuerung aller Fahrzeuge wurde über einen mobilen Leitstand der KHG umgesetzt.

Als Bergefahzeug wurde ein Wacker Neuson ET18 Bagger mit Werkzeugwechseleinrichtung und Autonomie-Kit-Zurüstung verwendet. Das Support-Shuttle bestand aus einem mit einem Autonomie-Kit ausgerüsteten Traktor CLAAS-Arion 650 mit Frontheber und Palettengabel am Heck.

Während der öffentlichen Abschlussveranstaltung im September 2019 konnten auf dem Gelände der Niedersächsischen Akademie für Brand und Katastrophenschutz (NABK) in einer durchgängigen Demonstration die folgenden Funktionalitäten des Autonomie-Kit erfolgreich demonstriert werden:

- Befliegung des Einsatzgeländes mit einer Drohne und Erstellung eines 3D-Modells,
- Ausbringen von Kommunikationsknoten für ein durchgängiges, drahtloses Kommunikationsnetz niedriger Latenz und hoher Bandbreite im Einsatzgebiet mit Hilfe des MTS,
- autonomes Fahren von Bergefahzeug und Support-Shuttle zu einem festgelegten Einsatzort,
- selbständiges Ausheben von Erdreich mit dem Bergefahzeug und Abtransport des Materials mit Hilfe des Support-Shuttle,
- Zuführung einer Werkzeugwechsepalette durch das Support-Shuttle,
- selbständiger Werkzeugwechsel des Bergefahzeugs (Tausch von Löffel und Fassgreifer) sowie
- autonomes Greifen von Fässern und Abtransport.

Die Abschlussdemonstration zeigte, dass seriennahe Arbeitsmaschinen durch die Zurüstung eines Autonomie-Kit für die schnelle Beseitigung von Gefahrenquellen eingesetzt werden können. Entgegen dem klassischen Ansatz der reinen Teleoperation helfen intelligente Assistenzsysteme wie z. B. autonome Zielpunktfahrt, Werkzeugwechsel, Greifen u. a. die Belastung der Operatoren deutlich zu senken und hiermit eine zügigere Arbeit zu ermöglichen.

Das Projekt AKIT wurde im Rahmen des Forschungsprogramms "Zivile Sicherheit – Innovative Rettungs- und Sicherheitssysteme" mit 2,4 Millionen EURO vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Verbundkoordinator: Prof. Dr.-Ing. Andreas Wenzel, Fraunhofer IOSB-AST.

E-Mail: [andreas.wenzel@iosb-ast.fraunhofer.de](mailto:andreas.wenzel@iosb-ast.fraunhofer.de)  
[www.a-kit.de](http://www.a-kit.de)

Prof. Dr.-Ing. Andreas Wenzel ist Verbundkoordinator im Fraunhofer Institutsteil Angewandte Systemtechnik (AST) des Fraunhofer-Institutes für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB).

# Mit 19 kann man gut die Welt retten

**Innerhalb weniger Jahre ist aus der Jugendgruppe des Ortsverbandes Hannover-Wasserturm der Johanniter-Unfall-Hilfe ein leistungsstarker Einsatzverband entstanden. Die jungen Kameradinnen und Kameraden stemmen eine Vielzahl unterschiedlicher Einsätze und sind auf Wettkämpfen erfolgreich. Für diese Erfolgsgeschichte gibt es mehrere Gründe.**

Ulf-Lasko Werner

Die Einheit der intern genannten „SAN 1“ ist noch sehr jung – so wie die meisten ihrer Mitglieder. „Am Anfang waren wir nur eine Handvoll Leute“, erzählt Laura von Ahlen. Die 25-Jährige bildet sich gerade zur Fachpflegerin Intensivpflege und Anästhesie fort. Sie führt eine der sieben Gruppen. Als Laura von Ahlen in die achte Klasse kam, wurde an ihrer Schule eine AG Schulsanitätsdienst gegründet. Der Lehrer, der diese AG leitete, war ehrenamtlich im Ortsverband Hannover-Wasserturm engagiert. „Er hat uns erzählt, dass die Johanniter eine Jugendgruppe gründen wollen und Leute suchen.“ Weil das Interesse an medizinischen Themen geweckt war, ging sie mit ein paar Freundinnen hin.

## Keine halben Sachen

Von Anfang an traf sich die neue Jugendgruppe jeden Donnerstag. Zwei Hauptamtliche der Rettungswache übernahmen anfangs die Betreuung. Der Ortsverband stellte einen Container für die Gruppentreffen zur Verfügung. Schnell sprach sich das neue Angebot rum. „Immer, wenn neue Leute in den Schulsanitätsdienst kamen, haben wir erzählt, dass wir eine Gruppe haben, wo was geht“, erzählt Laura von Ahlen. „Geschwister, Freunde, Bekannte – jeder von uns brachte wen mit.“ Immer mehr Jugendliche kamen dazu. Und sie kamen zuverlässig jede Woche.

Bis heute gilt: „Du kommst nur dann nicht, wenn du einen guten Grund hast“, stellt der 25-Jährige Gruppenführer Christoph Margenfeld fest, der als Ergotherapeut arbeitet. Von Anfang an gab es keine halben Sachen. „Wir waren da, um für den Einsatz zu trainieren, um was zu machen“, unterstreicht Gruppenführer Taieb Habib, 26, im Zivilleben Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hannover.

Derzeit zählt die SAN 189 Mitglieder. Davon sind 71 einsatzbereit gemeldet, 30 mit einer Qualifikation Rettungssanitäter oder höher. Inzwischen gibt es auch zwei junge Ärzte bei der San 1. Die übrigen 18 befinden sich derzeit in der Ausbildung oder sind noch unter 18 Jahre. Mit denjenigen, die nur während der Semesterferien oder im Urlaub Dienst leisten können, kommt die Ein-

heit sogar auf über hundert Köpfe. In der neuen Struktur des Katastrophenschutzes im Land Niedersachsen bildet die SAN 1 einen Einsatzverband mit zwei Sanitätszügen und insgesamt sieben Gruppen.

## Die Jugendgruppe wird erwachsen

Als die ersten aus der Jugendgruppe 16 Jahre alt wurden, stand der Wechsel zu den Einsatzeinheiten an. Zunächst ging es für die Jugendlichen in die Verpflegungsgruppe. Doch die Herzen schlugen weiterhin für die medizinische Versorgung von Verletzten.

Der Wunsch wuchs, auch Sanitätsdienste zu besetzen. „Das hatten wir jahrelang in der Jugend trainiert“, sagt Laura von Ahlen. Nach Rücksprache mit dem Teamleiter Sondereinsatzdienste des Ortsverbandes wurde aus der ehemaligen Jugendgruppe eine Betreuungsgruppe. Für die Übung und Ausbildung erhielt die neue Gruppe einen in die Jahre gekommenen Gerätewagen Sanität und zwei Mannschaftstransportwagen. In der Ausbildung lag der Fokus auf der sanitätsdienstlichen Versorgung und weniger auf dem Betreuungsdienst.

So entstand schnell der selbstgewählte Name „Sanität / Betreuung 1“, neben der schon bestehenden ehrenamtlichen Sanitätsgruppe. Das war 2011. Weil er als erster aus der Gruppe 18 Jahre alt wurde, wählten die Wache und die Gruppenmitglieder Johannes Margenfeld einstimmig zum Gruppenführer. Bereits in der Johanniter-Jugend hatte er sich als Gruppenleiter sehr engagiert. Johannes Margenfeld war über seinen Bruder zur Johanniter-Jugend gekommen. Nach seinem Schulabschluss machte er beim Ortsverband Hannover-Wasserturm die Ausbildung zum Rettungsassistenten.

Inzwischen ist der 28-jährige Notfallsanitäter, hat die Weiterbildung zum Organisationsleiter gemacht und studiert Jura. Außerdem ist er Verbandführer. Viele der inzwischen volljährigen Jugendlichen absolvierten die Rettungssanitäterausbildung oder engagierten sich in einem Freiwilligendienst im Ortsverband. Einige waren im Hausnotruf-Einsatzdienst tätig, wieder andere fuhren im Organtransport. Vor allem aber wollten sie ihr Wissen praktisch einsetzen.



### Immer mehr Einsätze – immer mehr Verantwortung

„Am Anfang hatten wir oft das Gefühl, dass wir uns beweisen mussten“, erzählt Gruppenführerin Rebecca Fadhlouei, 22, die als examinierte Krankenpflegerin in der Medizinischen Hochschule Hannover arbeitet. „Bald wurden wir aber immer häufiger gefragt, ob wir nicht etwas übernehmen könnten.“ Zahlreiche Massenveranstaltungen wie der Hannover Marathon und das Maschseefest erfordern viele Sanitätsdienste im Jahr.

Blindgänger aus dem 2. Weltkrieg führen mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu kurzfristigen Bombenräumungen, bei der tausende Menschen evakuiert werden. Außerdem werden die Johanniter vom Ortsverband Hannover-Wasserturm oft gerufen, wenn es darum geht, vermisste Personen zu suchen. Hierbei unterstützt die SAN 1 die Rettungshundestaffel als Suchhelfer. Mit den Einsätzen kam die Verantwortung. Nach und nach übernahmen die Kameradinnen und Kameraden die Verantwortung für eigene Bereiche wie Unfallhilfsstellen. Die Gruppe bekam mit steigender Helferzahl und vielen gelungenen Einsätzen mehr Ausrüstung und 2013 den ersten der neuen Gerätewagen Sanität vom Bund im Ortsverband. Inzwischen hat sie zwei davon und zusätzlich einen Gerätewagen Technik, drei Führungsfahrzeuge und fünf Mannschaftstransportwagen. „Der Ortsverband hat in all den Jahren gut in uns investiert“, stellt Laura von Ahlen fest. „Erst gab es neue Jugendräume, später dann viel Material und Fahrzeuge, Schutz-ausstattung und unsere Helfer konnten verschiedene Führerscheine und Weiterbildungen machen. Je mehr wir geleistet haben, desto mehr haben wir auch bekommen.“

### Tag der Deutschen Einheit 2014: ein Meilenstein

Die endgültige Anerkennung ihres bisherigen Tuns kam zum Tag der Deutschen Einheit in Hannover im Oktober 2014. Zum ersten Mal sollte die SAN 1 einen eigenen Einsatzabschnitt übernehmen und eigene Rettungsmittel führen. Inzwischen bestand die Jugendgruppe von einst aus einem Einsatzzug mit drei Gruppen. Zusätzlich bekam sie an einem Tag Kräfte einer anderen Hilfsorganisation unterstellt. „Wir waren von Anfang an in die Planung eingebunden“, erinnert sich Zugführer und Rettungssanitäter Lars Matalla, 26, der heute Polizeikommissaranwärter ist. „Als wir mit den ganzen hochrangigen Verantwortlichen an einem Tisch saßen, haben wir plötzlich realisiert: Wir haben jetzt tatsächlich Verantwortung.“ Es folgte ein ereignisreiches Wochenende für die Truppe, mit wenig Schlaf und vie-

len Einsätzen. Eine spontane Demonstration machte die Lage noch unübersichtlicher. „Es war viel los. Alles war voller Menschen. Da war kein Durchkommen“, erzählt Johannes Margenfeld. Für die Gruppe war dieser Tag der Deutschen Einheit ein Meilenstein. Seitdem führt sie ihre Kräfte meist selbst.



Die SAN 1 trainiert fast jeden Donnerstag. Fallbeispiele sind fester Bestandteil der Ausbildung. (Foto: Michael Wallmüller)

### Ein breites Einsatzspektrum

Das Einsatzspektrum hat sich seitdem deutlich verbreitert. Trotz ohnehin schon guter Auftragslage war die SAN 1 auch während der „Flüchtlingssituation 2015“ voll eingebunden. Neben dem Aufbau von Unterkünften leistete sie vor allem Unterstützung bei der ärztlichen Erstuntersuchung und der Verpflegung geflüchteter Menschen. Ein Ausnahme-Wochenende ist dabei besonders in Erinnerung geblieben. „Wir hatten Freitag bis spät in die Nacht kurzfristig die ärztliche Aufnahme in einer Flüchtlingsunterkunft unterstützt. Mit sehr wenig Schlaf haben wir am darauffolgenden Tag den Sanitätsdienst auf dem Triathlon gemacht“, erzählt Christoph Margenfeld. „Sonntagmorgen klingelte dann um acht erneut der Melder. Es wurden weitere Flüchtlinge in der Unterkunft erwartet. Wir waren alle wirklich fertig und trotzdem kamen alle wieder zum Einsatz.“ Dass sie auch Sandsäcke stapeln können, bewiesen die Kameradinnen und Kameraden 2017 beim Hochwasser in Alfeld. Nachdem sie bei der Evakuierung eines Altenheims unterstützt hatten, standen sie in der folgenden Nacht gemeinsam mit der Feuerwehr und Anwohnern bis zu den Hüften im Wasser. Inzwischen gehören auch Betreuungseinsätze am Hauptbahnhof Hannover zum festen Repertoire, wenn bei Zugausfällen gestrandete Fahrgäste versorgt werden müssen. Ob Flüchtlingshilfe, Personensuche,

Sanitätsdienst, Betreuung oder Katastrophenschutz – die SAN 1 ist mittlerweile eine Art Schweizer Taschenmesser. „Diese Mischung macht viel aus“, sagt Rebecca Fadhlouï. „Wir haben viel Abwechslung bei unseren Einsätzen. Das hält die Motivation aufrecht.“ Der Höhepunkt des Jahres ist für die SAN 1 immer wieder das Maschseefest in Hannover mit mehr als zwei Millionen Gästen. Viele Mitglieder nehmen sich in der Zeit extra frei. An drei Wochenenden hintereinander stellt die SAN 1 dort die Einsatzleitung, besetzt und führt zwei Unfallhilfsstellen, drei Rettungswagen und mehrere Streifen.



Melvin Froberg und Melanie Wike mit „Pflaster-Knirpsen“ bei der Sanitätsausbildung. (Foto: Lasko Werner)

### Für alle Fälle: das Schnell-Reaktions-Fahrzeug

Auf dem Maschseefest kommt auch ein neues Einsatzmittel zum Tragen, das die SAN 1 selbst konzipiert hat: das Schnell-Reaktions-Fahrzeug, kurz SRF. Dabei handelt es sich um einen von vier Kameraden besetzten Mannschaftstransportwagen mit besonderer Ausrüstung. Dazu gehören unter anderem ein Notfall-Rucksack, der auch auf Rettungswagen zum Einsatz kommt, und ein Rucksack, speziell ausgerüstet für die Rettung und den Transport von Patienten. Außerdem sind ein Automatisierter Externer Defibrillator (AED) und Sauerstoff an Bord. Die Besatzung besteht aus einer festen Gruppe erfahrener Kameraden, die teilweise hauptamtlich regelmäßig im Rettungsdienst arbeiten. Das Fahrzeug fährt bei bestimmten Einsatzkriterien selbstständig unterstützend zu Einsatzstellen. Bei den Kriterien handelt es sich unter anderem um erweiterte Versorgungsmaßnahmen, aufwendige oder schwierige Rettungen sowie unübersichtliche Einsatzstellen oder Lagemeldungen. Das Schnell-Reaktions-Fahrzeug arbeitet dabei zwischen den Streifen vor Ort, dem Rettungswagen und der Einsatzleitung. „Das Konzept hat sich im Einsatz gut bewährt“, stellt Taieb Habib fest, der regelmäßig Einsätze auf dem Fahrzeug fährt.

### Eigene Konzepte und Ideen

Überhaupt legt die SAN 1 großen Wert darauf, eigene Konzepte auf Grundlage eigener Erfahrungen umzusetzen. Zusätzlich zur Ausbildung der Sanitätshelfer vom Ortsverband Hannover-Wasserturm führt die SAN 1 eine Ausbildung zum Truppmann durch – nach eigenem Ausbildungsplan. Während die Sanitätshelfer-Ausbildung medizinisches Grundwissen vermittelt, zielt die Truppmann-Prüfung auf die Befähigung für den Einsatz ab. Die Ansprüche der Gruppe an sich selbst sind hoch. „Die Hauptlast tragen bei

uns nicht die Transportmittel, sondern die Kräfte im Einsatzgebiet, also die Streifen, Sanitätstrupps und Fahrzeugbesatzungen vor Ort. Die müssen eigenständig entscheiden und handeln können“, betont Christoph Margenfeld. Bei Notfällen mitten in Menschenmassen kann es dauern, bis Rettungswagen unterstützen können. In solchen Fällen eigene Entscheidungen treffen zu können ist eine Herausforderung, zumal ein Großteil der Einsatzkräfte zwischen 18 und 22 Jahre alt ist.

Das erfordert regelmäßiges Training – und Disziplin. Nach wie vor trifft sich die SAN 1 jeden Donnerstag um 19:00 Uhr in den Räumen der Dienststelle. Jeder Ausbildungsabend fängt mit der Nachbesprechung der vergangenen Einsätze an. Alle Mitglieder können hier frei ihre Meinung äußern, was gut war und was anders

laufen sollte. Das kann bei 50 bis 60 Anwesenden schon mal länger dauern, ist aber für das Gefüge des Verbandes immens wichtig. In der SAN 1 gehört es dazu, Fehler offen anzusprechen – auch die der Führung. „Wenn etwas nicht gut gelaufen ist, dann sprechen wir das direkt an. Unsere Kritikkultur gehört einfach zur Gruppe“, sagt Taieb Habib. „Wir probieren immer wieder Neues aus“, sagt Zugführer Lennart Spinneker, 25, Rettungssanitäter und beruflich im Polizeidienst. „Das funktioniert nur, wenn wir Fehler zulassen.“

### Führen durch Vorbild

Wer einige Einsätze absolviert und Erfahrung hat, kann mit der Truppmann II-Prüfung die Befähigung zum Truppführer erlangen. Auch diese Prüfung ist selbst entwickelt, denn die Gruppe hat sehr klare Vorstellungen von Führung. „Wir führen grundsätzlich von vorne“, unterstreicht Johannes Margenfeld. Als Einsatzleiter steigt er bei Veranstaltungen regelmäßig ins Fahrzeug und macht sich ein Bild von der Lage vor Ort. Selten verbleibt er im Führungscontainer. „Diejenigen, die hier Verantwortung tragen, haben sich das erarbeitet. Sie kümmern sich um ihre Leute und leben das

vor, was wir hier erwarten.“ Dabei spiele es keine Rolle, wie lange jemand schon dabei ist. Es gibt einige Kameradinnen und Kameraden, die in kurzer Zeit vom Neumitglied zum Gruppenführer aufgestiegen sind, weil sie engagiert sind und sich im Einsatz bewiesen haben.

In der SAN 1 herrscht keine strenge Hierarchie. „Wir sind als Führungskräfte eher wie Klassensprecher“, sagt Lars Matalla. Mit Befehl und Gehorsam käme man gerade bei den Jüngeren nicht weit. In der Tat ist der Umgangston untereinander locker. Trotzdem wird Wert auf klare Führungs- und Meldewege gelegt. Es gilt: Führen durch Vorbild. Eine gewisse Grundeinstellung der Ehrenamtlichen ist Voraussetzung, um dauerhaft zu bleiben. „Wir können viele Stunden aufeinander sitzen, weil wir uns einfach verstehen“, stellt Rebecca Fadhlaoui fest. „Wir kennen uns – mit all unseren Stärken und unseren Schwächen. Vor allem aber können wir uns jederzeit aufeinander verlassen. Man kann so viele mitten in der Nacht alarmieren und weiß, die sind dann da!“

### Engagierte Jugendarbeit

Neben Sanitätsdiensten und Einsätzen blieb die Jugendarbeit von Anfang an ein wichtiges Standbein der SAN 1. Die Jugendlichen von einst engagierten sich neben den Einsätzen auch als Jugendgruppenleiter und bauten die Jugendarbeit aus. Inzwischen gibt es neben der Jugendgruppe, aus der sich die SAN 1 entwickelt hat, eine Gruppe für Kinder ab fünf Jahren, die „Pflasterknirpse“. Bei den Jugendgruppenleitern Melanie Wike und Melvin Frohberg lernen sie wichtige Grundlagen. Die Beziehungen beider Gruppen zur SAN 1 ist eng. „Wenn wir auf Wettkämpfe fahren, sind die Jugendgruppen mit uns zusammen unterwegs“, sagt Taieb Habib. In den Jugendgruppenstunden lernen sie Fälle kennen, wie sie im Sanitätsdienst passieren können, ebenso wie das Absetzen des Notrufes und die Geschichte der Johanniter. Die Kinder sind mit großer Begeisterung bei der Sache. Viele kommen schon seit Jahren zuverlässig zu jedem Treffen. Die Jugendbetreuer lassen sich neben den wöchentlichen Treffen immer wieder etwas Neues einfallen. Die „Pflasterknirpse“ waren schon bei der Präventionsbeauftragten der Polizei, auf einer Feuerwehrawache und im Wildpark. Besonders gut kommen vor allem die Übernachtungswochenenden auf der Wache mit vielen Fallbeispielen, Gruppenspielen und einer Nachtwanderung an.

### Die „Kids“ sind manchmal fitter als ihre Eltern in Erster Hilfe

Die Betreuer waren einmal selbst in der Jugend. „Meiner Meinung nach ist es super wichtig, dass man Kinder schon an das Helfen heranzuführt“, sagt Sanitätshelfer Melvin Frohberg, 17 Jahre. Er ist 2014 über den Schulsanitätsdienst in die Johanniter-Jugend gekommen. „Ich hoffe selbstverständlich, dass so viele wie möglich dadurch etwas fürs Leben lernen. Und dass sie später vielleicht auch im Beruf

oder im Ehrenamt weitermachen.“ Er selbst will auf jeden Fall beruflich in dieser Richtung bleiben: Nach dem Abitur strebt er die Ausbildung zum Notfallsanitäter oder ein Medizinstudium an. Rettungssanitäterin Melanie Wike ist mit zwölf Jahren eingetreten. Die Arbeit mit dem Nachwuchs macht ihr Spaß. Ihre Schwester Sarah ist ebenfalls als Jugendbetreuerin aktiv. „Es ist super zu sehen, wie die Kinder erst als Gruppe zusammenwachsen und dann über sich hinauswachsen. Nicht nur in einer Übung, sondern auch im sozialen Miteinander“, erzählt Melanie Wike. Die 22-jährige studiert Soziale Arbeit und ist sehr stolz auf ihre „Pflaster-Knirpse“. „Der Zusammenhalt in der Gruppe ist einfach super. Die Kids sind fit in Erster Hilfe. Manchmal sogar fitter als ihre Eltern. Wenn sie uns das erzählen, haben wir noch mehr Motivation in der Arbeit mit den Kindern, aber auch den Erwachsenen.“

### Wettkämpfe sind Highlights

Für diejenigen, die durch Ausbildungsabende, Einsätze und Jugendarbeit noch nicht ausgelastet sind, gibt es noch das Wettkampftraining. Schon seit der Gründung ist der Ortsverband Hannover-Wasserturm mit seinen Mannschaften bei Wettkämpfen auf Landes- und Bundesebene erfolgreich. Neben der Rettungshundestaffel sind die SAN 1 und Johanniter-Jugend immer vertreten – oft auch auf dem Siegereppchen. Die Teams fangen früh an, hierfür an zusätzlichen Terminen und einem Übungswochenende zu trainieren. „Wettkämpfe sind ein Highlight für uns als Gruppe“, sagt Laura von Ahlen.

### Das „Blaulicht-Milieu“ fasziniert

Ab zwölf Jahren geht es für den Nachwuchs in der älteren Jugendgruppe weiter. Auch diese Gruppe wird von Betreuern aus der SAN 1 ausgebildet. Wenn sie mit 16 Jahren dann in die Einsatzeinheit kommen, bringen viele der jungen Leute solide Kenntnisse und jahrelange Erfahrung mit. Auf diese Art gewinnt die SAN 1 einen großen Teil des Nachwuchses. Das ist wichtig, um das Niveau und die Stärke der Einheit zu halten. Denn aufgrund der Altersstruktur ist die Fluktuation wegen Ausbildung und Studium hoch. Allerdings muss man volljährig sein, um auf Einsätze und Sanitätsdienste mitzudürfen. Ein Grund, weshalb viele Mitglieder dem 18. Geburtstag entgegenfiebern. Sanitätshelferin Marcellina Schulze hat gerade ihre Truppmann-Prüfung bestanden. Auch sie war vorher einige Jahre in der Jugendgruppe. Mit 16 ist die Schülerin eine der Jüngsten in der SAN 1. „Es macht mir Spaß hier. Die Leute sind cool“, sagt sie. „Ich freue mich auf die ersten Einsätze.“ Nach der Schule möchte Marcellina Schulze die Ausbildung zur Notfallsanitäterin machen.

Das Ehrenamt bei den Johannitern prägt viele Jugendliche nachhaltig. Viele aus der SAN 1 machen nach der Schule erst einmal einen Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr auf der Wache. Später folgt

oft eine Ausbildung im Rettungsdienst oder in der Pflege oder sogar ein Medizinstudium. Einige gehen auch zur Polizei oder zur Bundeswehr. Das „Blaulicht-Milieu“ fasziniert. Die Verbindung zu den Aktiven auf der Wache und im Ortsverband sind eng. Einige Kameradinnen und Kameraden arbeiten hauptamtlich auf der Rettungswache. Der Ortsverband gewinnt somit über die Jugend nicht nur Nachwuchs für den ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz, sondern auch für die hauptamtlichen Aufgaben. Für viele Helfer ist die SAN 1 ein wichtiger Teil ihres Lebens. „Für mich ist das irgendwie eine Berufung“, sagt Laura von Ahlen. „Ich bin damit aufgewachsen. Sie ist ein zweites Zuhause für mich.“ Die Erfahrung aus dem Ehrenamt hilft ihr auch bei ihrer Arbeit im Krankenhaus weiter. „Ich weiß, was da auf der Straße abläuft. Ich kann die Kollegen vom Rettungsdienst deswegen oft gut verstehen.“



Beim Landeswettkampf 2018 der Johanniter aus Niedersachsen und Bremen belegten die Mannschaften der SAN 1 die vorderen Plätze.  
(Foto: Frank Tunnat)

### Neue Herausforderungen gewünscht

„Natürlich wollen wir, dass es auf diesem Level weitergeht“, sagt Lars Matalla. „Aber wir haben von Anfang an immer nach neuen Herausforderungen gesucht.“ Dazu gehören auch Einsätze in anderen Teilen der Bundesrepublik. „Wir haben viel Erfahrung und erprobte Konzepte, wie unser Schnell-Reaktions-Fahrzeug“, so Lennart Spinneker. „Auf jeden Fall wäre es eine interessante Erfahrung, wenn wir uns damit auch mal woanders einbringen könnten.“ Vielleicht mal beim Karneval in Köln. Karneval gibt es zwar in der Landeshauptstadt Hannover auch. Aber das Einsatzaufkommen hält sich für die SAN 1 meist in Grenzen. Ebenfalls auf dem ein oder anderen Festival in Hannover haben die Aktiven schon Erfahrung gesammelt. Dennoch: Da gibt es in anderen Teilen der Republik weitaus größere Veranstaltungen. Und in der letzten Zeit wächst der Wunsch, sich dort mit eigenen Kräften zu beteiligen.

### Wertschätzung und Investition – es lohnt sich!

Eines war von Anfang an wichtig: Wertschätzung. „Es hat gedauert, bis wir die Anerkennung bekamen, die wir uns gewünscht haben“, sagt Laura von Ahlen. „Aber die Ortsverbandsleitung hat immer gezeigt, dass das Ehrenamt wichtig ist. Oft kommt unser Dienststellenleiter zu Sanitätsdiensten oder Einsätzen raus und bedankt sich bei uns für unsere Arbeit.“ Für den Johanniter-Ortsverband Hannover-Wasserturm hat sich die jahrelange Investition in seine Jugendgruppe und später in die Sanitäts- und Betreuungsgruppe ausgezahlt. „Unser Konzept zur Bindung von jungen Menschen ist sehr erfolgreich!“, findet Dienststellenleiter Michael Homann. „Neben der sehr guten Ausbildung und Ausstattung, die motivierend wirkt, sind auch die Begleitung und Anerkennung sehr wichtig. Wir sind sehr stolz

auf unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, ohne die ein Bevölkerungsschutz nicht möglich wäre!“ Nachwuchsarbeit ist kostspielig. Gerade in einer Großstadt wie Hannover, mit einer unüberschaubaren Anzahl an Freizeitangeboten, müssen Hilfsorganisationen einiges investieren, um für junge Menschen attraktiv zu sein. Das kostet Geld, aber auch Zeit. Vor allem kostet es aber Mut und die Bereitschaft, sich tatsächlich auf junge Menschen einzulassen. Junge Menschen wollen gerne die Dinge so machen, wie sie es für richtig halten.

Das Beispiel vom Ortsverband Hannover-Wasserturm zeigt: Man sollte sie machen lassen. Und ihnen so oft wie möglich Gelegenheit geben, sich zu beweisen. „Am Anfang hat jemand zu mir gesagt: ‚Du kannst mit 19 Jahren nicht die Welt retten‘“, erzählt Johannes Margenfeld. „Aber das stimmt nicht. Natürlich kannst

du die Welt retten, wenn du 19 bist. Gerade dann!“

Sie erreichen die Führung der SAN 1 unter:

[einsatz.hannover@johanniter.de](mailto:einsatz.hannover@johanniter.de).

Ulf-Lasko Werner ist Mitglied der SAN 1. Er kam erst mit 36 Jahren in die SAN 1, um die Welt zu retten. Sein achtjähriger Sohn geht seit vier Jahren regelmäßig zur Johanniter-Jugend. Und sein vierjähriger Sohn kann es kaum erwarten, dass er endlich mitdarf.

# Bevölkerungsschutz 4.0

## Risiken und Chancen von IT-Systemen im Einsatz

Thorben Hüttelmaier und Benjamin Käser

Be4RCE entwickelt eine Bewertungs- und Analyse­methode für IT-Unterstützungssysteme in der KRITIS-Branche Notfall- und Rettungswesen. Durch eine Erfassung und mehrstufige Systematisierung von IT-Unterstützungssystemen werden Risiken und Chancen erforscht. Diese Bewertungs- und Analyse­methode wird in einem Anwenderleitfaden zusammengefasst. Dieser ver-

setzt (zukünftige) Nutzer in die Lage, im eigenen Anwendungskontext IT-Systeme vor der Beschaffung zu bewerten und so nachhaltige und zielgerichtete Systementscheidungen treffen zu können. Be4RCE wird durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gefördert und im Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2022 durchgeführt.

Die Einführung und Nutzung digitaler Unterstützungsprozesse im Bereich des Notfall- und Rettungswesens unterliegen einem heterogenen Anpassungs- und Wandlungsprozess, der sich aus technischer Sicht in vielen Bereichen zeigt. Neben der Digitalisierung der Verwaltung, wie es die Aktionspläne Digitale Verwaltung 2020 und Open-Data vorsehen, geschieht auch auf der Ebene der operativen Exekutivorgane in Ausführung der Brand- und Katastrophenschutzgesetze der Länder, der Rettungsgesetze der Länder und auch des Zivilschutzgesetzes des Bundes eine Digitalisierung auf vielen Ebenen.

Zahlreiche Forschungsprojekte beschäftigten sich in jüngster Zeit mit den Einsatzmöglichkeiten von Drohnen, beispielsweise im Bereich des Katastrophenschutzes zur Suche von Verschütteten oder im Brandschutz zur Erkundung des Einsatzortes (z. B. [1, 2, 3]). Einige Feuerwehren in Deutschland setzen bereits auf die Unterstützung durch Drohnen im Einsatz [4, 5]. Andere Systeme haben das Ziel einer digitalen Lageunterstützung oder Verbesserung/Beschleunigung der Kommunikation, beispielsweise durch die Echtzeit-Darstellung von Patienten während eines Massenanfalles von Verletzten (MANV) (Abbildung 1)[6].

Durch die flächendeckende Einführung des 5G-Standards im Mobilfunk entsteht weiteres Potenzial für den Einsatz digitaler Unterstützungssysteme, aus Sicht der KRITIS-Branche Notfall- und Rettungswesen zunächst vor allem im Bereich der Telemedizin. Dies spiegelt sich auch in den 5G Wettbewerben wider, welche unter anderem durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [7] oder das Land NRW [8] durchgeführt werden.

Die Chancen dieser Systeme werden zumeist umfassend dargestellt und gerade durch kommerzielle Anbieter digitaler Lösungen in den Fokus gerückt. Wenig Beachtung findet bisher jedoch eine systematische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Risiken, die die Einführung und der Einsatz von IT-Systemen im Bereich der Gefahrenabwehr bergen kann. Zusätzlich ist in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der Diversität verfügbarer IT-Systeme und Einsatzbereiche zu rechnen (Abbildung 2). Dafür sprechen nicht zuletzt auch die für dieses Jahr ursprüng-

lich geplanten und mittlerweile teilweise abgesagten bzw. verschobenen Messen und Veranstaltungen mit Themen wie beispielsweise „Vernetzung“ (INTERSCHUTZ), „Künstliche Intelligenz im Bevölkerungsschutz“ (DGSMTech Workshop) oder „Zivile Sicherheit im Digitalzeitalter“ (Sommerakademie der zivilen Sicherheitsforschung).



Abbildung 1: Eine „digitale Patientenanhängekarte“ zum Einsatz während eines MANV. So wird eine Echtzeit-Darstellung von Patienten und deren Sichtungskategorie ermöglicht.

Die Digitalisierung der Gefahrenabwehr wird im Zuge der aktuellen Corona-Pandemie weiter vorangetrieben und sehr beschleunigt. Vielerorts müssen Krisenstäbe auf bewährte (Infra-) Strukturen verzichten und sich nicht nur thematisch, sondern auch methodisch ganz neuen Anforderungen stellen. Gleichzeitig gibt es eine enorme Kreativität und Effizienz bei der Entwicklung digitaler Lösungen und Werkzeuge, um die aktuelle Krise zu bewältigen. Dies zeigte sich insbesondere beim Hackathon #wirvsvirus, der unter der Schirmherrschaft der Bundesregierung am Wochenende vom 20. – 22. März 2020 stattfand und komplett digital organisiert wurde [9]. Hierbei fanden sich rund 43.000 Menschen virtuell zusammen, die in kleinen Teams



# Be4RCE

an etwa 1.500 Projekten arbeiteten und sich Herausforderungen aus sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen im Kontext der Corona-Pandemie widmeten.



Abbildung 2: Ein ELW als Schnittstelle verschiedener IT-Systeme: Analog- und Digitalfunk, klassische Datenverarbeitungsprogramme und moderne Desktop-Apps. (Fotos: antwortING Beratende Ingenieure PartGmbH)

Auch die Autoren brachten sich hierbei ein und konnten mit ihrer Fachexpertise einerseits unterstützen sowie in diesem Rahmen andererseits das Potenzial verschiedener IT-Systeme und -Anwendungen bei der interdisziplinären Zusammenarbeit und in der Projektorganisation noch besser kennenlernen. Mehr noch: Mit Erfahrungen aus vorherigen Arbeiten in Verbindung mit denen des Hackathon wurde das System Rescue.CoronaAkut speziell für die Bewältigung aktueller Herausforderungen entwickelt und Krisenstäben umgehend kostenfrei zur Verfügung gestellt [10].

## Das Projekt Be4RCE

Vor diesem Hintergrund wird es zukünftig erforderlich sein, IT-Systeme hinsichtlich der Eignung für die geplan-

ten Einsatzbereiche und die beteiligten Akteure sowie im Vergleich zu anderen verfügbaren Systemen bewerten zu können. Hier setzt das Projekt Bevölkerungsschutz 4.0 – Risiken und Chancen von IT-Systemen im Einsatz (Be4RCE; sprich „be force“) an. Be4RCE hat zum Ziel, durch eine Erfassung und mehrstufige Systematisierung von IT-Unterstützungssystemen in der KRITIS-Branche Notfall- und Rettungswesen einen Überblick über die Risiken und Chancen derartiger Systeme zu geben und eine Bewertungs- und Analysemethode zu entwickeln, um eine systematische Vergleichbarkeit zu schaffen.

### Umfrage

Wir möchten gerne Ihre Erfahrungen und Meinungen zum Einsatz von IT-Systemen im Bevölkerungsschutz kennenlernen! Dazu haben wir eine Umfrage erstellt. Zielpersonen sind alle in der öffentlichen Gefahrenabwehr tätigen Personen, welche mit der Beschaffung, Administration sowie Nutzung von IT-Systemen betraut sind.

Die Umfrage wird mit dem Tool SoSci Survey durchgeführt. Es werden alle notwendigen Anforderungen der DSGVO eingehalten. Die Server für die Umfrage stehen in Deutschland. Ihre Anonymität ist gewährleistet.

Sie erreichen die Umfrage über [www.projekt-be4rce.de/umfrage](http://www.projekt-be4rce.de/umfrage) oder über den nebenstehenden QR-Code.



Dafür werden zunächst die funktionalen Bereiche in Form von Abläufen und Prozessen analysiert und so Anwendungsfelder für den Einsatz von IT-Systemen identifiziert und klassifiziert. Dies geschieht im Rahmen von Workshops und Interviews mit den in das Projekt eingebundenen Endanwendern, aber auch mit Hilfe einer breit angelegten, öffentlichen Umfrage (siehe Kasten). Im Anschluss an diese Grundlagenarbeit erfolgt eine Analyse von Rückfallebenen für den Fall eines Ausfalles der spezifischen IT-Systeme sowie eine Bewertung dieser Rückfallebenen nach Ausfallwahrscheinlichkeit und Eignung des Redundanzkonzeptes.

Der Einfluss zukünftiger Entwicklungen auf die Digitalisierung im Bereich des Notfall- und Rettungswesens wird systematisch in Abstimmung mit Endanwendern sowie Vertretern der Industrie analysiert und die dabei gewonnenen Erkenntnisse genutzt, um Verbesserungspotenziale zu bestimmen und Anforderungen an zukünftige Systeme zu entwickeln. Die anschließenden Untersuchungen der Risiken und Chancen fokussieren sich auf die zwei Hauptaspekte Einfluss durch Störungen und Einsatz konkreter IT-Systeme.

Die antwortING Beratende Ingenieure PartGmbH ist als Ingenieurbüro in den durch die VdS Schadenverhütung zertifizierten Schwerpunkten Beratung und Forschung im Bereich der Gefahrenabwehr tätig. Die Leistungen sind speziell auf die Bedürfnisse der Akteure in der Gefahrenabwehr zugeschnitten und basieren unter anderem auf der wissenschaftlichen Arbeit des Unternehmens. Eine der Säulen stellt dabei die Bedarfsplanung und Organisationsberatung für Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophenschutz sowie KRITIS dar. Die antwortING Beratende Ingenieure PartGmbH begleitet die fortschreitende Digitalisierung in der Gefahrenabwehr seit Jahren intensiv und darf mit der Durchführung des Projekts Be4RCE einen weiteren Beitrag für eine zukunftsfähige Gefahrenabwehr in Deutschland leisten.

Das Projekt mündet in der Erstellung eines Bewertungskonzeptes für IT-Unterstützungssysteme. In einem Leitfaden für Anwender und Hersteller von IT-Unterstützungssystemen werden die Forschungsergebnisse praxisbezogen aufbereitet und zusammengefasst. Auf diese Weise wird ein großer Beitrag zum Wissenstransfer und zur Praxisrelevanz des Forschungsvorhabens geleistet. Die Bewertungsmethode und auch der Anwenderleitfaden versetzen Hersteller, Anbieter und Nutzer von IT-Systemen in die Lage, strukturiert bestehende und neue Systeme zu bewerten.

### Forum Digitale Gefahrenabwehr

Die Praxisrelevanz und -akzeptanz wird in Be4RCE durch einen engen und kontinuierlichen Austausch mit Anwendern und Experten aus der KRITIS-Branche Notfall- und Rettungswesen sichergestellt. Zu diesem Zweck wurde das Forum Digitale Gefahrenabwehr gegründet, welches aus dem Expertenbeirat, dem Industriebeirat und einem Zukunftsbeirat bestehen wird. Experten der Gefahrenabwehr liefern wichtiges Wissen aus der Praxis und der Perspektive der Anwender von IT-Systemen im Einsatz. Der Expertenbeirat

### Literatur

- [1] TH Köln (Hg.) (o. J.): FOUNT2. Fliegendes Lokalisierungssystem für die Rettung und Bergung von Verschütteten (FOUNT<sup>2</sup>). Online verfügbar unter: [https://www.th-koeln.de/anlagen-energie-und-maschinensysteme/fount2\\_38194.php](https://www.th-koeln.de/anlagen-energie-und-maschinensysteme/fount2_38194.php)
- [2] TH Köln (Hg.) (o.J.): SORTIE. Sensorsysteme zur Lokalisierung von verschütteten Personen in eingestürzten Gebäuden (SORTIE). Online verfügbar unter: [https://www.th-koeln.de/anlagen-energie-und-maschinensysteme/sortie\\_72838.php](https://www.th-koeln.de/anlagen-energie-und-maschinensysteme/sortie_72838.php)
- [3] RWTH Aachen (Hg.) (o.J.): FALKE. Flugsystem-Assistierte Leitung Komplexer Einsatzlagen. Online verfügbar unter: <https://www.fsd.rwth-aachen.de/cms/fsd/Forschung/Projekte/~rgvt/FALKE/>
- [4] FAZ (Hg.) (25.03.2020): Brand am Dachstuhl der Fachhochschule. Großeinsatz in Frankfurt. Online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/dach-der-fachhochschule-frankfurt-brennt-16696771.html>
- [5] Berliner Feuerwehr (Hg.) (21.02.2020): „Unmanned Aerial Vehicle“ (UAV) bei der Berliner Feuerwehr. Online verfügbar unter: <https://www.berliner-feuerwehr.de/aktuelles/nachrichten/unmanned-aerial-vehicle-uav-bei-der-berliner-feuerwehr-3423/>
- [6] Heuer, Stephan; Weber, Benedikt (2019): RescueWave - Digitalisierung im medizinischen Katastrophenschutz. In: Rettungsmedizin. Ausgabe 5 - 2019. S. 68 - 72. Hg. von Ebner Media.
- [7] BMVI (Hg.) (o.J.): 5G-Innovationswettbewerb - Projekte und Beschreibung. Online verfügbar unter: <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/DG/5g-innovationswettbewerb-tabelle.html>
- [8] Projektträger Jülich (Hg.) (o.J.): Förderwettbewerb 5G.NRW. Online verfügbar unter: <https://www.ptj.de/projektfoerderung/wettbewerbe-nrw/5g-nrw>
- [9] Greis, Friedhelm (o.J.): Wir vs. Virus: 43.000 Hackathon-Teilnehmer bringen Slack ans Limit. Hg. von t3n - digital pioneers. Online verfügbar unter: <https://t3n.de/news/vs-virus-43000-bringen-slack-1264968/>
- [10] VOMATEC Innovations GmbH (Hg.) (o.J.): Rescue.CoronaAkut. Online verfügbar unter: <https://rescuewave.de/corona/>

ist vor allem an der Prozessanalyse und der Validierung von Projektergebnissen beteiligt. Der Industriebeirat besteht aus Herstellern von IT-Systemen und Softwarelösungen für die Verwendung in der Gefahrenabwehr. Die Expertise liegt hier im Bereich der technischen Umsetzung und Betrachtung der möglichen Entwicklungspfade von IT-Systemen. Die zukünftige Generation der Akteure in der Gefahrenabwehr wird durch den Zukunftsbeirat vertreten. Er soll 2021 gegründet werden und vornehmlich aus den Jugendorganisationen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben bestehen.

Thorben Hüttelmaier ist Junior Consultant bei der antwortING Beratende Ingenieure PartGmbH mit Kompetenzen im Bereich Gefährdungs- und Risikoanalyse.

Benjamin Käser ist Beratender Ingenieur, Partner und Geschäftsführer der antwortING Beratende Ingenieure PartGmbH.

## „Schütz ich mich, schütz ich dich“ – THW-Einsätze in Zeiten von Corona

Selten war es so wichtig, sich selbst zu schützen. Die Corona-Pandemie legt die Verantwortung für die Gesundheit, die eigene und die der Gesellschaft, in die Hände jedes einzelnen Menschen. Händewaschen, Abstandhalten, zu Hause bleiben – diese Maßnahmen gelten für alle. Besonders wichtig sind sie für Einsatzkräfte, die trotz Kontaktverbot jeden Tag draußen sind, um andere zu schützen. Bundesweit sind täglich mehrere hundert Helferinnen und Helfer im Einsatz gegen Corona, immer in der nötigen Schutzausstattung und mit Sicherheitsabstand.



Logistiker des Selbstschutzes: THW-Kräfte transportieren täglich Schutzmaterialien in der gesamten Bundesrepublik.  
(THW/Ralf Kosse)

Seit Anfang Februar ist die Expertise des THW gefragt, inzwischen sind täglich bis zu 1.000 Helferinnen und Helfer des THW unterwegs, um die Corona-Pandemie einzudämmen. Sie kommissionieren und verteilen Schutzmaterialien

in der gesamten Bundesrepublik, bauen Schulen und Turnhallen zu Notkrankenhäusern um, errichten Teststellen und Schleusen, verteilen Lebensmittel an die Tafeln, verpflegen Einsatzkräfte und unterstützen Krisenstäbe auf





Gegen den Corona-Blues: Bereichsausbilder Daniel bringt den Betriebssport für seinen Ortsverband Oldenburg ins Netz.  
THW/Markus Schwerendt

ser und Isolationsschleusen auf. Mit Spukschutzwänden, Sanitärcontainern und Sondereingängen ermöglichen THW-Kräfte, dass Betroffene möglichst wenig mit medizinischem Personal oder anderen Patientinnen und Patienten in Kontakt kommen. Das THW nutzt seine Kapazitäten und Expertise, um für andere Menschen den bestmöglichen Selbstschutz zu gewährleisten.

### Selbstschutz vor der Einsamkeit – digitale Angebote des THW

Aber nicht nur vor dem Virus müssen sich die Menschen schützen, sondern auch vor der Einsamkeit und vor der Langeweile, den psychischen Nebenwirkungen der Corona-Krise. Die Isolation nimmt vielen Menschen ihren gewohnten Tagesablauf und ihre sozialen Kontakte. Das verursacht Stress. Auch der THW-Alltag steht in vielen Bereichen still, denn der Ausbildungs-

lokaler und überregionaler Ebene sowie die Bundespolizei an den Grenzen. In allen Bereichen ist es sehr wichtig, dass sie sich selbst während des Einsatzes, aber auch außerhalb des Dienstes schützen. Das THW schickt seine Einsatzkräfte nur gut ausgestattet mit der entsprechenden Schutzausrüstung in den Einsatz – wo nötig etwa mit FFP2-Masken.

### Logistik in der Krise

Das THW ist ein wichtiger Baustein der Logistik in der Corona-Krise. Mit der zentralen Koordinierungsinstanz Logistik (zKiL) übernimmt das THW bundesweit die Verteilung von Schutzausrüstung an Bundesbehörden. Die THW-Landesverbände befördern als Partner von Regierungen und Krisenstäben wichtige Hilfsgüter an jene Stellen, wo sie gebraucht werden. Allein in Bayern wurden über die Oostertage acht Millionen Atemschutzmasken transportiert, die mit einer Hilfslieferung aus China kamen. „In der Krise kommt die Logistik als Kernkompetenz des THW zum Tragen“, so THW-Präsident Gerd Friedsam bei einem Besuch im Logistikzentrum in Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig sind zahlreiche Helferinnen und Helfer des THW im Einsatz und bauen Teststrecken, Notkrankenhäu-

und Regelbetrieb in den Ortsverbänden ist ausgesetzt. Doch viele Ortsverbände haben sich kreative Wege einfallen lassen, um trotzdem zusammen zu sein. Ob digitale Dienstabende per Videokonferenz, Dienstsport via Youtube, Freiluftkonzerte oder digitaler Jugenddienst – gemeinsam sind die THW-Mitglieder auch außerhalb des Einsatzes füreinander da.



Vor der Henriettenstift-Klinik in Hannover bauten Helferinnen und Helfer Ende März des THW eine Erweiterung der Notaufnahme für Corona-Patienten auf.  
(THW/Pierre Graser)

und Regelbetrieb in den Ortsverbänden ist ausgesetzt. Doch viele Ortsverbände haben sich kreative Wege einfallen lassen, um trotzdem zusammen zu sein. Ob digitale Dienstabende per Videokonferenz, Dienstsport via Youtube, Freiluftkonzerte oder digitaler Jugenddienst – gemeinsam sind die THW-Mitglieder auch außerhalb des Einsatzes füreinander da.



## Reservistenübung „Eiswolf“ 2020

### Erneut erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Reservisten und DLRG

Immer am letzten Januarwochenende, wenn es dunkel, kalt und oftmals nass draußen ist, „heult“ seit 14 Jahren in Dithmarschen der „Eiswolf“ bei einem Nachtorientierungsmarsch. Reservisten der Kreisgruppe Dithmarschen richten diesen mit Unterstützung des Landeskommandos Schleswig-Holstein aus. Und die DLRG „heult“ seit 8 Jahren mit.

Mehr als 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus sechs Nationen (Dänemark, Finnland, Frankreich, der Schweiz, Tschechien und Deutschland), Läufer, Jäger (mit zwei Spähpanzern), Helfer, Stationspersonal, Absicherungskräfte und Übungsleitung nehmen an dieser Durchschlageübung teil. Die Marschstrecke auf direktem Weg wäre eigentlich nicht so lang, würden nicht die Jagdkommandos, die die Feindaufklärung betreiben, die Läufer zu Umwegen zwingen. Und dann sind da noch die zehn zu absolvierenden Stationen. Das THW hat wieder einen Hindernissparcour aufgebaut, dazu kommt ein Gepäcktransport an einer Schräge, Gesprächsaufklärung, Eilmarsch, schießen und Waffenkunde, Minenerkennung und Erste Hilfe stehen auf dem Programm. Nur ein Team (von 145 Übenden in Zweier- bis Sechserteams) hat die gesamte Strecke mit allen Stationen geschafft.

Und bei fünf dieser Stationen sind die Hilfsorganisationen und somit auch die DLRG beteiligt. 2019 hat die DLRG zusammen mit dem THW Heide das Watercrossing mit einem Sicherungsboot an der Eider abgesichert; anspruchsvoll bei dickem Eis, wenig Licht und Eisregen der jeden Schritt zur Herausforderung werden ließ.

Doch seit einigen Jahren ist zum Aufgabenbereich Absicherung Watercrossing auch die eigenverantwortliche Lei-

tung und Durchführung der Station Erste Hilfe gekommen. Und so wurden in diesem Jahr die Soldaten mit folgendem Szenario auf einer Standortschießanlage gefordert. Ein Kamerad wird mit einer stark blutenden Wunde am Oberschenkel aufgefunden. Er muss zügig mit einem Tourniquet erstversorgt werden. Das körperwarme Kunstblut spritzt so lange, bis die Blutung steht.



Ein Unterstand.  
(Foto: Maurice Brenk, DLRG)

Der Patient schreit und schnell entsteht Stress. Dann kommt die Ansage, dass ein Hubschrauber zum Abtransport des Patienten im Anflug ist. Der Patient muss zügig für den Abtransport vorbereitet werden. Dazu muss der Patient eine Rettungsdecke erhalten und wird dann auf eine Trage umgelagert. Mit der Trage erfolgt ein schneller Transport über eine Hindernisstrecke. Am Ende der Hindernisstrecke wird der „Patient“ dann reanimationspflichtig und muss 15 Minuten wiederbelebt werden. Selbstverständlich ist es dunkel und es regnet konstant. Patient, Trage, Wiese ... alles ist nass, die Zeit drängt und nur Rotlicht ist erlaubt.



Verletztenversorgung.  
(Foto: Ulrich Seehausen)

Geübt wird von Freitag 19.00 Uhr bis Samstag 23.00 Uhr. Mimen, Sanitäter, Übungsbeobachter und Unterstützungspersonal sind also genauso wie die Teilnehmer, Jäger

und andere Unterstützungskräfte nicht nur über Stunden, sondern über Tage einsatzbereit. Und genau hier liegen die Lerneffekte für die DLRG Helfer: Im Team gefordert werden und den Belastungen standhalten; Essen und Schlafen in Pausen die keiner vorhersagen kann; situationsgerecht die PSA der DLRG um hilfreiche Zusätze erweitern, mit Kräften zusammenarbeiten, die auf eine andere Weise retten als wir in unseren Erste Hilfe und Sanitätskursen lernen. Führungsstrukturen, Personal und Material anderer Hilfsorganisationen und des Militärs kennen lernen. Als Führungskraft einen solchen Einsatz in zahlreichen Gesprächen und Begehungen vorbereiten, ausarbeiten und durchführen und – ganz klar nicht zu vergessen – auch noch Spaß an der Durchführung haben.

Beim Antreten am Sonntag steht allen Beteiligten die Müdigkeit ins Gesicht geschrieben, doch wieder einmal sind alle DLRG Helfer stolz darauf dabei gewesen zu sein. Der 15. Eiswolf kann kommen.

*Dr. Susanne Schumacher-Gorny  
DLRG LV Schleswig Holstein*



## Feuerwehren wetteifern um den IF Star

### Öffentliche Versicherer und DFV zeichnen Ideen zur Schadenverhütung aus

Feuerwehren aus ganz Deutschland können sich wieder für den „IF Star“, die Auszeichnung für Ideen der Feuerwehren bewerben. Alle zwei Jahre wird der IF Star von den öffentlichen Versicherern und dem Deutschen Feuerwehrverband (DFV) ausgeschrieben. Gesucht werden neue Ideen, Vorschläge und Projekte zur Schadenverhütung und anderen Feuerwehr-Themenbereichen wie der Brandschutzerziehung. Bis Mitte Juli haben Feuerwehren Zeit, ihre Bewerbung beim Verband öffentlicher Versicherer einzureichen. Die drei besten Projekte werden mit Preisgeldern von je 3.500 Euro und der Bronzeskulptur „IF Star“ ausgezeichnet.

Bereits zum sechsten Mal verleihen die öffentlichen Versicherer und der Deutsche Feuerwehrverband in diesem Jahr den IF Star. Bewerben können sich alle Feuerwehren, die Ideen aus den Aufgabenbereichen Personen- / Sachschutz, Einsatztaktik, Brandschutzerziehung und -aufklärung, Nachwuchsförderung oder Integration oder vergleichbaren Bereichen mit besonderer Umsicht umgesetzt haben oder dies geplant haben. Kreative Ansätze aus Bereichen des Feuerwehralltags können ebenfalls eingereicht werden. Gerade in aktuellen Zeiten, in denen es für die Feuerwehren viele Herausforderungen durch die Corona-

Pandemie gibt, können solche Ideen Erleichterung im Feuerwehrdienst bieten.

„Mit dem regelmäßig wiederkehrenden Wettbewerb erkennen die öffentlichen Versicherer das vielfältige Ideenpotenzial von Feuerwehrfrauen und -männern in ganz Deutschland an“, sagt Stefan Opalka, Leiter des Bereichs Produktmanagement Haftpflicht/Unfall/Schaden und Ansprechpartner für Feuerwehren beim Verband öffentlicher Versicherer e.V. „Sie sind in den meisten Bereichen unseres täglichen Lebens für die Bevölkerung im Einsatz und schöpfen aus einem enormen Erfahrungsschatz, wenn es darum geht, über Gefahrensituationen aufzuklären oder diese selbst zu meistern.“

Ziel der Auszeichnung ist es, den Einfallsreichtum von Feuerwehren zu würdigen, eine praktische Umsetzung neuer Techniken oder Vorgehensweisen zu fördern und anderen Feuerwehren bundesweit bekannt zu machen. „Der IF Star-Wettbewerb ist ein guter Anlass, Ideen zusammenzutragen, fachspezifisch zu beurteilen und schließlich Feuerwehren an den prämierten Ergebnissen teilhaben zu lassen“, unterstreicht DFV-Vizepräsident Frank Hachemer.

Bewerbungen können Feuerwehren bis zum 17. Juli 2020 in digitalisierter Form bei Stefan Opalka, dem IF Star-Ansprechpartner beim Verband öffentlicher Versicherer, unter [ifstar@voevers.de](mailto:ifstar@voevers.de) einreichen. Vertreter der Gewinner-Teams werden – sofern es die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie erlaubt – zu einer feierlichen Preisverleihung im Herbst eingeladen.

#### Zum IF Star:

Die Zusammenarbeit von Feuerwehren und öffentlichen Versicherern in der Schadenverhütung und weiteren Berei-



Die Bronzeskulptur „IF Star“.  
(Foto: DFV)

chen hat eine lange Tradition. Der IF Star wurde erstmals beim Deutschen Feuerwehrtag 2010 in Leipzig vergeben. Die Gewinner wählt eine Jury aus Vertretern des Deutschen Feuerwehrverbands, der öffentlichen Versicherer und der Wissenschaft aus.

Den Flyer zur Bewerbung und weitere Informationen zum IF Star gibt es online unter [www.voev.de/if-star](http://www.voev.de/if-star) und [www.feuerwehrverband.de/if-star.html](http://www.feuerwehrverband.de/if-star.html).

# Wohnhaus nach Explosion in Köln zerstört

## DRK-Rettungshunde im Einsatz

Am Mittwoch, den 22. April, ist ein Reihenhaus im Kölner Stadtteil Buchheim durch eine Explosion zerstört worden. Nachdem der Bewohner (79) des Hauses als vermisst galt, wurden die Rettungshundeeinheiten des Deutschen Roten Kreuzes Köln, Euskirchen und des Rhein-Sieg-Kreises zur Trümmersuche alarmiert.

und unsicheren Böden. Zudem hat der Hund keinen visuellen Kontakt mehr zur gesuchten Person, wenn diese verschüttet ist, und muss hier zielgenau den stärksten Ort der menschlichen Witterung bellend anzeigen und somit markieren.



DRK-Rettungshunde in Köln-Buchheim im Einsatz.

Speziell ausgebildete Rettungshunde suchten dabei das Trümmerfeld ab, bevor weitere Einsatzkräfte den Schutt mit Händen und schwerem Gerät abtrugen. „Die Komplexität der Einsatzlagen, mögliche Gefahrensituationen und die damit verbundene Spezialisierung erfordern einen sehr hohen Ausbildungsstandard im Trümmerbereich. Für die Rettungshunde und ihre Hundeführer ist eine Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau erforderlich, um für alle Lagen optimal vorbereitet zu sein“, erläutert Franz Küpper vom DRK-Landesverband Nordrhein. Hunde müssen sich in der Trümmersuche absolut geländesicher bewegen können, etwa auf unterschiedlichen Untergründen

Bei der Suche nach der vermissten Person in Köln haben Rettungshunde des DRK Hinweise gegeben, wo die Person lag. Unter den eingestürzten Mauern des Hauses wird ein Mann tot aufgefunden. Er soll alleine in dem Haus gewohnt haben, die Suche ist beendet.

Die Rettungshundeteams, bestehend aus Hundeführer und Hund, werden im wöchentlichen Training auf solche Sucheinsätze vorbereitet, um in Not geratene Menschen zu suchen, zu retten und ihnen zu helfen. Die hochspezialisierten Fähigkeiten von Hund und Hundeführer erfordern viel Zeiteinsatz: Neben einer umfangreichen Ausbildung von bis zu 800 Unterrichtsstunden über zwei Jahre müssen Rettungshunde und ihre Führer alle zwei Jahre durch eine Prüfung ihr Können unter Beweis stellen. Im DRK-Landesverband Nordrhein sind derzeit neun

Rettungshundeeinheiten mit über 150 Helferinnen und Helfer aktiv. Im DRK-Landesverband Nordrhein sind aktuell acht Hunde für die Trümmersuche ausgebildet und spezialisiert. Des Weiteren verfügen die Rettungseinheiten über 42 Flächensuch-Rettungshunde.

### Hintergrundinformationen DRK-Rettungshundeeinheiten

Ein Rettungshundeteam besteht aus einem ausgebildeten Hundeführer und seinem Hund, die gemeinsam die Rettungshundeprüfung bestanden haben.



DRK-Rettungshund bei der Trümmersuche.  
(Fotos: Pascal Hassel, DRK-Kreisverband Rhein-Sieg)

Angefordert werden Rettungshundeeinheiten von den Behörden der Polizei- oder Feuer- und Rettungsleitstellen, wenn es beispielsweise darum geht,

- vermisste Personen in unwegsamem und unübersichtlichem Gelände zu suchen. Dies wird als Flächensuche bezeichnet,
- Menschen zu finden, die unter den Trümmern eingestürzter Gebäude eingeschlossen sind (Trümmersuche),
- Personen aus Gefahrenbereichen zu retten und lebensrettende Sofortmaßnahmen durchzuführen.

Dies unterscheidet sie eindeutig von anderen hundeführenden Einrichtungen und Institutionen wie z. B. den Dienst- und Schutzhunden der Polizei, die nach Drogen oder Waffen suchen.

*Andreas Brockmann / DRK-Nordrhein*



## Die Malteser begegnen den Herausforderungen der Corona-Krise entschlossen

Als sich abzeichnete, dass auch Deutschland nicht von einem Ausbruch des neuartigen Coronavirus verschont bleiben würde, wurde auf Bundesebene bereits Ende Februar eine besondere Aufbauorganisation namens "BAO COVID-19" etabliert, die unter zentraler Leitung alle Aktivitäten des Malteser Verbundes zur Bekämpfung der Corona-

Krise und der Aufrechterhaltung der Hilfen für die Menschen bündelt. Hier laufen die Aktivitäten im gesamten Verbund zusammen.

Die vielen Tausend haupt- und ehrenamtlichen Malteser, die in den bestehenden Strukturen des Rettungsdienstes

und des Bevölkerungsschutzes für Menschen in Not da sind und zahlreiche Corona-Teststationen und Behefkranken Häuser aufgebaut haben finden in der besonde-

In dieser Krise zeigen sich die Stärken der bundesweit einheitlichen Struktur der Malteser. Hier kommt besonders die IT-Struktur zum Tragen, die sowohl durch Haupt- als auch



Arbeit im DriveInZentrum  
(Fotos: Malteser Neckar Alb)

durch Ehrenamt bundesweit genutzt wird. Egal ob Heimarbeit am virtuellen Arbeitsplatz über die „Malteser Private Cloud“, Online-Besprechungen über Microsoft Teams oder das gemeinsame Bearbeiten von Dokumenten in der Office 365 Umgebung – für alles standen Lösungen bereit, die nun mehr denn je genutzt werden. Egal ob in der regulären Verwaltung, in der BAO COVID-19 oder in den regionalen, diözesanen oder örtlichen Krisenstäben: Die digitale Zusammenarbeit funktioniert und selbst bisherige „analoge Prozesse“ konnten zeitnah in den digitalen Raum verlagert werden. Die Tochterfirma Socura, welche die IT-Dienstleistungen für die Malteser bereitstellt, kann dies mit beeindruckenden Zahlen belegen: im Monat März ist die Zahl der Nutzer der MalteserCloud um 888 Personen (auf insgesamt über 27.000 Nutzer) angestiegen. Bei den mittlerweile ca. 8.000 Nutzern eines virtuellen Arbeitsplatzes haben allein im März 1.043 Nutzer einen neuen mobilen Zugang erhalten. Insgesamt können jetzt 3.765 Nutzer (also 47%) den Zugang von Zuhause nutzen. Bei den IT-Services, die auch von unseren über 16.000 ehrenamtlichen Nutzern oft verwendet werden, gab es ebenfalls hohe Wachstumsraten. Im März wurden im Vergleich zum Februar diverse Services viel stärker beansprucht, die höchsten Steigerungsraten gab es bei den Office-365-Diensten: Yammer +3.279,8%, Teams +236,4% und Forms +199,6%.



Einkaufsdienst für ältere Mitbürger.  
(Foto: Michael de Clerque / Malteser)

Das Krisenmanagement der Malteser funktioniert in dieser Lage somit dank optimaler IT-Lösungen äußerst gut. Durch diese Infrastruktur war und ist es den Maltesern auch in dieser Krise möglich ihre Hauptaufgabe, die Hilfe am Nächsten, sowohl analog als

ren Aufbauorganisation genauso die richtigen Ansprechpartner für die Herausforderungen in ihrem Bereich, wie auch die neu geschaffenen Dienste wie dem Einkaufsdienst für ältere Menschen oder dem Telefonbesuchsdienst.

auch digital zu organisieren und durchzuführen.

*Julian Brückner / Philipp Richardt*



# Notfallseelsorge Mayen-Koblenz: Regieeinheit im Zivil- und Katastrophenschutz

Notfallseelsorgerinnen und Notfallseelsorger werden gerufen, wenn Menschen durch einen Unfall oder andere tragische Umstände ihr Leben verloren haben, wenn Verletzte während lang andauernder Rettungsarbeiten besondere Zuwendung brauchen oder wenn Einsatzkräfte selbst Unterstützung benötigen, um ihre Erlebnisse zu verarbeiten. Wer sich in der Notfallseelsorge engagiert muss bereit sein, sich in schwierige Lebenssituationen anderer Menschen hinein zu begeben und auch das Leid mit auszuhalten.

den alltägliche Ereignisse wie ein Unfall, Wohnungsbrand oder der Tod eines Angehörigen häufig zu einer individuellen Katastrophe. Anlass für den damaligen Landrat Albert Berg-Winters zur Aufstellung der Gruppe Notfallseelsorge. Seit über 20 Jahren leisten die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Notfallseelsorge „Erste Hilfe für die Seele“: „als Regieeinheit des Landkreises ist das Team“, so Bernhard Lademann, Koordinator, „in erster Linie dafür da, bei Großschadenslagen Unterstützung zu geben, es leiste aber auch jenseits solcher – zum Glück äußerst seltenen – Szenarien eine wichtige Arbeit“.



Die Notfallseelsorge wird zu einem Unfall gerufen.

Bei der Notfallseelsorge des Landkreises arbeiten Christen und Nichtchristen eng zusammen. Sie alle verrichten ihre Bereitschaftsdienste neben ihrer hauptamtlichen Aufgabe, wie beispielsweise als Pastoralreferent, Diakon oder Pfarrer, ebenso als Heilpraktikerin, Psychologen, Internet-Dienstleister, Erzieher und Sozialarbeiter: unabhängig von der Religion. Rund um die Uhr bietet die Notfallseelsorge Mayen-Koblenz Einsatzkräften und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern seelsorgerische und psychologische Begleitung an:

- unaufdringlich
- verschwiegen
- überkonfessionell
- unentgeltlich

## Erste Hilfe für die Seele

Die Gründung der Notfallseelsorge im Landkreis Mayen-Koblenz ging auf das Jahr 1996 zurück. Die Rettungskräfte mussten Betroffene oft einfach zurücklassen. Für sie wer-

## Einsatzraum

Die Notfallseelsorge Mayen-Koblenz betreut den gesamten Landkreis mit einer Fläche von ca. 817 Km<sup>2</sup> und rund





Einsatzraum der Notfallseelsorge Mayen-Koblenz.  
(Grafik: Kreisverwaltung Mayen-Koblenz)

212.000 Einwohnern. Sie steht in Großschadenslagen auch außerhalb des Landkreises (z. B. Flughafen Hahn) im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes zur Verfügung. Der Landkreis Mayen-Koblenz erstreckt sich entlang des Rheins und der Mosel. Der Großteil des Kreises liegt linksrheinisch. Rechtsrheinisch grenzt er mit einigen Gemeinden an die Ausläufer des Westerwaldes.

### Förderverein der Notfallseelsorge Mayen Koblenz e.V.

Um noch mehr Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Einheit zu gewährleisten gründete sich 2013 der Förderverein Notfallseelsorge Mayen-Koblenz e.V. Durch die Einwerbung von Mitteln und Beiträge Dritter und Spenden zur Förderung der Ehrenamtes in der Notfallseelsorge sowie Beschaffung und Ergänzung von Ausstattung wollen die Mitglieder die Hilfsangebote weiter entwickeln. Mussten die Helferinnen und Helfer anfangs noch mit ihren Privatfahrzeugen zu den Einsatzorten fahren, verfügen sie heute über ein als Notfallseelsorge erkennbares Einsatzfahrzeug. Auch Kosten für Aus- und Weiterbildungen gehen nicht mehr allein zu Lasten der Teammitglieder.

### Integration in die Gefahrenabwehr

In den Anfängen noch etwas belächelt, hat sich die Regieeinheit im Landkreis zu einer unverzichtbaren Komponente im örtlichen Bevölkerungsschutz entwickelt. Die Notfallseelsorge ist unter den Einsatzkräften inzwischen „hoch anerkannt“. „Sie geben Halt und einen festen Stand“, so ein Notfallsanitäter. „Angefordert werden die Ehrenamtlichen über die Integrierte Rettungsleitstelle Koblenz, Polizei, Feuerwehr, medizinischen Fachkräften oder die Katastrophenschutzbehörden.“

Stabilisieren, orientieren, Ressourcen aktivieren – das sind die notwendigen Maßnahmen, die Menschen helfen, in einer akuten Krisensituation den Weg zurück ins Leben zu finden. Der Einsatz der Notfallseelsorge ist dabei zeitlich begrenzt und bezieht sich ausschließlich auf die akute Krisenintervention. Menschen nehmen dieses Angebot dankbar an.



DRK, THW und Notfallseelsorge arbeiten zusammen.  
(Fotos: Notfallseelsorge Mayen-Koblenz)

Weitere Informationen unter: [www.notfallseelsorge-myk.de](http://www.notfallseelsorge-myk.de)

Rainer M. Gotter  
Notfall- und Feuerwehrseelsorger, Landkreis Mayen-Koblenz

## THW übernimmt zentrale Verteillogistik für Schutzausstattung

Bonn. Das Technische Hilfswerk (THW) ist bundesweit mit mehr als 850 ehrenamtlichen Einsatzkräften im Corona-Einsatz. Sie richten mobile Teststellen ein, bauen Behelfskrankenhäuser auf, transportieren Proben und leuchten die Kontrollstellen an den Grenzen aus. Außerdem unterstützen THW-Fachberaterinnen und -berater Krisenstäbe in ganz Deutschland. Die neu eingerichtete zentrale Koordinierungsinstanz Logistik (ZKiL) des THW leitet die bundesweite Verteilung von Schutzausstattung an Bundesbehörden.

„Dank der jahrelangen Erfahrung und Vorbereitung des THW können wir trotz der Ausnahmesituation die Verteilung von großen Mengen an Schutzmaterialien übernehmen. Hier kommt die Logistik als eine Kernkompetenz des THW zum Tragen“, sagte THW-Präsident Gerd Friedsam bei der gestrigen Begehung des Logistikstandorts. Das THW übernimmt während der Corona-Lage die Verteilung von zentral beschafften Schutzartikeln für die Organisationseinheiten des Bundes wie beispielsweise dem Auswärtigen Amt und der Bundespolizei.

Für die fachgerechte Durchführung dieser Aufgabe hat das THW zusätzlich zum bereits seit mehreren Wochen aktiven Krisenstab eine zentrale Koordinierungsinstanz Logistik (St zKiL) eingerichtet. Die ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräfte sind dadurch in der Lage, kurzfristig Schutzartikel aus Zwischenlagern abzuholen. Diese werden dann in einem zentralen Lager des Technischen Hilfswerks erfasst und versendet. In den vergangenen Tagen haben die Logistikkräfte des THW bereits größere Pack- und Verteilaktionen durchgeführt. „Der gemischte Einsatz von ehrenamtlichen Einsatzkräften und hauptamtlichen Mitarbeitenden in der zentralen Koordinierungsinstanz Logistik und unserem Logistikstandort ist ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt im THW“, sagt Kai Pietsch, Leiter des Logistikreferates im THW.

Mit fachlicher Erfahrung und der besonderen Ausbildung im Bereich des Bevölkerungsschutzes unterstützen aktuell rund 80 THW-Fachberaterinnen und -Fachberater die Krisenstäbe von Bundesländern, Landkreisen und Städten.



### Sabine Lackner ist neue THW-Vizepräsidentin

Bonn. Seit dem 1. April ist Sabine Lackner die neue Vizepräsidentin des Technischen Hilfswerks (THW). Damit tritt sie die Nachfolge von Gerd Friedsam an, der Anfang des Jahres das Amt des THW-Präsidenten übernommen hat. Sabine Lackner bringt viele Jahre Führungs- und THW-Erfahrung mit und war zuletzt als Landesbeauftragte des THW Landesverbandes Bremen, Niedersachsen tätig. „Als Vizepräsidentin habe ich auch weiterhin ein offenes Ohr für die Belange der ehren- und hauptamtlichen THW-Kräfte und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit“, sagte Sabine Lackner zum Beginn ihrer Amtszeit.

„Ich freue mich, mit Sabine Lackner eine Vizepräsidentin an meiner Seite zu haben, die sehr viel Führungserfahrung mitbringt und das THW bereits erfolgreich durch viele Einsätze geleitet hat“, sagte THW-Präsident Gerd Friedsam und beglückwünschte Sabine Lackner. Die neue Vizepräsidentin tritt ihren Posten in einer herausfordernden Zeit an. Aktuell sind rund 1.100 Männer und Frauen aus dem Ehren- und Hauptamt im Kampf gegen das Corona-Virus eingesetzt. In dieser Lage profitiert sie von ihrer langjährigen THW-Erfahrung.

Sabine Lackner ist bereits seit 2001 hauptamtlich im THW beschäftigt. Zunächst verantwortete sie in der THW-Leitung den Bereich Auslandsprojekte, später die Internationale Zusammenarbeit und schließlich wechselte sie als Referatsleiterin in den Bereich Ausbildung. 2016 übernahm sie als erste Frau den Posten der Landesbeauftragten für den THW-Landesverband Bremen, Niedersachsen. Auch ihr neues Amt an der Spitze des THW war zuvor noch nie von einer Frau besetzt. „Als Vizepräsidentin

möchte ich beispielhaft vorangehen und Frauen im THW fördern, damit weibliche Führungskräfte zur Selbstverständlichkeit werden“, bekräftigt Sabine Lackner.

#### IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn  
Postfach 1867, 53008 Bonn  
redaktion@bbk.bund.de  
http://www.bbk.bund.de

Redaktion: Ursula Fuchs (Chefredakteurin),  
Tel.: 022899-550-3600  
Nikolaus Stein,  
Tel.: 022899-550-3609  
Petra Liemersdorf-Strunk,  
Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein  
Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:  
Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de  
Druck und Herstellung:  
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag  
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn  
Postf. 1280, 33042 Paderborn  
Tel.: 05251-153-0  
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: sisoje/gettyimages

# Heute: Schloss Cecilienhof Brandenburg



Im Schloss Cecilienhof in Potsdam wurde im vergangenen Jahrhundert Weltgeschichte geschrieben. Das von 1913 bis 1917 nach Plänen von Paul Schultze-Naumburg im englischen Landhausstil errichtete Gebäude ist der letzte Schlossbau der Hohenzollern. Kaiser Wilhelm II. ließ die Residenz für seinen ältesten Sohn, Kronprinz Wilhelm, errichten. Auch nach dem Ende der Monarchie im Jahr 1918 war das Schloss bis 1945 Wohnsitz des letzten deutschen Kronprinzenpaares Wilhelm und der namensgebenden Cecilie von Preußen.



Schloss Cecilienhof.

Wer sich dem Schloss langsam nähert, erblickt sofort die aufwendig gestalteten Fachwerkfassaden. Damit fügt sich die Residenz in den nördlichen Teil des Potsdamer Neuen Gartens ein, der Ende des 18. Jahrhunderts als englischer Landschaftsgarten angelegt wurde. Um über das wahre Ausmaß des Gebäudes mit 176 Zimmern hinwegzutäuschen, gruppierte der Architekt die einzelnen Baukörper geschickt um mehrere Innenhöfe. Das Zentrum des Hauses bildet die große Wohnhalle, die über ein Vestibül erreichbar ist und von der die Repräsentationsräume des Kronprinzenpaares abgehen. Von hier aus führt eine mächtige holzgeschnitzte Treppe ins Obergeschoss. Die ehemals herrschaftlichen Räume unterteilen sich in einen Bereich für den Hausherrn mit einem Rauchsalon, einer Bibliothek und einem Frühstückszimmer sowie einen Bereich für die Kronprinzessin mit einem Musiksalon, einem Schreibzimmer und einem im Stil einer Schiffskabine gestalteten Kabinett.

Eine besondere Rolle spielte das Schloss im Sommer 1945, als hier vom 17. Juli bis zum 2. August die legendäre Potsda-

mer Konferenz stattfand. Als Konferenzraum diente die große Halle, aus den ehemaligen kronprinzlichen Schlossräumen im Erdgeschoss wurden Arbeitszimmer der jeweiligen Delegationen. Während dieser schicksalhaften Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa berieten die „Großen Drei“, die alliierten Staatschefs Winston Churchill (Vereinigtes Königreich), Josef Stalin (Sowjetunion) und Harry S. Truman (Vereinigte Staaten von Amerika) über das Nachkriegsschicksal Deutschland, Europas und von Teilen Asiens mit bis heute spürbaren Folgen.

In der DDR verliefen unmittelbar hinter dem Schloss die Grenzanlagen, die die Kulturlandschaft schmerzhaft zerschnitten. Sie sind eine indirekte Folge der Potsdamer Konferenz und damit auch Teil der Geschichte des Schlosses. Zum Glück lässt nach der Friedlichen Revolution 1989 die exponierte Lage am Jungferensee heute wieder weite Blicke über die Havel bis zur Pfaueninsel zu.



Konferenzsaal im Schloss Cecilienhof.  
(Fotos: Stiftung Preussische Schlösser und Gärten)

Heute liegt das Schloss neben zahlreichen anderen ehemals preussischen Residenzen in der Verantwortung der öffentlich finanzierten Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Zum 75. Jahrestag der Potsdamer Konferenz war in diesem Jahr eine große Ausstellung vom 1. Mai bis zum 1. November geplant, die an die unterschiedlichen Facetten der damaligen Konferenz erinnern sollte. Weitere Informationen zum Schloss Cecilienhof unter:

[www.spsg.de](http://www.spsg.de) und [www.potsdam-konferenz.de](http://www.potsdam-konferenz.de)

Ministerium für Wissenschaft,  
Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Bevölkerungsschutz  
ISSN: 0940-7154  
Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe  
Postfach 1867, 53008 Bonn  
PVSt, Deutsche Post AG,  
Entgelt bezahlt, G 2766

